Ausgabe 3 - Juni 2014

12. Jahrgang, Nr. 66

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Deutschland und die Bundeswehr

Thomas Mickan ~ „Schlagkräftige Uniform!“ Zum Papier des BundeswehrVerbandes - **1**

Michael Haid ~ Die Rühe-Kommission: Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr bald eine Karikatur? - **3**

Bernhard Klaus ~ Außenpolitik kürzer Denken: Nur die „Generation Jugendoffizier“ steht hinter stärkerer außenpolitischer Rolle Deutschlands - **8**

Christin Bernhold ~ Die „neue“ Afrika-Politik der BRD: „Chancenkontinent“ deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik - **9**

Ukraine

Jürgen Wagner ~ Die Ukraine nach der „Wahl“: Wirtschaftliche Demontage, Sozialkahlschlag und Bürgerkrieg - **15**

Martin Hantke ~ Ukraine-Konflikt: Brüsseler Offensive gegen Moskau - **19**

Drohnen und gezielte Tötungen

Christoph Marischka ~ Ein Quadrocopter im libyschen Bürgerkrieg: Momentaufnahme einer Drohnenproliferation - **21**

Michael Haid ~ Weltweit aktiv! Gezielte Tötungen durch US-Spezialeinheiten - **23**

Weitere Themen

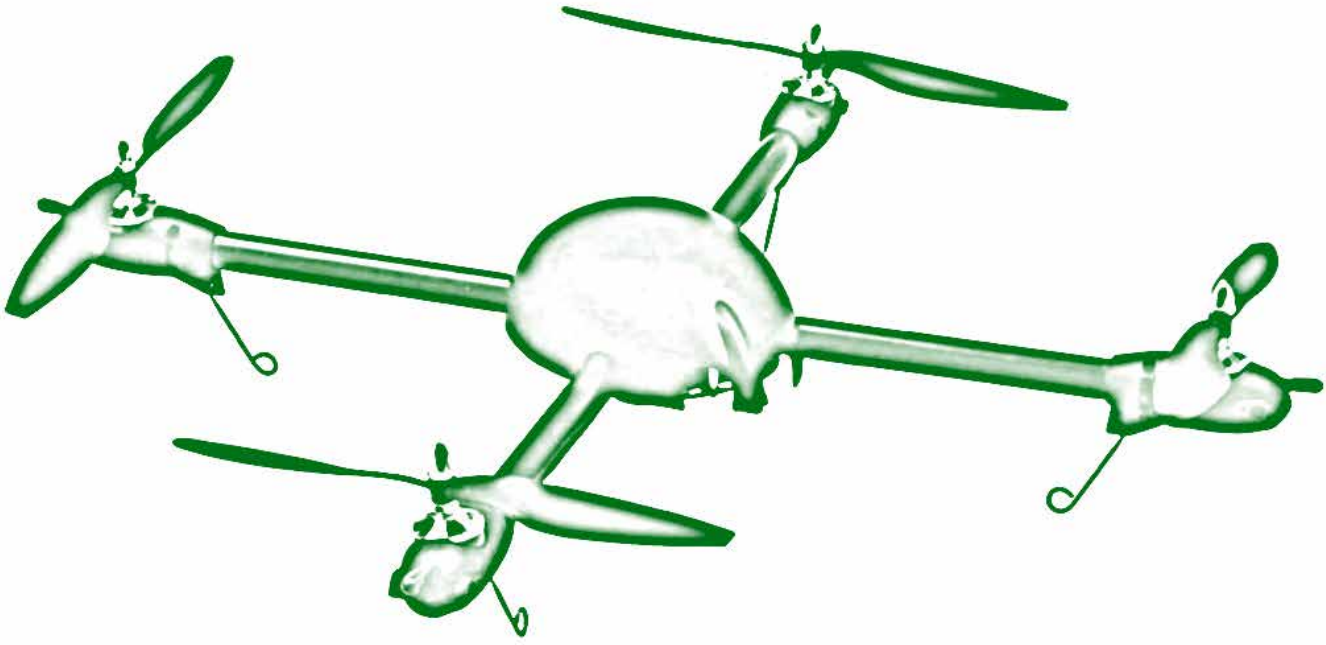
Andreas Seifert ~ Auf der Überholspur zum bewaffneten Konflikt? Neue Entwicklungen im Südchinesischen Meer - **24**

Jonna Schürkes ~ Die Befriedung Rio de Janeiros: Ein Modell für Aufstandsbekämpfung im urbanen Raum - **27**

Bernhard Klaus ~ Rezension: Schlagende Argumente und Alternativen zur Schutzverantwortung - **29**

Michael Schulze von Glaßer ~ Das virtuelle Schlachtfeld – Der Kalte Krieg in Videospielen: Atomwaffen und Gehirnwäsche - **30**

Thomas Mickan ~ Rezension zu „Das virtuelle Schlachtfeld“ - **37**



Editorial:

Als wir unter dem Eindruck der Münchner Sicherheitskonferenz wie auch des Rechtsrucks auf dem Hamburger Parteitag der Linkspartei begannen, unter dem Titel „Wi(e)der die Großmacht" eine Mitgliederkampagne zur Stärkung der IMI als außerparlamentarische und spektrenübergreifende Struktur gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu planen, ahnten wir noch nicht, wie schnell die Ukraine-Krise, mittlerweile fast ein Bürgerkrieg, eskalieren würde. In unserem Schwerpunkt zu diesem Thema stellen wir dar, dass auch Deutschland hier aktiv mitzündelt und eigene Interessen verfolgt. Während die Bundesregierung auch in diesem Konflikt in Wirklichkeit auf Sanktionen, das Demonstrieren militärischer Stärke und Militärberater setzt, werden zugleich konzeptionell die Grundlagen gelegt, um den Parlamentsvorbehalt weiter zu untergraben und „schlagkräftiger" zu werden (s. Beiträge von Michael Haid und Thomas Mickan im entsprechenden Schwerpunkt - die neuen Bundeswehreinsätze in Somalia und der Zentralafrikanischen Republik werden demgegenüber in der aktuellen Ausgabe noch nicht behandelt). Einzig die Bevölkerung will noch nicht richtig mitspielen und bringt der Idee, Deutschland müsse „Europa führen, um die Welt zu führen" (s. Beitrag von Bernhard Klaus) wenig Sympathie entgegen. Der Dissens zwischen (wahlberechtigter) Bevölkerung und EU-Politik äußerte sich auch in der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese zeigten zugleich, wie auch die (von Ort zu Ort im Einzelnen sehr unterschiedlich zu bewertenden) Montagsdemos der „Friedensbewegung 2014", dass dieser Dissens zum Erstarken rechter Kräfte und Parolen führen kann und wird, bzw. – im Fall der AFD ganz offensichtlich – auch gelenkt wird. Umso wichtiger ist es, explizit linker Kritik am EU-Krisenregime und der Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik eine stärkere Stimme zu verleihen – u.a. durch die Organisierung in der IMI und anderen antimilitaristischen, friedenspolitischen und antifaschistischen Gruppen. So oder so: es ist Zeit, zu handeln!

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Martin Hantke, Ukraine-Konflikt, in: Friedensjournal 3-2014.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Quadrocopter, eigenes Bild auf der Basis eines Bildes der Firma Conrad; S.1, Logo des BundeswehrVerbandes; S. 19, Logo der NATO.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Jonna Schürkes, Michael Haid und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Michael Schulze von Glaßer, Martin Handtke und Thomas Mickan sind IMI-Beiräte. Bernhard Klaus ist Journalist und lebt in Tübingen. Christin Bernhold ist Politikwissenschaftlerin und promoviert derzeit in Zürich.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft - für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkonto bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

„Schlagkräftige Uniform!“

Zum Papier des BundeswehrVerbandes zur weiteren Militarisierung des öffentlichen Lebens

von Thomas Mickan

Das Papier „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“ ist eine saftige Ohrfeige für das Bundesverteidigungsministerium und die Bundeswehr. Auf über 74 Seiten rechnet der Deutsche BundeswehrVerband vor, was die Bundeswehr für eine unattraktive Arbeitgeberin ist. Jeder und jedem, dem der Weg zur Bundeswehr vorschwebt, sollte dieses Papier, das mitunter mit erschlagendem Detailreichtum aufwartet, lesen, um zu verstehen, dass die Truppe keine Arbeitgeberin mit Zukunft ist: unzählige Überstunden, keine Ruhezeiten nach Auslandsverwendung, grässliche Kinderbetreuung, keine Mitbestimmung, schlechtes Image in der Gesellschaft, keine Perspektive für Azubis, Versetzungsstau, eine Dunkelziffer von 50 Prozent psychisch einsatzgeschädigter Soldat_innen, hoffnungslose Überalterung, schlechte finanzielle Situation, defizitäre Unterkünfte, mangelhafte Ausbildung und Ausrüstung für den Ernstfall, kaum Übernahmen, schlechte medizinische Versorgungen, häufige Umzüge, unendliche Pendelei, kurz: Arbeitsbedingungen der Vormoderne.

Diesen erschlagenden Fakten zu einer der unattraktivsten Arbeitgeberinnen zum Trotz, versucht sich der Deutsche Bundeswehr-Verband dennoch mit dem Papier „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“ in der militärischen Vorwärtsverteidigung: Aufgemacht als große Augenwischerei schreit der größte Lobbyverein der Bundeswehr laut nach mehr Geld, goldenen Arbeitsbedingungen, wie es sie nirgendwo anders gibt, und einem Staatsvertrag, der die Militarisierung des öffentlichen Lebens auf eine ganz neue Stufe stellen soll. Er greift damit zum einen mit seiner „Attraktivitätsoffensive“ den Vorstoß der Verteidigungsministerin von der Leyen für eine attraktive Bundeswehr auf, zum anderen spiegelt er aber auch die Forderungen nach einer verstärkten öffentlichen Militärpräsenz nach innen und außen wider, wie sie von Bundespräsident Joachim Gauck und anderen vorgetragen wird. Zum Säbelgerassel soll sich eine politisch administrative, ja rechtlich kodifizierte Bevorzugung der Soldat_innen gesellen.

Leise darf dann an den ehemaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière erinnert werden, der trotz seiner ansonsten äußerst schwachen Vorstellung dem BundeswehrVerband und den Soldat_innen in Ausübung seiner Dienstherrenpflicht die Stirn bot: „Hört einfach auf, dauernd nach Anerkennung zu gieren.“[1] Der BundeswehrVerband verbreitet mit der Veröffentlichung des Papiers in ungekannter Schärfe sein rechtskonservatives Gedankengut. Er folgt damit den vergebenen Leitlinien der nach Krieg rufenden Politik und anstatt im Interesse der Soldat_innen handelnd, ein Ende der Kriegsführung zu fordern, erweist der Verband der Bundeswehr einen Bärendienst, indem er diese als gierigen Haufen darstellt.

Goldene Treppe für die Bundeswehr

In einem Fluss von Tränen schüttet sich dabei der Bundeswehr-Verbandsvorsitzende André Wüstner aus, und versucht dabei mit überzogenen Forderungen in die großen Fußspuren seines ehemaligen Vorgesetzen und Übervaters Ulrich Kirsch zu treten. „Bundeswehrangehörige sind außergewöhnlichen Belastungen ausgesetzt“, heißt es dann ganz zu Anfang in dem Papier; die Gründe dafür zu nennen, nämlich die weltweiten Kriege und die Struktur des Militärs selbst, erspart sich aber der Bundeswehr-Verbandsvorsitzende mit dem lapidaren Verweis auf „Einsatzbelastungen“. Anstatt die Bundeswehr auf ihre verfassungsgegebene Aufgabe der Landesverteidigung zurückzuholen, begrüßt Wüstner eine verstärkte militärische Präsenz nach außen und innen und versucht die Auswirkungen als milliardenschwere Kosten auf die Gemeinschaft umzulegen:

„Alle Menschen der Bundeswehr haben Anspruch auf ein gutes Einkommen. Dafür müssen alle Stellenzulagen um 40 Prozent steigen“; „Die Leistungen für die Angehörigen der Reserve müssen an das Niveau der Soldaten auf Zeit und der Berufssoldaten angeglichen werden“; „Altersgrenze 62“; „dauerhafte Regelung der Möglichkeiten vorzeitiger Zurruhesetzung“; „ohne Grenzen beim Hinzuverdienst“. Für Zeitsoldat_innen soll es eine „generelle Übernahme in die Bundeswehrverwaltung oder in den übrigen öffentlichen Dienst“ geben und die Bundesregierung soll zahlreiche Vereinbarungen mit der Wirtschaft abschließen, mit dem Ziel, den Soldat_innen einen privilegierten Zugang zum Arbeitsmarkt zu geben. Wieder darf an den jetzigen Innenminister Thomas de Maizière erinnert werden, der vor kurzem bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst die Forderungen der Gewerkschaften als „maßlos überzogen“ zurückwies und betonte „niemand kann sich einen solchen Abschluss leisten“.[2] Verglichen mit den Forderungen der Gewerkschaften von 3,5 Prozent mehr Lohn ist ein Superlativ zu „maßlos überzogen“ für die Forderungen des BundeswehrVerbandes nur schwer zu finden. Finanziert werden soll das Ganze durch einen Anstieg des Verteidigungshaushaltes auf 35 Milliarden Euro – eine fast schon bescheidene Forderung des Verbandes, die aber damit angereichert wird, dass der Bundeswehr eigentlich allein 2013 satte 54,7 Milliarden Euro zugestanden hätten: „Sogar der Deutsche BundeswehrVerband weiß, dass diese Zahl wenn nicht utopisch, dann doch höchstens auf einer sehr, sehr langen Zeitachse zu erreichen ist. Und dennoch sollte dies die finanzielle Benchmark für die Freiwilligenarmee Bundeswehr im 21. Jahrhundert sein.“

Auch unterstützt der BundeswehrVerband nach wie vor die unsägliche Praxis der Belegrechte in den Kindertagesstätten für Kinder von Soldat_innen.[3] Mit Bundesmitteln kauft das Verteidigungsministerium dabei Kitaplätze in klammen Kommunen auf, die dann privilegiert an Angehörige der Bundeswehr vergeben werden. Doch anstatt dass die 32 Milliarden Euro des Verteidigungshaushalts in den generellen Ausbau von Kitaplätzen ans Familienministerium überführt werden, fordert der BundeswehrVerband eine Bevorzugung und die goldene Treppe für die eigene Klientel. Eine besondere Fürsorge des Dienstherren nach § 31 Soldatengesetz (SG) als Begründung scheidet dabei aus, da ein so begründeter Belegrechteanspruch dann äquivalent auch auf Beamt_innen (§ 78 Bundesbeamtengesetz (BBG)) Anwendung finden müsste – ein Zustand, der einen Aufschrei in der Bevölkerung auslösen würde. Welch Geistes Kind das Papier des BundeswehrVerbandes ist, zeigt sich auch in überkommenen Familienvorstellungen, die der Verband offensichtlich gestärkt wissen will: „Als Keimzelle des gesellschaftlichen Lebens kommt

der Familie eine besondere Bedeutung zu. Autorität, Gemeinschaft und Beständigkeit bilden die Grundlage von Freiheit, Sicherheit und dem Wohlergehen einer Gesellschaft insgesamt." Die Forderung nach einer „heimatnahen" Verwendung ist dann nur konsequent.

Militarisierung durch Staatsvertrag

Das besondere Kernstück des Papiers, das auch schon von den großen Medien aufgegriffen wurde, ist die anfänglich etwas kurios klingende Forderungen nach einem Staatsvertrag mit dem Titel: „Keine Angst vor Uniformen!" Angst vor Uniformen hat sicherlich niemand, aber was die Menschen in Uniform darin fordern, sollte in einer sich als zivil verstehenden Gesellschaft durchaus Angst verursachen: „Die Bundesregierung, die Bundesländer und alle Teile der deutschen Gesellschaft sollten einen Staatsvertrag abschließen, um die Soldatinnen und Soldaten im öffentlichen Leben präsent zu halten. [...] Der Titel ‚Keine Angst vor Uniformen' soll gerade diejenigen ansprechen, die nicht nur Desinteresse gegenüber der Bundeswehr hegen, sondern Streitkräfte und alles Militärische rundheraus ablehnen. Den Vertragspartnern muss zweierlei gelingen: die Scheu vor den Menschen in Soldatenuniform zu nehmen und dabei das ‚freundliche Desinteresse' in Anteilnahme umzuwandeln." Unter anderem soll damit bundesweit ein rechtlich über den Staatsvertrag geregelter Zugang von Offizier_innen an Schulen festgeschrieben werden – ein Zustand, der an die schulische Militärpräsenz in der ehemaligen DDR erinnert. Auch ein „Tag der Bundeswehr" soll festgeschrieben werden – ob dabei auch landesweit Zivilist_innen die Angst vor der Uniform ablegen sollen, indem sie diese anziehen, lässt der BundeswehrVerband allerdings offen. Weniger lustig ist jedoch, dass an diesem Tag alle Soldat_innen und Reservist_innen der Bundeswehr aufgefordert sind, im zivilen Leben die Uniform zu tragen. Kaiser Wilhelm lässt grüßen.

Der hemmungslose Lobbyismus des BundeswehrVerbandes in diesem Papier muss erschrecken, besonders vor dem Hintergrund, dass der BundeswehrVerband als Lobbygruppe überaus einflussreich besonders in Reihen der CDU/CSU ist. Aber auch die Grünen und die SPD waren sich schon kurz nach dem Erscheinen des Papiers nicht zu schade, den Vorstoß der Lobbyisten zu „loben".[4] „Ernst-Reinhard Beck, Oberst der Reserve und im letzten Bundestag einer der führenden Verteidigungspolitiker der Union, beschreibt den außerordentlichen Einfluss des Verbandes mit folgenden Worten: ‚Der DBwV hat als Lobby eine Macht, die man sonst im öffentlichen Bereich nicht erlebt.'"[5] Der FAZ-Journalist Eckard Lohse berichtet ebenso in seinem Ende 2013 erschienenen äußerst lesenswerten Artikel zum Lobbyismus des BundeswehrVerbandes: „Kaum ein Interessenvertreter im politischen Berlin betreibt seine Arbeit derart offensiv und öffentlich wie der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes. Das gilt nicht nur für Kirsch, auch sein Vorgänger Bernhard Gertz verhielt sich so. Ein erfahrener Sicherheitspolitiker erinnert sich an Auftritte von Gertz, in denen die Worte fielen ‚Der Minister und ich haben beschlossen[…]'"[6] Der neue BundeswehrVerbandsvorsitzende Wüstner scheint erreichen zu wollen, mit seinen Forderungen auf diesen Spuren zu wandeln. Es steht zu hoffen, dass die Zivilgesellschaft und die Politik unter derlei unverfrorenen Militarisierungswünschen nicht dem Militär die Politik überlässt. Solche Vorstellungen sollten 100 Jahre nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges in Folge einer bedingungslos militarisierten Politik der Vergangenheit angehören. Der BundeswehrVerband straft diese Vorstellung allerdings Lügen.

Nachtrag:

Ende Mai 2014 legte die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Pläne für ihre „Attraktivitätsoffensive" mit dem Namen „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders" vor. Mit dabei waren neben der – vor allem von der Presse aufgegriffenen – besseren Ausstattung der Soldat_innenstuben mit Flatscreenbildschirmen und Minikühlschränken auch der „Tag der Bundeswehr". Dieser soll zum ersten Mal 2015 stattfinden, anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundeswehr. Ob es sich wie vom BundeswehrVerband gefordert, auch um eine Uniformparade im zivilen Leben handeln wird, ist ungewiss. Der „Tag der Bundeswehr", wenn er schon nicht verhindert werden kann, sollte aber für Friedens- und antimilitaristische Gruppen bundesweit dann ein willkommener Anlass sein, zu berichten, warum es gut ist, keine Angst vor Uniformen zu haben und laut gegen diese zu protestieren. Der Tag der Bundeswehr kann so genutzt werden, plakativ zu zeigen, wie weit die Militarisierung der Gesellschaft schon fortgeschritten ist, und dass Widerstand nötiger denn je wird.

Zudem soll es einen Bundeswehrpreis geben für Menschen, die sich um die Bundeswehr verdient gemacht haben. Die Liste der Preistragenden darf sich jeder bereits im Kopf vorstellen: eine Ehefrau, die sich um die Belange der posttraumatisierten Ehemänner eingesetzt hat; ein General im Ruhestand, der sich beim Elbehochwasser hervorgetan hat; der ehemalige Vorsitzende des BundeswehrVerbandes und die Aktion Lachen helfen – als neuer Titel für den Preis darf dann gerne „Bundeswehrpropagandapreis" verwendet werden. Und auch der Ausbau von Kita-Plätzen, wiederum mit Belegrechten, und weitere Vergünstigungen für Soldat_innen in Bezug auf Hinzuverdienstmöglichkeiten und Rentenregelungen sind im Zuge des für Herbst geplanten „Artikelgesetzes" vorgesehen. Kostenpunkt all dieser Maßnahmen: 100 Millionen Euro.

Auf die Vorstellung der Punkte der von der Leyen-Agenda „Aktiv. Attraktiv. Anders" folgte prompt die Zustimmung durch den BundeswehrVerbandsvorsitzendem Wüstner. In einer Pressemitteilung ließ dieser verlautbaren: „Guter Anfang – jetzt Finanzmittel bereitstellen und notwendige Gesetze erlassen!" Im Klartext bedeutet das, dass der BundeswehrVerband die eigenen geforderten Pfründe und die weitere Militarisierung der Gesellschaft nun endlich rechtlich festgeschrieben haben möchte und das Militär auf Kosten der Allgemeinheit auch finanziell noch besser aufgestellt werden soll. Demokratie – Abtreten!

Anmerkungen

1 FAZ (24.2.2014): „Giert nicht nach Anerkennung!", www.faz.net.
2 Zeit (11.2.2014): De Maizière nennt Tarifforderung „maßlos überzogen", www.zeit.de.
3 Dazu ausführlich: Mickan, Thomas (2013): Motivationsfaktor Kita. Über Belegrechte und die Privilegierung der Bundeswehr, www.imi-online.de.
4 Tagesschau (7.5.2014): „Keine Angst vor Uniformen", www.tagesschau.de.
5 Jürgen Wagner (2013): „Hemmungslos": Rüstungshaushalt und Lobbying des Bundeswehrverbandes, www.imi-online.de.
6 Eckard Lohse (FAZ, 5.11.2013): „Der Minister und ich haben beschlossen...", www.faz.net.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Rühe-Kommission

Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr bald eine Karikatur?

von Michael Haid

Es ist eine ganz besondere Situation, in der sich der Bundestag seit der Bildung der sog. Großen Koalition befindet: Das Parlament wird seine Kontrolle gegenüber der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode nur eingeschränkt ausüben können. Denn von den 631 Abgeordneten des neuen Bundestags gehören 504 (circa 80%) den Regierungsparteien und nur 127 der Opposition an (rund 20%). Aufgrund dieser zahlenmäßigen Schwäche sind der Opposition die Wahrnehmung einiger ihrer Rechte verwehrt. Dazu gehört beispielsweise die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG, wozu ein Viertel der Abgeordneten benötigt würden, um empfundene Missstände in der Regierungsarbeit öffentlich aufklären zu können. Auch besitzen die Regierungsparteien mit mehr als Zweidrittel der Stimmen die Möglichkeit, das Grundgesetz nach Artikel 79 Abs. 2 GG zu ändern.[1]

Just etwa zur selben Zeit wird von 50 führenden Mitgliedern des außen- und sicherheitspolitischen Establishments ein Papier mit dem Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung" erarbeitet, das von der Stiftung Wissenschaft und Politik und dem German Marshall Fund veröffentlicht wurde. Die Hauptaussage dieses Papiers lautet: Deutschland müsse aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe auch mehr (militärische) Verantwortung in der Welt übernehmen. Im Prinzip dieselbe Forderung erheben auch hochrangige Vertreter aus Regierung und Staat. Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) erklärten mehrfach öffentlich, es sei an der Zeit, dass Deutschland international militärisch mehr tun müsse und von seiner scheinbar bisher praktizierten zurückhaltenden Rolle Abstand zu nehmen hätte.[2] Auch Teile der Medien vertreten dieselbe Position und sprechen von der „Verlogenheit der neuen deutschen Außenpolitik" und der „Nein-Nation".[3] Eine schwache parlamentarische Opposition gepaart mit der Ankündigung wesentlicher Teile der politischen Elite nach einer neuen offensiven Rolle Deutschlands in der Welt bilden den Kontext, in dem die Einsetzung der Rühe-Kommission zur Überarbeitung (sprich: Beschneidung) der Mitspracherechte des Bundestages bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gesehen werden sollte.

Rühe: Sicherheitspolitische Führungsrolle statt Passivität

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD beantragten am 11.3.2014 im Deutschen Bundestag die Einsetzung einer „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr".[4] Übrigens hat der Bundestag seit 1994 ungefähr 240 Mal über Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr beraten.[5] Am 19.3.2014 beschloss er mit den Stimmen der Regierungskoalition die Einsetzung dieser Kommission.[6] Ihren Vorsitz soll Volker Rühe übernehmen.[7] Der CDU-Politiker ließ bereits im Vorfeld erkennen, dass er die Kommissionsarbeit im Sinne der neuen Rolle Deutschlands und die Sicherung der Parlamentsrechte, wie es im Titel der Kommission heißt, als ihren Abbau interpretieren wird. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit dem Titel „Deutschland muss führen, damit Europa nicht schwächer wird", beklagte er die „sicherheitspolitische Passivität" Deutschlands. Es spiele in Afghanistan, Libyen und Mali eine „unwürdige Rolle. Denn militärisch nur das Nötigste und vermeintlich Gesichtswahrende zu tun, bleibt hinter unseren Möglichkeiten zurück." Und der ehemalige Verteidigungsminister weiter: „Für die neue Bündnisregierung ist es an der Zeit, die wohlfeile Rhetorik über Deutschlands Verantwortung zu beenden und stattdessen ernsthafte Verantwortung zu übernehmen. [...] Wenn Deutschland sich dessen besinnt, gewinnt es nicht nur an Einfluss. Es werden auch immer mehr Partner bereit sein, sich auf arbeitsteilig organisierte oder gemeinsam genutzte militärische Fähigkeiten einzulassen, wie sie Pooling and Sharing in der EU, und Smart Defence sowie das deutsche „Rahmennationen-Konzept" im Bündnis vorsehen."[8]

Die Kommission sollte ursprünglich aus insgesamt 16 Mitgliedern bestehen. Davon waren für die Konservativen sieben, für die Sozialdemokraten fünf und für Die Linke und die Grünen jeweils zwei Sitze vorgesehen gewesen.[9] Da aber beide Oppositionsparteien erklärten, nicht teilnehmen zu wollen, wird die Kommission nun lediglich zwölf Mitglieder haben. Vertreter der Oppositionsparteien erklärten den Verzicht damit, nicht als Feigenblatt dienen zu wollen, da es der Regierungskoalition in Wahrheit um die Aufweichung und Schwächung des Parlamentsvorbehalts gehe.[10] In der Tat dürfte das Ziel der Kommission der Abbau der parlamentarischen Entscheidungs- und Kontrollkompetenz in Fragen von Krieg und Frieden sein. Zum besseren Verständnis wird ein kurzer Rückblick auf die Entstehung des Parlamentsvorbehalts und seine stetige Aufwertung durch das Bundesverfassungsgericht präsentiert.

Schlupfloch „Entsendeausschuss"?

Anfang der 1990er Jahre begann die Bundesregierung, die Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets (sog. Out-of-area-Einsätze) einzusetzen. Das Bundesverfassungsgericht wurde zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit dieser Bundeswehr-Missionen angerufen und entschied in einem sehr umstrittenen Urteil vom 12.7.1994 zwei für das Verständnis der Legitimation von Bundeswehr-Einsätzen bis heute grundlegende Dinge: Das Gericht sah die Verwendung der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets als grundgesetzkonform an, obwohl diese Deutung in einem klaren Widerspruch zum Wortlaut des Grundgesetzes steht[11] und bestimmte weiterhin, dass das Grundgesetz die Bundesregierung verpflichte, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte grundsätzlich die vorherige konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Der leitende Gedanke des Gerichts war es damals und in seiner ständigen Rechtsprechung bis heute, „die Bundeswehr als Machtpotential nicht allein der Exekutive zu überlassen".[12] Das Wort vom „Parlamentsheer"[13] war geboren. In den Worten des Bundesverfassungsgerichts soll der Parlamentsvorbehalt ein „wirksames Mitentscheidungsrecht"[14] bilden und ein „wesentliches Korrektiv"[15] darstellen, da mit „der Anwendung militärischer Gewalt [...] der [...] Gestaltungsspielraum der Exekutive"[16] ende. Letztlich obliege dem Bundestag „die Verantwortung für den bewaffneten Außeneinsatz der Bun-

Krieg ohne Parlament, Foto: Wikipedia, gemeinfrei

deswehr."[17] Auch in Grenzfällen dürfe angesichts der Funktion und Bedeutung des Parlamentsvorbehalts seine Reichweite „nicht restriktiv bestimmt"[18] werden. Vielmehr sei er im Zweifel „parlamentsfreundlich auszulegen."[19]

Nicht nur vor dem Hintergrund der militärischen Integration Deutschlands in die NATO, sondern auch im Hinblick auf die Integration der Bundeswehr in den militärischen Teil der EU äußerte sich das Bundesverfassungsgericht im sog. Lissabon-Urteil von 2009 sehr ausführlich zum Bestand des Parlamentsvorbehalts, indem es ihn stark aufwertend „zu dem durch Art. 79 Abs. 3 GG geschützten, unantastbaren Kern der grundgesetzlichen Verfassungsidentität"[20] zählte und für „integrationsfest"[21] erklärte. Der Bestand des Parlamentsvorbehalts werde also von dem Vertrag von Lissabon nicht berührt, denn der Vertrag übertrage der EU nach Feststellung des Gerichts „keine Zuständigkeit, auf die Streitkräfte der Mitgliedstaaten ohne Zustimmung des jeweils betroffenen Mitgliedstaates oder seines Parlaments zurückzugreifen."[22] Zudem könne der Parlamentsvorbehalt „auch nicht [...] umgangen werden,"[23] da der „deutsche Vertreter im Rat [...] in diesem Fall von Verfassungs wegen verpflichtet [wäre], jeder Beschlusslage die Zustimmung zu verweigern, die den [...] Parlamentsvorbehalt des Grundgesetzes verletzen oder umgehen würde."[24]

Neben dem parlamentarischen Zustimmungsrecht wird vom Bundesverfassungsgericht als Bestandteil des Parlamentsvorbehalts eine gesicherte, frühzeitige Informationsweitergabe an den Bundestag durch die Bundesregierung über geplante und laufende Einsätze vorausgesetzt. Denn dadurch werde „die Beteiligung der Opposition in freier parlamentarischer Debatte"[25] gesichert und es werde „damit auch der öffentlichen Meinung besser möglich, über die politische Reichweite des jeweiligen Einsatzes zu urteilen."[26]

Der Bundestag hatte durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Außenpolitik sowie Informations- und Unterrichtungsrechte erlangt – ein Umstand, der laut Auftrag an die Kommission offenbar korrigiert werden soll. Denn ihre Arbeit soll sich unter anderem auf den Aspekt konzentrieren, Möglichkeiten „der Abstufung der Intensität parlamentarischer Beteiligung nach der Art des Einsatzes"[27] zu untersuchen. Unübersehbar steht der Auftrag der Kommission in Kontrast zum Stellenwert des Parlamentsvorbehalts, den das Bundesverfassungsgericht ihm zuschreibt.

Aber auch dafür scheint es ein Schlupfloch zu geben. Ein Rechtsgutachten weist darauf hin, dass nach einer Stelle im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.1994 das Zustimmungsverfahren im Rahmen völkerrechtlicher Verpflichtungen abgestuft werden könne, wenn die Art des möglichen Einsatzes der Streitkräfte bereits durch ein vertraglich geregeltes Programm militärischer Integration vorgezeichnet sei und vermutet, dass die Kommission diese Passage des Urteils zum Ausgangspunkt für ihre Überlegungen machen werde, wie die Parlamentsbeteiligung abgestuft werden könnte. Hierfür sei die Errichtung eines Parlamentsausschusses eine Option, der bei Einsätzen von untergeordneter Bedeutung die Rolle des Bundestages übernehmen und ständiger Ansprechpartner der Bundesregierung im Zusammenhang mit bewaffneten Auslandseinsätzen werden könne. Ein solcher „Entsendeausschuss" sei bereits bei den Beratungen zum Parlamentsbeteiligungsgesetz diskutiert worden und könne den Bundestag insbesondere bei routinemäßigen Verlängerungsbeschlüssen oder bei kurzfristig erforderlichen Rettungseinsätzen entlasten, wie es in diesem Gutachten weiter heißt.[28]

Parlamentsbeteiligungsgesetz (2005): Was steht auf dem Spiel?

Nachdem die Bundesverfassungsrichter in ihrem Urteil vom 12.7.1994 den Parlamentsvorbehalt aus der Taufe gehoben hatten, bestimmten sie, dass es Sache des Gesetzgebers sei, für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Form und das Ausmaß der parlamentarischen Mitwirkung näher auszugestalten.[29] Dies geschah erst elf Jahre später am 18.3.2005 mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz, ParlBG). Für eine ausführlichere Einschätzung zur Wirksamkeit dieses Gesetzes und seine Behandlung durch die Bundesregierung wird auf die IMI-Studie „Krieg außer Kontrolle. Die Demontage des konstitutiven Parlamentsvorbehalts" verwiesen.[30] Dort werden insbesondere die mangelhafte Übernahme parlamentsfreundlicher Vorgaben in das Parlamentsbeteiligungsgesetz und seine lückenhafte Einhaltung durch die Bundesregierung anhand verschiedener Auslandsein-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Bundeswehr: Im Ausland ohne Parlamentsbeschluss

Am 12. Mai 2014 wurde die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linkspartei-Abgeordneten Sevim Dağdelen, Alexander Neu und Christine Buchholz veröffentlicht (Drucksache 18/1073). Inhalt waren Fragen, in welchen Funktionen bereits Bundeswehr-Soldaten im Ausland stationiert seien, ohne dass hierfür ein Mandat des Bundestages vorliege. Die Auskünfte der Bundesregierung enthüllen, dass schon heute eine erschreckende „Vielfalt" nicht parlamentarisch kontrollierter – oder wenigstens abgesegneter – Einsätze existiert: „Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit und unkommentiert von den Medien nehmen deutsche Soldaten immer wieder auch ohne Parlamentsmandat an Einsätzen im Ausland teil", kommentierte Christian Dewitz dies im Bundeswehr Journal.

Ein erster Bereich, den dies betrifft, sind unbewaffnete Einsätze im Rahmen von UN-Einsätzen – zwischen 2009 und 2014 (Stand: 23. April) etwa 100 Soldaten. Hinzu kommen noch etwa 1500 Soldaten in NATO-Dienstposten sowie weitere 43 bei den UN, der EU bzw. der OSZE. Als Militärattachédienst sind 179 Soldaten sowie 13 wehrtechnische Attachés der Bundeswehr tätig. Außerdem nahmen Soldaten zwischen 2009 und 2014 an acht sog. Hilfsmissionen teil, wobei die Angaben zum jeweiligen Umfang hier extrem lückenhaft sind (nur zu dreien werden Zahlen genannt).

Ferner heißt es, zwischen 2009 und 2014 (wieder mit Stand 23. April) sei hauptsächlich im Bereich Evakuierung und Schutz deutscher Staatsbürger im Ausland die Entsendung von 80 Krisenunterstützungsteams (KUTs) erfolgt. Die Bundesregierung nennt dabei nicht, um wieviel Soldaten es sich hierbei gehandelt hat, das Bundeswehr Journal schätzt aber, es dürften etwa 270 gewesen sein. Und als ob dies alles noch nicht genug wäre kommt last but not least noch die Ausbildung (sprich: Aufrüstung) fremder Streitkräfte hinzu, an der im besagten Zeitraum 500 Soldaten beteiligt waren.

Diese Informationen zeigen, dass die Bundesregierung ungeachtet der aktuellen Versuche, mit der Rühe-Kommission die Parlamentsbeteiligung noch weiter auszuhöhlen, mit diesem Bestreben schon bislang recht „erfolgreich" war.

Jürgen Wagner

sätze der Bundeswehr sowie der neu aufgebauten Division Schnelle Kräfte (DSK) und der neuen Einheit für Cyber-Angriffe vor dem Hintergrund der Integration der Bundeswehr in die neuen NATO-Strukturen (Smart Defence) und in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (Pooling & Sharing) thematisiert. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über den Gesetzesinhalt gegeben, um erkennen zu können, welche parlamentarischen Kontrollrechte auf dem Spiel stehen.

Das Parlamentsbeteiligungsgesetz regelt, dass der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte außerhalb Deutschlands der Zustimmung des Bundestages bedarf (§ 1 Abs. 2 ParlBG). Zudem sichert es dem Bundestag ein Rückholrecht zu, wenn das Parlament seine Zustimmung widerrufen möchte (§ 8 ParlBG). Diese für sich genommen recht starken Regelungen wurden allerdings bereits bei der Formulierung des Gesetzes mit Einschränkungen und Ausnahmen versehen, die seine Wirksamkeit mindern. So wurde zwar gesetzlich definiert, dass ein bewaffneter Einsatz der Zustimmungspflicht unterliegt (§ 2 Abs. 1 ParlBG). Hiervon ausgenommen wurden aber vorbereitende Maßnahmen und Planungen sowie humanitäre Hilfsdienste und Hilfsleistungen der Bundeswehr (§ 2 Abs. 2 ParlBG). Zudem wurden noch weitere Einschränkungen in das Gesetz aufgenommen.

Bei Einsätzen von geringer Intensität und Tragweite kann ein vereinfachtes Zustimmungsverfahren angewandt werden. In diesem Fall gilt die Zustimmung als erteilt, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen mindestens 5% der Abgeordneten eine Befassung des Bundestages verlangen (§ 4 Abs. 1 ParlBG). In der Regel gelten als Einsätze von geringer Intensität und Tragweite auch Erkundungskommandos oder einzelne Soldatinnen und Soldaten, die im Rahmen eines Einsatzes der VN, der NATO, der EU oder einer Organisation, die einen VN-Auftrag erfüllt, verwendet werden (§ 4 Abs. 3 ParlBG). Das vereinfachte Zustimmungsverfahren kann auch auf die Verlängerung von Zustimmungsbeschlüssen ohne inhaltliche Änderung angewandt werden (§ 7 Abs. 1 ParlBG). Bei Gefahr im Verzug und bei Einsätzen zur Rettung von Menschen aus besonderen Gefahrenlagen muss keine vorherige Zustimmung des Bundestages gegeben sein (§ 5 Abs. 1 ParlBG). Jedoch muss der Antrag auf Zustimmung zum Einsatz unverzüglich nachgeholt werden (nachträgliches Zustimmungsverfahren) und, im Fall der Antragsablehnung des Bundestags, muss der Einsatz beendet werden (§ 5 Abs. 3 ParlBG). Bei der Verlängerung eines Einsatzes muss die Bundesregierung nur nach Stellung ihres Antrags kurze Fristen abwarten, ob er unwidersprochen bleibt. In diesem Fall, würde der Einsatz als genehmigt gelten. Anderenfalls müsste der Bundestag erneut betraut werden (§ 7 ParlBG).

Obwohl das Gesetz verschiedene Einschränkungen des Zustimmungsvorbehalts enthält, wurden der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag auch Informations- und Unterrichtungspflichten auferlegt, die für eine Transparenz des Einsatzes sorgen sollen. So weist das Gesetz die Verpflichtung der Bundesregierung auf, in ihrem Antrag auf Zustimmung des Bundestages Angaben über den Einsatzauftrag, das Einsatzgebiet, die rechtlichen Grundlagen, die Höchstzahl der eingesetzten Bundeswehrangehörigen, die Fähigkeiten der eingesetzten Streitkräfte und die geplante Dauer und die Kosten des Einsatzes zu machen (§ 3 ParlBG). Ferner beinhaltet das Gesetz die Pflicht der Bundesregierung, den Bundestag regelmäßig über den Verlauf der Einsätze und die Entwicklungen im Einsatzgebiet zu unterrichten (§ 6 Abs. 1 ParlBG).

Kommissions-Auftrag: „Abstufung der Intensität parlamentarischer Beteiligung"

Schon die vorherige Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP kündigte in ihrem Koalitionsvertrag vom 26.10.2009 an, Initiativen zur Änderung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes oder zur Schaffung eines Vertrauensgremiums ergreifen zu wollen.[31] Die Ankündigung, das Parlamentsbeteiligungsgesetz ändern zu wollen, kam also nicht aus heiterem Himmel – wohl aber ist der Zeitpunkt bezeichnend, an dem dies geschah.

Häufig ist von Befürwortern des Abbaus von Parlamentsbeteiligungsrechten der Vorwurf zu hören, es behindere oder verzögere zeitlich kritische Militäreinsätze. Die Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH) kam hingegen in einem Positionspapier vom Dezember 2013 zum Schluss, dass es empirisch belegt und in der öffentlichen Debatte Konsens sei, dass das Parlamentsbeteiligungsgesetz

Einsätze bislang nicht behindert habe (in 70 Fällen seit 2005 habe der Bundestag zugestimmt). Gegenteilige Behauptungen seien taktischer Natur, um den politischen Druck zum Abbau der Parlamentsbeteiligung zu erhöhen. In diesem Papier plädieren daher die Autoren gegen eine Schwächung parlamentarischer Rechte.[32]

Im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 27.11.2013 wurde dann unter dem Titel „Verantwortung in der Welt – Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein" der Auftrag an die Kommission und das weitere Verfahren wie folgt bestimmt: „Wir wollen die Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten auch angesichts vermehrter Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit unseren Partnern sicherstellen. Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie auf dem Weg fortschreitender Bündnisintegration und trotz Auffächerung von Aufgaben die Parlamentsrechte gesichert werden können. Die Kommission wird darauf aufbauend Handlungsoptionen formulieren."[33]

Nach dem Antrag von CDU/CSU und SPD an den Bundestag sei es das Ziel der Kommission einen Handlungsbedarf „zur Anpassung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes"[34] rechtlich und politisch zu prüfen und darauf aufbauend „Handlungsoptionen möglichst im Konsens"[35] zu formulieren, die in ein „förmliches Gesetzgebungsverfahren eingebracht"[36] werden könnten. Die Arbeit der Kommission solle sich auf die „Untersuchung der verschiedenen im Rahmen von NATO und EU bestehenden und künftig zu erwartenden Formen militärischer Integration"[37] konzentrieren und mögliche „Spannungsverhältnisse zur gegenwärtigen Ausgestaltung der Parlamentsbeteiligung"[38] identifizieren. Des Weiteren solle die Kommission, wie bereits betont, „Möglichkeiten der Abstufung der Intensität parlamentarischer Beteiligung nach der Art des Einsatzes"[39] untersuchen. Für diese Aufgabe solle sich die Kommission unverzüglich konstituieren und dem Bundestag binnen Jahresfrist ihre Empfehlungen unterbreiten.[40]

Grüne: „integrierte Mandate" - Linke: Ausbau parlamentarischer Kontrolle

Die beiden nicht an der Kommission teilnehmenden Fraktionen der Grünen und der Linken brachten jeweils eigene Anträge ein, die abgelehnt wurden. So schlugen die Grünen, neben Minderheitenvoten und Möglichkeiten zur Verbesserung der Transparenz, Evaluation und Mitwirkungsrechte des Bundestages, im Wesentlichen die Option integrierter Mandate vor, die nicht nur die Entsendung von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch das gesamte Spektrum politischer und ziviler Schritte unter Einschluss von Polizeibeamten, zivilen Helfern sowie entwicklungspolitischen Maßnahmen umfasse.[41]

Auch der Antrag der Fraktion Die Linke wollte untersuchen, wie die bisherige Unterrichtungspraxis sowie die Mitwirkungsrechte im Sinne größerer Transparenz und stärkerer Kontrollmöglichkeiten parlamentsfreundlich verbessert werden könne; wie angesichts der Weiterentwicklung hoch-technologischer Kriegsführungskapazitäten – bewaffnete unbemannte Waffensysteme – das parlamentarische Entscheidungs- sowie das Kontrollrecht gesichert und ausgebaut werden könne und wie der Einsatz von Spezialkräften jenseits der bisherigen besonderen Unterrichtungspraxis gewährleistet werden könne, die die Abgeordneten befähigt, ihre Kontrollaufgaben wahrnehmen zu können. Abschließend wurde im Antrag der Linken angeregt, die Zustimmung für Auslandseinsätze von einer einfachen Mehrheit im Parlament auf eine Zweidrittelmehrheit anzuheben, um auf diese Weise die Legitimationsqualität zu erhöhen.[42]

Besonders der Gesichtspunkt der spezialisierten Kräfte in der Bundeswehr verdient es, hierauf nochmals gesondert einzugehen. Diese Kräfte sind ebenso wie alle anderen Truppenteile auch der Bundeswehr zugehörig und unterliegen damit dem Kontrollanspruch des Parlaments. In der Praxis unterliegen sie einem von der Bundesregierung im November 2006 vorgeschlagenem und rechtlich nicht fixierten besonderen Unterrichtungsverfahren, das im Antrag der Linken als „für eine effektive parlamentarische Kontrolle unzureichend"[43] kritisiert wurde.

Denn nach der, in ihren wesentlichen Teilen 2011 beschlossenen, sog. Neuausrichtung der Bundeswehr wurden die spezialisierten Anteile der Bundeswehr erheblich ausgebaut. So wurde gleich eine ganze Division mit dem Namen Division Schnelle Kräfte (DSK) neu aufgestellt, die nach einem Bericht des BMVg vom Mai 2013 das Kommando Spezialkräfte (KSK), die Hubschrauberverbände des Heeres mit ihren Kampfhubschraubern Tiger und die Luftlandebrigade mit ihren Fallschirmjägern beinhalte, die in der Lage sei, luftbewegliche Operationen, spezielle Operationen und spezialisierte Operationen (vor allem militärische Evakuierungsoperationen) durchzuführen.[44] Auch die Marine erhält entsprechende Truppenteile. Dazu gehören das Kommando Spezialkräfte der Marine, das Seebataillon mit Bordeinsatzteams zum „Boarding" sowie eine Küsteneinsatzkompanie.[45] Die Führung von Operationen der Spezialkräfte wird zukünftig durch die Abteilung Spezialoperationen im Einsatzführungskommando sichergestellt, heißt es im erwähnten Bericht weiter.[46]

Die Regierungskoalition scheint nicht gewillt, diese neuen Spezialkräfte einer umfänglichen Parlamentskontrolle zu unterstellen. Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind immer mit einer hohen Gefährdung unserer Spezialkräfte verbunden und unterliegen der Geheimhaltung. Wir werden die Unterrichtung des Parlaments in der bewährten Form sicherstellen".[47] Das bedeutet, anstatt einer Befassung von 631 Abgeordneten, werden nur die Obmänner der Fraktionen im Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschuss, insgesamt 14 Abgeordnete (das sind rund 2%), in der Regel alle sechs Monate auf freiwilliger Basis über die Einsätze von Spezialkräften unterrichtet.

Fazit

Alles was bisher darüber zu hören war, insbesondere aber auch die Zusammensetzung der Kommission selbst, verheißt nichts Gutes. Neben dem Vorsitzenden Volker Rühe finden sich darin eine Reihe Militärs sowie militärfreundliche Politiker wie etwa der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff. Der hatte seine Vorstellungen zur „Reform" der parlamentarischen „Mitbestimmung" bereits vor einiger Zeit veröffentlicht: „Wichtig ist, dass wir wie unsere Verbündeten auf Kommando-, Logistik-, Aufklärungs- oder Ausbildungseinheiten, die „geteilt" werden, verlässlich zugreifen können. [...] Eine wirkungsvolle GSVP [Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik] wird die militärischen Fähigkeiten der einzelnen Staaten in so starkem Maße zusammenlegen und unter geteilte Führung stellen, dass es nicht möglich sein wird, nationale Vorbehalte als Einzelmeinung durchzusetzen. Deutsche Soldaten könnten damit in einen EU-Einsatz gehen, den die deutsche Regierung und der Deutsche Bundestag allein aus eigener Initiative nicht beschlossen hätten. [...] Dieser Souveränitätsverzicht betrifft gerade den Bundestag

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

mit seiner im europäischen Vergleich eher starken Mitspracherolle und müsste sich in einer Reform des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr niederschlagen. Der Bundestag muss weiterhin das letzte Wort in Form eines Rückrufvorbehalts bei solchen Entscheidungen behalten."[48]

Es droht also eine erhebliche Beschneidung parlamentarischer Mitbestimmungsrechte. Die Frage stellt sich allerdings, weshalb dies aus friedenspolitischer Sicht von besonderer Bedeutung ist, wenn, wie oben dargelegt, die aktuelle Gesetzeslage ohnehin keine zeitlichen Verzögerungen mit sich bringt und mit einer Ablehnung eines Einsatzes durch eine Mehrheit des Bundestages wohl kaum zu rechnen sein wird. Die Antwort hierauf könnte in etwa folgendermaßen lauten: „Weil gerade eine parlamentarische Zustimmungspflicht für Auslandseinsätze, wie sie etwa in Deutschland für Bundeswehr-Interventionen existiert, ein zentrales Mittel ist, um eine öffentliche Debatte über den Sinn bzw. Unsinn eines Kriegseinsatzes in Gang zu setzen. Ein Krieg wird nicht „legitim", wenn er eine „legal" erforderliche Parlamentszustimmung erhält. Ein Parlamentsvorbehalt ist jedoch ein wesentliches Instrument, um überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, die „Legitimität" solcher Einsätze grundsätzlich kritisieren und in Frage stellen zu können."[49]

Anmerkungen

1 Vgl. Bettina Giesecke, Rechte der parlamentarischen Minderheiten im Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Infobrief WD 3 – 3010 – 196/13.
2 Ausführlicher hierzu vgl. Jürgen Wagner, Münchner Sicherheitskonferenz: Generalangriff der Kriegstreiber, IMI-Ausdruck, Februar 2014.
3 Vgl. Jochen Bittner / Matthias Geis / Jörg Lau / Bernd Ulrich / Ronja Wurmb-Seibl, Deutsche Außenpolitik. Wir tun doch nix, Zeit Online, 1.4.2013.
4 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Einsetzung einer „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr", Deutscher Bundestag, Drucksache 18/766, 18.3.2014.
5 Vgl. Joachim Gauck, Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Rede auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, München, 31.1.2014.
6 Vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses, a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksache 18/766 – b) zu dem Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 18/775 – Deutscher Bundestag, Drucksache 18/870, 19.3.2014.
7 Die weiteren Mitglieder der Kommission seien nach dem Blog Augengeradeaus.net von Thomas Wiegold (20.3.2014): Für die CDU/CSU Andreas Schockenhoff (CDU-Bundestagsabgeordneter), Hans-Peter Uhl (CSU-Bundestagsabgeordneter), Prof. James W. Davis (Politikwissenschaftler, St. Gallen), Prof. Georg Nolte (Jurist, Humboldt Universität, Berlin), Prof. Matthias Herdegen (Jurist, Bonn), Generalleutnant a. D. Rainer Glatz (früherer Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr) und für die SPD Rainer Kolbow (ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium), Niels Annen (SPD-Bundestagsabgeordneter), Rainer Arnold (SPD-Bundestagsabgeordneter), Wolfgang Zeh (Jurist und ehemaliger Bundestags-Direktor), General a. D. Wolfgang Schneiderhan (früherer Generalinspekteur der Bundeswehr).
8 Volker Rühe, Deutschland muss führen, damit Europa nicht schwächer wird, FAZ, 21.1.2014.
9 Vgl. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 2.
10 Vgl. Thorsten Knuf, Bundeswehrkommission ohne Opposition, Frankfurter Rundschau (Online), 24.3.2014.
11 In Artikel 87a Abs. 2 GG heißt es: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt." Eine ausdrückliche Zulassung zum Einsatz der Bundeswehr existiert im Grundgesetz lediglich für die Verwendung im Innern nach den Artikeln 35 und 87a Abs. 3 und 4, hingegen nicht für einen Einsatz außerhalb Deutschlands.
12 BverfGE 90, 286 [381 f.]; BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 57.
13 BverfGE 90, 286 [381 f.]; BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 57.
14 BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 58.
15 BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 70.
16 BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 70.
17 BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 70.
18 BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 72 f.
19 BverfG 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008, Absatz-Nr. 72 f.
20 Manuel Brunner und Robert Frau, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die NATO gegen Karlsruhe und den Bundestag, Legal Tribune Online, 24.5.2012. Zur Bedeutung von Artikel 79 Abs. 3 GG vgl. Michael Sachs, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz, 6. Aufl., 2011, Art. 79 Rn. 26 ff.
21 BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr. 255.
22 BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr. 381.
23 BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr. 387.
24 BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr. 388.
25 BVerfGE 121, 135 [162].
26 BVerfGE 121, 135 [162].
27 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
28 Vgl. Manuel Ladiges, Beteiligung des Parlaments zeitgemäß?, Legal Tribune Online, 15.3.2014.
29 Vgl. BverfGE 90, 286, Leitsätze Nr. 1, 3a und b.
30 Vgl. Michael Haid / Tobias Pflüger, Krieg außer Kontrolle. Die Demontage des konstitutiven Parlamentsvorbehalts, IMI-Studie 2013/04.
31 Vgl. Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU und FDP, Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, Berlin, 26.10.2009, S. 124.
32 Vgl. Kommission Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, Für eine Stärkung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes, Positionspapier, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg, Dezember 2013.
33 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Deutschlands Zukunft gestalten, Berlin, 27.11.2013, S. 123 f.
34 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
35 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
36 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
37 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
38 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
39 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 1.
40 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, aaO., S. 2.
41 Vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Einsetzung einer „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr", Deutscher Bundestag, Drucksache 18/775, 12.3.2014.
42 Vgl. Antrag der Fraktion Die Linke, Einsetzung einer „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr", Deutscher Bundestag, Drucksache 18/839 (neu), 20.3.2014.
43 Antrag der Fraktion Die Linke, aaO., S. 1.
44 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 8.5.2013, S. 29.
45 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 8.5.2013, S. 31.
46 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 8.5.2013, S. 34.
47 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Deutschlands Zukunft gestalten, Berlin, 27.11.2013, S. 124.
48 Andreas Schockenhoff / Roderich Kiesewetter: Impulse für Europas Sicherheitspolitik. Die Zeit zum Handeln ist gekommen, in: Internationale Politik 5, September/ Oktober 2012, S. 88-97, S. 96.
49 Jürgen Wagner: EUropa außer Kontrolle. Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik im parlamentarischen Niemandsland, Informationen zu Politik und Gesellschaft, Nr. 6/August 2013, S. 4.

Außenpolitik kürzer Denken

Nur die „Generation Jugendoffizier“ steht hinter stärkerer außenpolitischer Rolle Deutschlands

von Bernhard Klaus

Im Rahmen des Dialogforums „Review 2014“ sollen deutsche Öffentlichkeit und Eliten über eine „aktivere“ deutsche Außenpolitik diskutieren und also auf ebendiese eingestellt werden. In einem ersten Schritt ließ man internationale sog. Außenpolitikexperten jedoch erst einmal unter der Fragestellung „Was erwartet die Welt von Deutschland?“ schreiben, was man im Auswärtigen Amt gerne hören wollte, sich aber selbst noch nicht zu sagen traute. Die Sicherheitspolitische Community parierte prompt, Kishore Mahbubani, Politikwissenschaftler aus Singapur, etwa schrieb einen Beitrag unter dem Titel: „Deutschlands Bestimmung: Europa führen, um die Welt zu führen“. Das gefiel Außenminister Steinmeier so gut, dass er es auf der heutigen Konferenz „Außenpolitik Weiter Denken“ im „Weltsaal“ des AA gleich aufgriff und zitierte – bemerkenswerter Weise jedoch auf Englisch, obwohl der Beitrag auf der Homepage des AA auf Deutsch veröffentlicht ist. Vielleicht klingt „to lead“ halt doch noch etwas unbelasteter, als „führen“.

Auf der Konferenz wurden auch die Ergebnisse einer Umfrage der Körber-Stiftung präsentiert, die den versammelten Eliten vermutlich wenig gefallen hat. Während sich 1994 noch 62 Prozent der Befragten für eine aktivere Rolle Deutschlands ausgesprochen haben, tut das heute nur noch eine Minderheit von 37%, während sich 60% für Zurückhaltung aussprechen. Die von der Politik favorisierten außenpolitischen Prioritäten „Wirtschaftliche Interessen im Ausland schützen“ und „Ausländische Märkte zur Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland [*sic*] erschließen“ rangieren in der Gunst der Befragten zwar ganz unten - ein Viertel hält aber auch diese für „sehr wichtig“. Auch in der Wahl der einzusetzenden Mittel scheint die Haltung der Bevölkerung derjenigen der Großen Koalition diametral entgegenzustehen. Nur 13% sprechen sich für „Militäreinsätze der Bundeswehr“ und „Waffenlieferungen an verbündete Länder“ aus, dafür begrüßen jedoch 41% die „Unterstützung anderer Länder bei Kriegseinsätzen ohne direkte militärische Beteiligung“ und sogar 75% die „Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften“, die in der Praxis jedoch offizielles Ziel vieler Bundeswehreinsätze ist und oft zu einer engen Verstrickung in internationalisierte Bürgerkriege wie in Mali oder Somalia führt.

Die Umfrage weist außerdem auf ein Phänomen hin, das man womöglich als „Generation Jugendoffizier“ titulieren sollte. Gerade Befragte unter 30 Jahren weisen demnach im Durchschnitt ein geringeres Interesse an Außenpolitik auf, sprechen sich aber zugleich am deutlichsten für ein „aktiveres außenpolitisches Engagement“ aus, sie würden mehrheitlich sogar einen militärischen Eingriff aus humanitären Gründen auch ohne entsprechendes UN-Mandat befürworten. Interesse an Außenpolitik scheint insgesamt mit dem Alter und der Ablehnung einer aktiveren deutschen Rolle zu korrelieren. Insofern wäre als Titel der Konferenz vielleicht „Außenpolitik Kürzer Denken“ passender gewesen.

Schauplatz oder Kulisse - Weltsaal im AA-Berlin, Bild: Wkipedia, gemeinfrei

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die „neue“ Afrika-Politik der BRD

„Chancenkontinent“ deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik

von Christin Bernhold

Neue Regierung, neue alte Strategie: Am 21.05.2014 hat das schwarz-rote Bundeskabinett Leitlinien zur Afrika-Politik der Regierung beschlossen. „Mit den Leitlinien wollen wir einerseits positive Entwicklungen auf dem Kontinent gezielter unterstützen und andererseits auch Krisen und Gefahren schneller und entschiedener als bisher entgegenwirken“, erklärte dazu Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD).[1] Notfalls sei man auch zur Entsendung weiterer Soldaten bereit, hieß es aus der großen Koalition.

Zwei Monate zuvor hatte Bundesminister Gerd Müller (CSU) das neue Afrika-Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgestellt. In beiden Dokumenten geht es um die „wachsende Bedeutung Afrikas für Deutschland“, die von Müller so erklärt wird: „Unser Nachbarkontinent wächst jeden Tag um 75.000 Einwohner. In 35 Jahren wird jeder vierte Mensch aus Afrika stammen. Seit der Jahrtausendwende hat der Kontinent seine Wirtschaftsleistung verdreifacht.“[2]

Afrika wird von der herrschenden Klasse in Politik und Wirtschaft nunmehr nicht nur als Krisen-, sondern auch als „Chancenkontinent“ betrachtet. Neben floskelartig – abseits von konkreten politischen Maßnahmen – aufgeführten humanitären Zielen (Einhaltung der Menschenrechte, Gleichstellung der Frau, Vermögensverteilung, Ernährungssicherung u.a.) werden in den Leitlinien vor allem Vorhaben zur Verbesserung der politischen Einflussnahme durch die deutsche Regierung und zur Steigerung der Profite deutscher Unternehmen in Afrika formuliert. Dort würden Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten zunehmend interessanter, sekundiert der Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft (AV). „Deutschlands Wohlstand hängt nicht zuletzt vom Erfolg seiner Firmen auf internationalen Märkten ab. [...] Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um Afrikaengagements im Rahmen des bestehenden Instrumentariums in breiterem Umfang abzusichern.“[3]

Leitlinien der Bundesregierung

Seit die SPD mit Steinmeier den deutschen Außenminister stellt, soll die zivile und militärische Einflussnahme der BRD in Afrika (im Vergleich zu seinem Vorgänger Dirk Niebel, FDP) möglichst noch schneller und effektiver vonstatten gehen. Zwar unterscheiden sich die neuen Leitlinien nicht wesentlich von der Afrika-Strategie aus dem Jahr 2011, die noch von der schwarz-gelben Koalition verfolgt wurde. Deutlich herausgestellt wird jedoch der Anspruch der neuen Bundesregierung, „früh, schnell, entschieden und substanziell zu handeln“.[4]

Als Potenziale Afrikas werden u.a. ein riesiger „Zukunftsmarkt mit hohem Wirtschaftswachstum, reichen natürlichen Ressourcen“ und große Möglichkeiten für die landwirtschaftliche Produktion gesehen. „Afrikanische Märkte entwickeln sich dynamisch und werden – über die Rohstoffwirtschaft hinaus – für die deutsche Wirtschaft durch steigende Kaufkraft, durch Nachfrage nach deutschen Qualitätsprodukten und technischer Expertise sowie durch steigende Investitionen und innovative Angebote zunehmend interessanter.“[5]

Damit sich die Investitionen auch lohnen und Profite nicht etwa durch Krisen und Konflikte bedroht werden, ist den außenpolitisch zuständigen Ministerien an „Stabilität“ in Afrika gelegen. Diese nehme zwar generell zu – ebenso wie die Eigenverantwortung regionaler Organisationen wie der Afrikanischen Union (AU). Gleichzeitig stelle man jedoch Herausforderungen wie Armut und Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und „das Destabilisierungspotenzial regionaler Krisen (z. B. Flüchtlinge und Vertriebene)“ fest.[6] Als Ursachen dafür werden vor allem endogene Faktoren benannt: Fragilität, schwache Institutionen und Staatlichkeit, Mangel an guter Regierungsführung, hohes Bevölkerungswachstum und ethnische Loyalitäten anstelle von nationalen Identitäten.[7] Krisen und Konflikte, Terrorismus, Piraterie und Fluchtbewegungen träfen „Europa und Deutschland immer unmittelbarer“. Die innen- und sicherheitspolitische Kooperation mit Afrika liege daher „in unserem nationalen Interesse“. Die AU und einige afrikanische Regionalorganisationen „haben große Fortschritte bei der Bewältigung von Herausforderungen gemacht“, dafür sei aber nach wie vor internationale Unterstützung notwendig.[8]

Die Bundesregierung hat das (geo)strategische Interesse daran, ihren Einfluss in Afrika auszubauen, nicht zuletzt, weil ihr sonst andere zuvorkommen: Der „auffälligste Akteur“, China, „bekannt für Konzentration auf Rohstoffbezug, Nutzung von Agrarland und auf Absatzmärkte für die eigene Produktion“ zeige sich zunehmend interessiert an längerfristigen Investitionen. Aber auch Indien, die Türkei, Brasilien, Japan und die USA werden als Konkurrenten ausgemacht, die zunehmend auf dem Kontinent aktiv seien.[9]

Zusammengefasst heißt das im Klartext: Die Bundesregierung will ihre Machtpolitik in Afrika ausweiten, Investitionsmöglichkeiten sollen verbessert werden und die Kosten für den (militärischen) Umgang mit Krisen, Flucht etc. sollen möglichst afrikanische Organisationen wie die AU übernehmen – nicht jedoch, ohne von der Bundesregierung kontrolliert zu werden. Entsprechend fallen die (hier auszugsweise dargestellten) politischen Schwerpunkte für das deutsche Afrikaengagement aus:[10]

- Stärkung regionaler Integration zur Schaffung von größeren Märkten „mit Freizügigkeit von Arbeit und Kapital“, Abbau von Handelshemmnissen, Festigung „afrikanischer Kontrolle“ durch eine Intensivierung der Kooperation mit der AU und verschiedenen Regionalorganisationen.
- Unterstützung von Wirtschaftswachstum, Handel und Investitionen sowie Erschließung der afrikanischen Märkte für die deutsche Wirtschaft.
- Unterstützung der Afrikanischen „Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture, APSA)“ mit dem Ziel der „Übernahme afrikanischer Eigenverantwortung“ und der Verbesserung afrikanischer Kapazitäten für schnelle Einsätze („African Standby Force“).
- Abbau von „Fragilität“, Reduzierung von Konflikten und Gewalt, Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. „Staatszerfall“ solle entgegengewirkt werden, um „negative Einflüsse auf die Nachbarregionen und auf Europa zu verhindern“. Im Fokus stehen dabei vor allem die sogenannte Sicherheitssektorreformen (SSR) sowie Staatsaufbau und „gute Regierungsführung“ nach westlichem Vorbild.

- Förderung ländlicher Entwicklung. „Die deutsche Wirtschaft soll mit eigenen Beiträgen in diesen Prozess eingebunden werden."
- Präventive Migrationspolitik und Verhinderung von „Missbrauch" durch Maßnahmen gegen „irreguläre Migration".
- Nachhaltige Rohstoffpolitik – eine „vertrauensvolle Kooperation im Rohstoffbereich erhöht dabei die Versorgungssicherheit für die deutsche Wirtschaft."
- Intensivierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, u.a. durch neue Ausbildungspartnerschaften mit der deutschen Wirtschaft.

Zur Umsetzung all dieser Schwerpunkte sieht die Bundesregierung die „Notwendigkeit für einen breiten, die Aktivitäten aller Ressorts einbeziehenden **umfassenden und vernetzten Ansatz**".[11] Vor Ort stünden dazu Auslandsvertretungen, MitarbeiterInnen der Entwicklungszusammenarbeit, (grenz-)polizeiliche Verbindungsbeamte, Vertretungen der Auslandshandelskammern sowie Militärberater und militärische Beratungsgruppen zur Verfügung.

Entsprechend der Doktrin der Bundesregierung, Machtpolitik und wirtschaftliche Interessen weltweit verstärkt mit militärischen Mitteln durchzusetzen und dieses Vorgehen humanitär zu legitimieren, wird betont, dass sie nicht nur schnell, entschieden und substanziell handeln wolle, sondern auch „interessenorientiert" und „werte- und menschenrechtsbasiert".

Verstärkt soll dazu auch die EU-Afrikapolitik nach bundesdeutschen Vorstellungen ausgerichtet werden. „Die EU verfügt über einen beispiellos breiten Instrumentenkasten, den unsere nationalen Instrumente ergänzen sollten, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen."[12] Da die Vereinten Nationen (UN) als einzige internationale Organisation mit quasi-universeller Mitgliedschaft weltweite Legitimität genieße, sei in entsprechender Weise die Kohärenz mit dem Handeln der UN zu wahren.

BMZ: Afrika als „Chancenkontinent"

Als eines der Ressorts, das die Schwerpunkte der Bundesregierung politisch umsetzen soll, hat das BMZ am 21.03.2014 ebenfalls ein neues Papier zur Afrika-Politik vorgestellt.

Auch wenn man Afrika häufig noch als Krisenkontinent wahrnehme, heißt es in der Einleitung, biete dieser „erhebliche Chancen". Das deutsche entwicklungspolitische Engagement werde daher um 100 Mio. € auf 1,3 Mrd. € aufgestockt – Afrika ist mit 50% der bilateralen Mittel des BMZ „Schwerpunktkontinent".[13]

350 Mio. € davon sollen für „überregionale Vorhaben" verausgabt werden. Dazu zählen z.B. die Zusammenarbeit mit der AU und mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS).

Der neue Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Quelle: Gerd Müller über Wikipedia

Als Kernpunkte seiner neuen Politik formuliert das BMZ u.a. „10 Grüne Zentren für nachhaltige landwirtschaftliche Wertschöpfung, die gemeinsam mit der deutschen Agrarwirtschaft aufgebaut werden", die Schaffung von Bildungszentren und „mehr Hermes für Afrika: Einsetzen für eine schrittweise Erweiterung der Hermes-Deckungen für deutsche Unternehmen in Afrika".[14] Denn Afrika sei auch ein „Wachstumskontinent" mit „6 der 10 am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften" und entsprechend zu erwartenden Akkumulationsmöglichkeiten für deutsches Kapital.

Das BMZ will „Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent" mit einer verbesserten Sicherheitslage begleiten. Denn Afrika sei „Nachbarkontinent" mit einem „Weg nach Europa"[15] und „Fluchtbewegungen machen auch vor Europa [...] nicht halt. Weder der Weg durch die Sahara noch über das Mittelmeer schrecken die Flüchtlinge ab."[16] Damit legt das BMZ unumwunden offen, dass es ihm nicht um die Sicherheit der Bevölkerungen afrikanischer Staaten geht.

BMZ und Bundesregierung: (Vernetzte) Sicherheit für politische, wirtschaftliche und geostrategische Interessen

Zahlreiche Medien haben von Uneinigkeiten innerhalb der Regierung berichtet. Entwicklungshilfeminister Müller setze im Gegensatz zu Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nicht auf den Einsatz von Militär. Das BMZ betont, diplomatische und entwicklungspolitische Instrumente seien der militärischen Einflussnahme vorrangig. Nicht auf mehr, sondern auf weniger Waffen käme es an,[17] schreibt das Ministerium des drittgrößten Waffenexporteurs der Welt, der BRD.

Von einer Entmilitarisierung der Politik kann derweil keine Rede sein. Im Gegenteil soll die Zusammenarbeit einzelner Ministerien und ziviler Organisationen einerseits und der Bundeswehr andererseits, also die zivil-militärische Zusammenarbeit, zukünftig schlicht noch besser funktionieren. Müllers verbale Zurückhaltung bedeutet ferner höchstens weniger Kosten für deutsches Militär. Denn auch wenn die BRD weiterhin bereit sei, „sich in schwerwiegenden Krisen zur Herstellung von Frieden und Sicherheit auch unmittelbar zu engagieren", sollen die Kosten der Ausübung militärischer Kontrolle zunehmend an afrikanische Institutionen wie die AU ausgelagert werden. Die politische Einflussnahme wird dabei keineswegs verringert. Beim Aufbau einer regionalen „Sicherheitsarchitektur" werde die AU „vom BMZ umfangreich unterstützt",[18] beispielsweise durch Ausbildungshilfen in Mali. Außenminister Steinmeier hatte während seiner Afrika-Reise im März 2014 kundgetan, die BRD werde afrikanische Trainingseinrichtungen „aktiv mit militärischen und polizeilichen Ausbildern unterstützen [...] Dies schließe aber nicht aus, dass sich Deutschland mit ‚Schlüsselfähigkeiten' an europäischen und internationalen Missionen beteiligt". [19]

Das Ziel der AU-Stärkung ist also nicht etwa eine größere Ungebundenheit Afrikas. Die Union soll lediglich befugt werden, auf dem Kontinent im Interesse westlich-imperialistischer Staaten stellvertretend zu handeln – die „Schlüsselfähigkeiten" bleiben in deren Hand.

Nach dem Vorbild der Münchner Sicherheitskonferenz ist zwecks Umsetzung dieser Pläne eine „afrikanische Sicherheitskonferenz"[20] etabliert worden. Am „Tanat High Level Forum on Security in Africa", das am 26. Und 27. April 2014 in Bahir (Äthiopien) stattfand, nahmen neben Vertretungen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien verschiedener afrikanischer Staaten auch Regionalbeauftragte des deutschen Auswär-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

tigen Amtes sowie Vertreter der deutschen Botschaft in Addis Abeba und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) teil.[21] Die Ähnlichkeit zur Münchner Sicherheitskonferenz ist kein Zufall, „denn was sich in Deutschland seit rund 50 Jahren bewährt hat, soll auch dem afrikanischen Modell zu Erfolg verhelfen".[22] Die GIZ arbeitet darauf hin, „das Tana-Forum als zentrales, länderübergreifendes Austauschforum zu afrikanischen Sicherheitsfragen zu etablieren". Vor Ort ist man sich bewusst, dass man selbst in diesem Austauschprozess nicht erziehungsberechtigt ist: „Die Münchener Sicherheitskonferenz hat ein Kind, auf das sie stolz sein kann – sie hat eine schöne afrikanische Tochter", so der amtierende Vorsitzende des Tana-Forums und ehemalige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo.[23]

Zivil-militärische Zusammenarbeit soll in Zukunft, geht es nach Gerd Müller, auch zunehmend zwischen Deutschland und Frankreich stattfinden – ein Paradebeispiel sei das „Engagement" in der Zentralafrikanischen Republik, zu dem die BRD entwicklungspolitisch und Frankreich militärisch beitragen solle. „Ich wurde nicht nach Soldaten gefragt. Ich wurde nach Entwicklungshelfern, nach Ärzten und nach Hilfe im zivilen Bereich gefragt. Aber ich danke den französischen Freunden, die hier großartige Arbeit leisten",[24] verkündete Müller im Bundestag. Von der Leyen und ihr französischer Amtskollege Jean-Yves Le Drian schrieben recht offen in einem gemeinsamen Artikel, was das Ziel einer solchen Kooperation ist: „Es geht um die Versorgung mit strategisch wichtigen Gütern, strategische Handelsinteressen und auch um die Sicherheit europäischer Staatsbürger in Afrika."[25]

Eine solche Politik lasse sich nur mit Mühe als zivile Form der Konfliktbearbeitung definieren, attestiert das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt dem BMZ. Eher bedeute sie „eine verstärkte Umwidmung von EZ-Mitteln für Militäraktionen".[26] Diese Priorisierung der Sicherheitspolitik zieht nicht nur nach sich, dass Armutsbekämpfung kein Ziel von Entwicklungszusammenarbeit (mehr) ist, sondern auch, dass bürgerliche Freiheiten in den Empfängerstaaten zunehmend unter Druck geraten. Selbst die Friedrich-Ebert-Stiftung konstatiert, dass „die Priorisierung sicherheitspolitischer Ziele über andere Ziele [...] in vielen Staaten der Region die Zunahme von Repression (durch Gesetze) und die Stärkung der Sicherheitsapparate verstärkt" habe.[27]

Dass zivile Instrumente der Entwicklungspolitik zunehmend in westlich-kapitalistische Sicherheitskonzepte integriert werden, ist aus Sicht des BMZ deshalb wichtig, weil „sichere Rahmenbedingungen" eine Voraussetzung für „privatwirtschaftliche Initiativen und Investitionen"[28] sind – die nicht zuletzt aus der deutschen Wirtschaft kommen.

Auch die Schwerpunktsetzung auf Sicherheitssektorreformen (SSR) passt in dieses Bild. Seit Jahren fungiert unter diesem Namen der Aufbau von Repressionsorganen: „Die Staaten des Nordens bauen im globalen Süden Repressionsorgane auf, die dann – zumindest für eine bestimmte Zeit – im Sinne und unter Kontrolle des Nordens ein Regime an der Macht halten, das die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen des Nordens meist gegen den Willen der eigenen Bevölkerung durchsetzt."[29]

Im Interesse deutscher Wirtschaftsverbände

Seit Jahren arbeitet das BMZ in Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden daran, Profite deutscher Unternehmen in Afrika auszubauen. Bereits 2008 veröffentlichte die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) ein Positionspapier mit dem Titel: „Chancenkontinent Afrika. Plädoyer für eine wirtschaftsfreundliche Afrikastrategie". Mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit könne man Armutsprobleme besser lösen als durch bisherige entwicklungspolitische Mittel, so der Tenor des Papiers. Im Maßnahmenkatalog des DIHK stehen neben der Förderung von Infrastrukturinvestitionen und anderen Kapitalanlagen und einer besseren Verzahnung von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit auch „Investitionen in das Humankapital der afrikanischen Partnerländer".[30] Diesem Anliegen kommt das BMZ mit geplanten Bildungsprogrammen nach.

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) schreibt, das Wirtschaftswachstum in zahlreichen Ländern Subsahara-Afrikas eröffne „der deutschen Wirtschaft neue Möglichkeiten, ihre Handels- und Investitionsbeziehungen auszubauen".[31] 2009 ist der BDI z.B. bereits ein Partnerprojekt mit dem ghanaischen Industrieverband Association of Ghana Industries (AGI) eingegangen – als Teil eines vom BMZ in Auftrag gegebenen Kammer- und Verbandspartnerschaftsprogrammes.[32] Südafrika bleibe ebenfalls ein attraktiver Markt für deutsche Unternehmen, „beispielsweise im Rahmen der umfangreichen Infrastrukturvorhaben oder in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umwelttechnik"[33] – alles Schwerpunktbereiche des BMZ.

In diesen Chor stimmt die Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) ein. Deutsche Maschinenbauer müssten verstärkt nach Afrika schauen, zitiert sie den Präsidenten des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA), Reinhold Festge. „Afrika vernachlässigen wir komplett. Das soll und muss sich ändern, wenn wir unsere Weltmarktposition halten wollen." Zumal die Konkurrenz nicht schlafe: „Aktuell überlassen wir den Chinesen nahezu kampflos das Feld in Afrika. Das ist gefährlich. Als deutscher Maschinenbau müssen wir diesen Markt bearbeiten."[34]

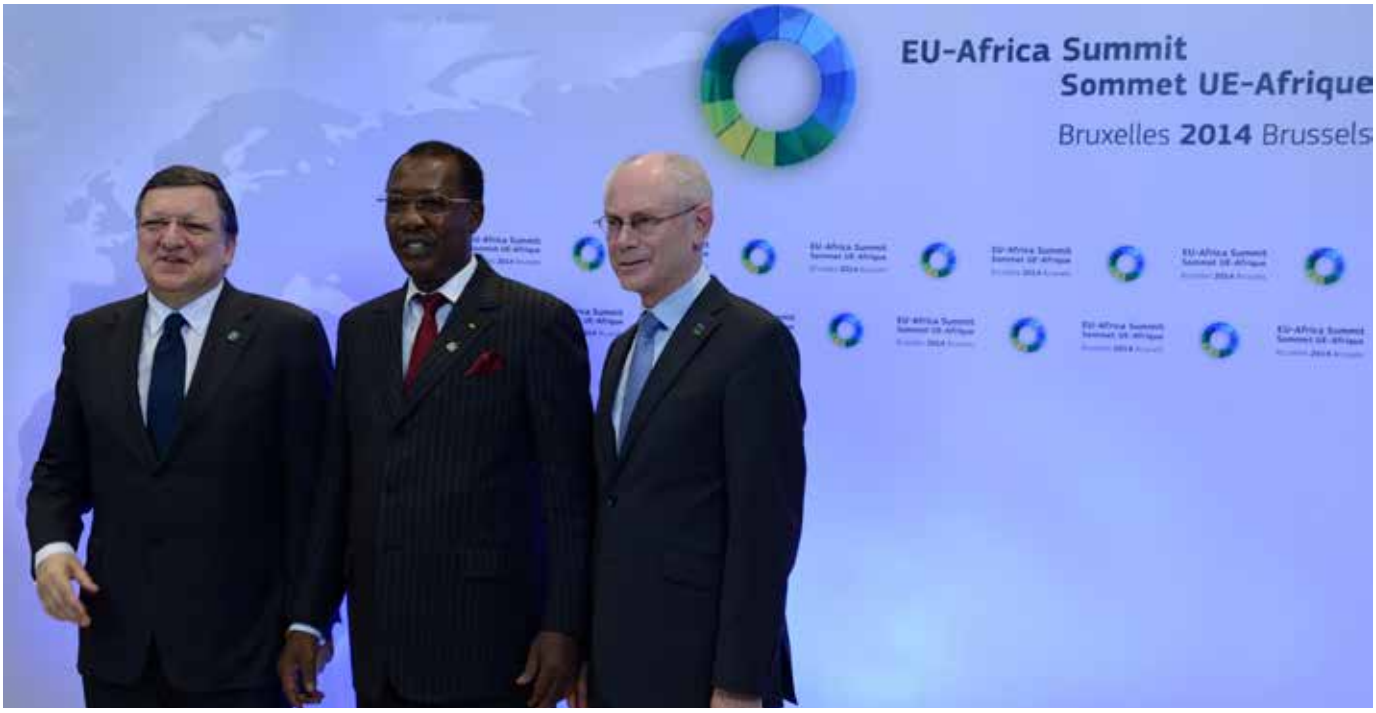
Ähnlich sieht es der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI). „Das alte Afrikabild von Armut, Hunger, Krisen und Krieg muss mindestens um die Bilder des neuen Afrikas ersetzt werden [...], das Afrika als Chancenkontinent, als einen Kontinent im Aufbruch begreift", zitiert der Verband den ehemaligen Staatssekretär im BMZ, Hans-Jürgen Beerfeltz. Seine Botschaft an einen der wichtigsten deutschen Industrieverbände bezüglich des Afrikageschäfts: „Just do it!"[35]

Die Zielvorgabe des BMZ, „mehr Hermes für Afrika", passt gut zu diesen Anliegen, deren Liste sich lang fortführen ließe. Das BMZ unterstützt Investitionen, die deutsche Wirtschaft nutzt die afrikanischen „Chancen" auf hohe Profite – und im Krisenfall übernimmt die Steuern zahlende Bevölkerung der BRD die Verluste.

Bequeme Erklärungen: Ethnische Konflikte, Bevölkerungswachstum und schwache Staatlichkeit

So sehr auch betont wird, Afrika sei nun ein „Chancenkontinent" – Bundesregierung und BMZ brauchen nach wie vor Erklärungen dafür, wieso er dennoch auch Krisenkontinent mit Kriegen, Hunger, Armut ist und warum die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinanderklafft. Dass die imperialistische Politik der Bundesrepublik in verschiedenen afrikanischen Staaten Kriege anheizt, sie mit Waffen versorgt, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, dass die BRD Armut, Hunger und diverse andere ökonomische, politische und soziale Probleme mit produziert, wird in den Strategiepapieren von Bundesregierung und BMZ freilich nicht analysiert. Drei Erklärungsmuster stehen stattdessen im Vordergrund:

1. Eine Ursache für Krisen in Afrika sei, dass vielerorts „ethnische Loyalitäten" dem Aufbau homogener nationaler Identitäten



Auch die EU wendet sich verstärkt dem „Chancenkontinent Afrika" zu. Herman van Rompuy (EU-Präsident), Idriss Déby (Präsident des Tschad) und José Manuel Barroso (EU-Kommissionspräsident) beim EU-Afrika-Gipfel im April 2014. Quelle: Europäische Union

im Wege stünden.[36] Ein gutes Beispiel dafür, wie diese Interpretation genutzt wird, um nicht die eigene Politik hinterfragen zu müssen, ist der Südsudan. In der öffentlichen Debatte um den aktuellen Bürgerkrieg im jüngsten Staate Afrikas wird nahezu völlig ausgeblendet, dass der neoliberale Staatsaufbau, orientiert an westlichen Interessen, für einen Großteil der Bevölkerung offensichtlich nicht funktioniert hat und daher Konflikte innerhalb des Südsudans entstanden bzw. neu ausgebrochen sind. Stattdessen wird das simple Bild vom ethnischen Konflikt bedient – es macht die Einflussnahme globaler Mächte auf die Geschichte des Südsudan leicht vergessen.[37]

2. Das BMZ wärmt auch die Malthusianische Bevölkerungstheorie und die Suggestion, Bevölkerungswachstum sei eine Ursache für Armut und Krisen, wieder auf. „Die junge und wachsende Bevölkerung kann zu einer demographischen Dividende führen, aber im schlimmsten Fall auch zu gewaltsamen Unruhen", heißt es beispielsweise.[38] Der Hamburger Professor für Wirtschaftsgeographie, Christof Parnreiter, kommt nach einer eingehenden Analyse, ob ein kausales Verhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und Armut/wirtschaftlicher Entwicklung bestehe, zu einem eindeutigen Ergebnis: Empirisch lasse sich diese Annahme eindeutig widerlegen.[39] Dafür, dass ein vermeintlicher Zusammenhang trotzdem vermehrt in Zeitungen aber auch wissenschaftlichen Publikationen und von politischen Institutionen bemüht wird, hat er eine andere Erklärung: Es sei bequem.[40] Zieht man die einfache Erklärung für Krisen und ungleiche Entwicklung heran, es gäbe schlicht zu viele Menschen, muss man sich nicht mit dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, mit Gründen für Kriege und Hunger auseinandersetzen. Aus denselben Gründen polemisierten schon Marx und Engels gegen den Urheber dieser Denkfigur.

3. Als Krisennährboden in Afrika und auch als Gefahr für die EU und Deutschland macht die Bundesregierung drittens „failed states" bzw. schwache Staatlichkeit und mangelnde „gute Regierungsführung" aus. Die Theorie vom Staatszerfall ist nach dem Ende des „Kalten Krieges" 1989/90 nicht nur in der wissenschaftlichen Forschung, sondern auch in der Politik zu einem der zentralen Konzepte zur Erklärung von Krisen und Konflikten geworden.[41] Einer der bekanntesten und am stärksten rezipierten deutschen Vertreter dieser Theorie ist der Politikwissenschaftler und Soziologe Herfried Münkler. Laut Münkler hätten Staaten als faktische Monopolisten des Krieges ausgedient.[42] Kriege seien historisch durch moderne Staatlichkeit gebändigt bzw. in bestimmten Konturen gehalten worden. Durch die Asymmetrie der „neuen Kriege", die von Subversiven, Partisanen, Guerillas und Warlords in der Peripherie ausgehe, seien diese Kriege enthegt worden. In schwachen oder gescheiterten Staaten sei vor allem die Sicherheitsfunktion des Staates defizitär bzw. das Gewaltmonopol inexistent. Das sich daraus ergebende Konglomerat aus Terrorismus, Piraterie und „illegaler" Migration, aus „Raubzügen, Seuchen, Massakern und Gewaltexzessen" sei ein Menetekel dessen, was auch die westliche Welt ereilen werde, wenn es dieser nicht gelinge, „das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wieder herzustellen und dafür zu sorgen, dass die Staaten wieder die alleinigen Herren des Krieges werden".[43]

Kriege, die heute wieder von deutschem Boden aus geführt werden, Kriegsursachen, die von der BRD mit produziert werden sowie die Unterstützung von Bürgerkriegsparteien in so genannten Peripherien durch die Bundesregierung zeigen, dass die Annahme, moderne Staatlichkeit hege Kriege ein, nicht haltbar ist. Doch auch wenn die „failed-states"-These empirisch falsifizierbar ist: Sie ist politisch operabel und für die Bundesregierung äußerst nützlich. Denn wo sie bemüht wird, spielen die Auswirkungen von Imperialismus, ungleichen Verhältnissen im globalisierten Kapitalismus, von Ungleichheit in den internationalen politischen Beziehungen sowie die Auswirkungen neoliberaler Strukturanpassungs- und Staatsaufbauprogramme usw. keine Rolle.

Chancen, Chancen, Chancen

Auch wenn die Bundesregierung einerseits recht unverhohlen ausspricht, um wessen Sicherheit und um wessen Interessen sie bemüht ist, ist sie anderseits ebenso darauf erpicht, in den Leitlinien die angeblichen Chancen für Afrika zu betonen. An welchen Textstellen wessen Chancen gemeint sind, ist allerdings

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die mit westlicher Entwicklungshilfe finanzierte African Standby Force soll künftig häufiger – im Sinne westlicher Interessen – zum Einsatz kommen. Foto: U.S. Air Force / Staff Sgt. Samuel Rogers

oft nicht eindeutig festzustellen. Frei nach dem Motto „Wenn`s der BRD gut geht, geht's allen gut!" wird die angekündigte Ausweitung jener Politik, die für Krisen und Ungleichheit auf dem afrikanischen Kontinent mit verantwortlich ist, zu einer Politik kongenialer Chancen für Akteure dies- und jenseits des Mittelmeeres verklärt. Die deutsche Interessenpolitik lässt sich so besser verkaufen.

„Man muss wissen, [...] dass allemal die herrschende Klasse sämtliche zierenden Worte an sich reißt", zitiert Susann Witt-Stahl den Schriftsteller Alfred Döblin.[44] „Es ist gelungen, ein manipulatives Neusprech zu etablieren, mit extremer Einschränkung des Bedeutungsspektrums der Worte oder der Umkehrung von deren Bedeutung in ihr Gegenteil und dem Ziel, Kritik sprachlos zu machen."[45]

Der „Chancen"-Begriff passt zu diesem manipulativen Neusprech: Der Autor Holdger Platta konstatiert, das Narrativ der Chancengerechtigkeit rücke die reale Gerechtigkeit der Welt selber in den Hintergrund, „nur bei der Verteilung der Chancen soll es noch ‚gerecht' zugehen, die Welt selber braucht gar nicht ‚gerecht' zu sein".[46] Dadurch dass die Bundesregierung ihre eigenen und die Chancen Afrikas auf eine Stufe stellt, werden real existierende ökonomische und machtpolitische Unterschiede verdeckt. Es gibt in dieser Rhetorik kein oben und unten, sondern nur noch Akteure mit Chancen. In der Realität schrumpfe aber dieses Wort zusammen „zur Fiktion und wird in Wahrheit zu einem Signalbegriff [...] zu einem billigen Trostwort", so Platta, denn am Ende gäbe es eben doch „loser" und „winner".[47]

Mit allen Mitteln nach Afrika

Die trotz aller Schönfärberei de facto sicherheitspolitische Ausrichtung der Afrika-Leitlinien von Bundesregierung und BMZ ist keine Überraschung. Die Friedensbewegung wird sich in Zukunft zunehmend mit den Losungen „Ohne Sicherheit keine Entwicklung" oder „Ohne stabile Staaten kein Wachstum", mit zivil-militärischer Zusammenarbeit und mit falschen aber politisch operablen und medial wirksamen Legitimationsstrategien konfrontiert sehen.

Das Aufdecken dreister Lügen ist oft nicht einmal schwer: Zum Ende des EU-Afrika Gipfels am 3. April 2014 in Brüssel betonte beispielsweise Bundesminister Müller, Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds würden nicht für die Ausbildung von Polizei und Militär eingesetzt: „Das wäre ein Anschlag auf die Entwicklungspolitik Europas. [...] Keine Entwicklungsgelder für militärische Einsätze, Waffen und Material aus dem europäischen Entwicklungsfonds [...] wir müssen von der vernetzen Sicherheit zur vernetzten Entwicklung kommen."[48] Jürgen Wagner kommentiert: „So weit, so gut. Allerdings stellt sich schon die Frage, wie Müller diese klare Absage mit Passagen des neuen Afrika-Strategiepapiers aus seinem Haus in Einklang bringt, wo genau dieser ‚Anschlag auf die Entwicklungspolitik' wie selbstverständlich zum Tätigkeitsbereich hinzugezählt wird."[49] Wagner verwies dabei auf die Passagen zur „African Peace Facility", die sich aus Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds speist, zu dem Deutschland etwa 20% beiträgt. Denn in den Afrika-Leitlinien des BMZ wird auf diesen Geldtopf, über den eine ganze Reihe militärrelevanter Maßnahmen finanziert werden, positiv Bezug genommen: „Das BMZ unterstützt dazu die Afrikanische Union und afrikanische Regionalorganisationen, z.B. beim Aufbau von Ausbildungszentren für Personal in Friedensmissionen und finanziert zudem afrikanische Friedensmissionen über den Europäischen Entwicklungsfonds."[50] Mehr noch: Die Gelder für die Peace Facility sollen sogar noch einmal erheblich aufgestockt werden: „Weitere Stärkung der Afrikanischen Friedensfazilität mit 750 Mio. € (2014 – 2016) aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung afrikanischer Friedensmissionen bei gleichzeitiger Stärkung der zivilen Komponenten."[51]

Müller selbst relativierte seine verbalen Einsätze gegen militärisches Handeln derweil in einem Interview mit dem Handelsblatt. Von der Leyen, Steinmeier und er seien ein Team im Bereich der Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik. „Natürlich setzen wir entsprechend unseren Ressorts unterschiedliche Schwerpunkte."[52]

Einig ist man sich ressortübergreifend, dass Afrika neuer Schwerpunktkontinent deutscher Außenpolitik werden wird. Gründe dafür sind u.a. die wachsende wirtschaftliche Bedeutung

des Kontinents und das zunehmende dortige Engagement von Konkurrenten wie China, Brasilien und Indien, der Schutz eigener Rohstoff- und Handelsinteressen sowie der „Kampf gegen den Terrorismus“ bzw. für die Vorherrschaft des neoliberalen Modells westlich kapitalistischer Staaten.

Die im Irak oder in Afghanistan gewonnenen Erkenntnis westlicher Regierungen, dass sich dieser Kampf mit rein militärischer Kontrolle nicht zwangsläufig gewinnen lässt, hat zur verstärkten Vernetzung verschiedener Instrumente der Politik geführt, deren Trennung in der Praxis längst nicht mehr aufrecht erhalten wird. Zugleich vereinfacht sich dadurch die Legitimierung imperialistischer Politik, die vermeintlich auf Chancen für Afrika ausgerichtet ist, zivile Mittel bevorzugt und zu militärischen Mitteln nur greift, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, Menschen zu schützen. Die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung des einst „vergessenen Kontinents“ Afrika treten dabei tatsächlich aber in der politischen Praxis immer mehr in den Hintergrund – auch wenn sie verbal tangiert werden. Es wird dadurch nicht leichter – aber umso notwendiger – Widerstand gegen diese Politik zu organisieren.

Anmerkungen

1 Tagesschau.de: Kabinett verabschiedet neues Afrika-Konzept. Leitlinien für den Nachbarkontinent. 21.5.2014.
2 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Bundeskabinett verabschiedet neue Afrika-Leitlinien. 21.5.2014.
3 Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft: Kolumne: Heimischer Mittelstand braucht mehr Unterstützung. 21.5.2014.
4 Bundesregierung (2014): Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung. S.1.
5 Ebd. S. 2; 6 Ebd.; 7 Ebd. S. 3; 8 Ebd. S. 4.
9 Ebd. S. 3
10 Ebd. S. 4ff.
11 Ebd. S. 12. Hervorhebung im Original.
12 Ebd.
13 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2014): Die neue Afrika-Politik des BMZ – auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent.
14 Ebd.
15 Ebd. S. 3
16 Ebd. S. 4
17 Ebd.
18 Ebd. S. 5.
19 Klaus Boldt (2014): Kabinett beschließt neues Afrika-Konzept. Entwicklungspolitik online (epo). Derzeit sind deutsche Soldaten auf dem Kontinent an Missionen der EU und der UNO in Mali (EUTM und MINUSMA), an der EU-Operation ATALANTA und an der UN Mission im Südsudan (UNMISS) beteiligt.
20 BMZ (2014): S. 4
21 Auswärtiges Amt: Die Afrikanische Sicherheitskonferenz.
22 Ebd. Weiterlesen zur Münchner Sicherheitskonferenz: Jürgen Wagner: Münchner Sicherheitskonferenz. Generalangriff der Kriegstreiber. IMI-Analyse 2014/004.
23 GIZ: GIZ unterstützt Sicherheitskonferenz in Afrika.
24 Zitiert nach Jan Pehrke: Safety First. Telepolis, 24.4.2014.
25 Zitiert nach Ebd.
26 Brot für die Welt (2014): Stellungnahme: Die neue Afrika-Politik des BMZ. Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancen-Kontinent.
27 Zitiert nach Jan Pehrke: Safety First. Telepolis, 24.4.2014
28 BMZ (2014): 6.
29 Schürkes, Jonna: Staaten bauen heißt Bevölkerung kontrollieren. Sicherheitssektiorreform als Kontroll- und Besatzungstechnik. IMI-Studie 07/2011.
30 DIHK (2008): Chancenkontinent Afrika. Plädoyer für eine wirtschaftsfreundliche Afrikastrategie. Positionspapier des deutschen Industrie- und Handelskammertages.
31 Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI): Subsahara-Afrika.
32 BDI: Ghana.
33 BDI: Südafrika.
34 Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI): Deutsche Maschinenbauer schauen nach Afrika. News 4 (2013).
35 ZVEI (2012): Der Chancenkontinent Afrika: Perspektiven für die Elektroindustrie aus Sicht deutscher Entwicklungspolitik. Interview mit Hans-Jürgen Beerfeltz.
36 Bundesregierung 2014: S. 3
37 Zum Weiterlesen: Christin Bernhold: Vom Statebuilding zum Bürgerkrieg. Eskalation im Südsudan. IMI-Analyse 2014/001.
38 BMZ 2014: S. 2.
39 Christof Parnreiter (2011): Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung. Ein kausales Verhältnis? In: Husa, Karl et al. (Hg.): Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt? Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung 30. Promedia. Wien. S. 191-210.
40 Ebd.
41 Vgl. Ismail Küpeli (2010): Die Rede vom „gescheiterten Staat“ – Legitimierung neoliberaler Weltordnung und militärischer Interventionen. Rosa Luxemburg Stiftung.
42 Herfried Münkler (2002): Die neuen Kriege. Rowohlt. Reinbek.
43 Ebd. S. 63.
44 Susann Witt-Stahl (2013): „Faschismus mit einem Lächeln“. Eine verhängnisvolle Affäre zwischen „freiem Markt“ und autoritärem Staat. Kunst und Kultur.
45 Ebd.
46 Holdger Platta (2010): Der heimtückische Begriff Chancengerechtigkeit. Analyse eines neoliberalen Propagandabegriffs.
47 Ebd.
48 Klaus Boldt: EU-Afrika Gipfel: „Vernetzte Entwicklung“. Entwicklungspolitik online (epo).
49 Kriegs-Entwicklungshilfe, IMI-Aktuell 2014/207.
50 BMZ (2014): Die neue Afrika-Politik des BMZ. S. 4.
51 Ebd.
52 Handelsblatt: „Afrika ist ein Markt für echte Unternehmer“. 14.2.2014.

Schwerpunkt

Geld...

- Wie das Geld erfunden wurde
- 17 Jahre leben ohne Geld
- Perspektiven auf Geld als Logik
- Freie Software als Modell für Matrielle Produktion

EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5€!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzung.

Probelesen: WWW.CONTRASTE.ORG
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 10 45 20, D - 69035 Heidelberg

CONTRASTE
DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

WIDERSTAND GEGEN SUTTGART 21
Über den Kongress »KOPFmachenKONFERENZ« - 20 Jahre Stuttgart21 statt.

150 J. BIBLIOTHÈQUE DES AMIS DE L'INSTRUCTION
Die Pariser Bibliothek existiert seit 150 Jahren mit genossenschaftlicher Organisation.

WIDERSTAND GEGEN DAS AMADEUS HOSTEL
Ehemalige MitarbeiterInnen im Amadeus Hostel wehren sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen.

FEMINSTISCHE PERSPEKTIVEN
In zwei Interviews beantworten feministische AktivistInnen CONTRASTE Fragen zur Demonstration am 8. März.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Ukraine nach der „Wahl“

Wirtschaftliche Demontage, Sozialkahlschlag und Bürgerkrieg

von Jürgen Wagner

Am 7. Mai 2014 überwies der Internationale Währungsfonds (IWF) die erste Tranche der zugesagten Finanzhilfen, die angeblich dem Ziel dienen sollen, der Ukraine wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Allein wenn man berücksichtigt, was Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Ende März 2014 vom Stapel ließ, kommen daran jedoch erhebliche Zweifel auf: „Wenn wir an den Punkt kommen, wo wir die Ukraine stabilisieren müssen, können wir auf die Erfahrungen mit Griechenland zurückgreifen.“ (Handelsblatt, 27.3.2014)

Was dies konkret bedeutet, führte etwa Alexis Tsipras, der Vorsitzende der griechischen Oppositionspartei Syriza, aus: „Die Bürger der Ukraine sollten sich darüber klar werden, dass jene, die sich Erretter nennen, in Wirklichkeit eher Henker und Mörder sind. [...] Das Volk der Ukraine muss wissen, was in den letzten vier Jahren Griechenland ergangen war: Der IWF, die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank haben das griechische Volk sozial geplündert.“ (RIA Novosti, 13.5.2014)

Drei Aspekte stechen angesichts der westlichen Kredite an die Ukraine besonders hervor: Erstens, dass sie als Druckmittel verwendet werden sollen, um der Ukraine dauerhaft die Kontrolle über ihre Wirtschaftspolitik zu entziehen und eine periphere wirtschaftliche Angliederung an das EU-Zentrum über die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zu bewerkstelligen; zweitens sind sie trotz eines relativ bescheidenen Umfangs an weitreichende Kürzungen im Sozialbereich gekoppelt, vor denen Tsipras richtigerweise warnt; und schließlich scheint der am 25. Mai 2014 „gewählte“ neue Präsident Petro Poroschenko nur allzu bereit zu sein, die westliche Agenda durchzupeitschen. Dies betrifft auch und gerade die jüngste Offensive gegen prorussische, separatistische und oppositionelle Kräfte in der Ost-Ukraine, die auch im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden kann, dass die Ausschüttung der IWF-Gelder daran geknüpft ist, dass „Stabilität“ im Land einkehrt.

Vom IWF zum Maidan und wieder zurück

Im November 2013 beschloss die damalige ukrainische Regierung die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union auf Eis zu legen. Der Grund waren einmal – vollkommen berechtigte – Bedenken über die wirtschaftlich überaus problematischen Auswirkungen des Abkommens für die ukrainische Wirtschaft (siehe hierzu weiter unten sowie ausführlich IMI-Studie 2014/2b).

Mit ausschlaggebend seien aber nach Auskunft des damaligen Regierungschefs Nikolai Asarow auch Forderungen des IWF gewesen, im Austausch für Kredite im Umfang von 15 Mrd. Dollar umfassende „Reformen“ einleiten zu müssen: “Der „letzte Tropfen“ sei die Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 20. November gewesen, die Gaspreise für die ukrainischen Haushalte zu erhöhen, die Gehälter einzufrieren und die Ausgaben zu kürzen. Nur dann dürfe die Ukraine mit Krediten rechnen.“ (RIA Novosti, 22.11.2013)

Was danach kam, ist weitgehend bekannt: Umgehend nach der Entscheidung, die Verhandlungen um das Assoziationsabkommen auszusetzen und sich Geld bei Russland anstatt beim IWF zu borgen, begannen die vom Westen massiv unterstützten sogenannten Maidan-Proteste gegen die ukrainische Regierung. Sie mündeten im Februar 2014 in einen unter Gewaltandrohung erfolgten Putsch und die Einsetzung einer durch nichts legitimierten „Übergangsregierung“, die – unter substanzieller Beteiligung rechtsradikaler Kräfte – von der dezidiert pro-westlichen Timoschenko-Partei „Batkiwschtschina“ dominiert wurde.

Nachdem Russland daraufhin aus nachvollziehbaren Gründen seine Geldzusagen zurückzog, fand sich das Land in derselben Situation wie vor etwa einem halben Jahr wieder – mit dem Unterschied, dass nun pro-westliche Machthaber an den Schaltstellen in Kiew saßen. Und so wendete sich die neue „Regierung“ umgehend erneut an den IWF, um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden – das Spiel ging also von neuem los: „Bereits am 4. März nahm die IWF-Mission ihre Arbeit in Kiew auf und am 27. März wurde ein „Staff Level Agreement“ verkündet. Die hohe Geschwindigkeit der Ereignisse zeigt wie dringend das Land die finanzielle Unterstützung braucht, aber auch wie entschlossen die neue Regierung die entscheidende Aufgabe der makroökonomischen Stabilisierung angeht.“ (Deutsche Beratergruppe Ukraine, Newsletter Nr. 65, März 2014)

Wirtschaftliche Entmündigung

Ein erstes Interesse des Westens besteht darin, der Ukraine dauerhaft die Kontrolle über ihre Wirtschaftspolitik zu entziehen „und genau für diesen Zweck sollen sich die Kredite als vortreffliche Möglichkeit erweisen, diesbezügliche „Reformen“ zu „ermuntern“: „Ansonsten verpflichtet sich Kiew gegenüber dem IWF keine neuen Kapitalverkehrskontrollen einzuführen und auch den Wechselkurs der Währung dem Markt zu überlassen. Damit gibt sie zwei wichtige Instrumente aus der Hand, mit denen Regierungen einst, in einer Zeit, bevor neoliberale Ideologen die Herrschaft übernahmen, ihre Volkswirtschaften schützten.“ (Telepolis, 15.5.2014)

Darüber hinaus sollen die „Hilfen“ dem Westen ein weiteres Druckmittel an die Hand geben, um die wirtschaftliche Entmündigung und Ausbeinung der Ukraine dauerhaft rechtlich zu kodifizieren. Das wesentliche Mittel hierfür ist das besagte Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union, über das Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, schreibt: „Die geo-ökonomische und geo-politische Stoßrichtung der Abkommen wird im Fall der Ukraine besonders augenfällig. Weit über die Handelsliberalisierung hinausgehend, soll die Ukraine teilweise in den EU-Binnenmarkt integriert werden. Das würde bedeuten, dass die Ukraine substanzielle Teile der Wirtschaftsgesetzgebung der EU übernimmt. Die Ukraine würde nicht nur Möglichkeiten des Außenschutzes für die nationale Ökonomie verlieren, sondern auch Schlüsseloptionen für die nationalstaatliche Industriepolitik (z.B. über öffentliche Ausschreibungen). [...] Eine „tiefe und umfassende“ Freihandelszone ist Kernbestandteil des Abkommens. Für die Ukraine dürfte „vertiefter“ Freihandel und die Übernahme von Kernbestandteilen der EU-Wirtschaftsgesetzgebung allerdings auf eine Vertiefung

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

der De-Industrialisierung und vertiefte Abhängigkeitsstrukturen hinauslaufen." (Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 03-04/2014)

Bereits am 21. März 2014 unterzeichnete die „Übergangsregierung" den politischen Teil des Assoziierungsabkommens. Auf seiner Tagung am 12. Mai 2014 unterstrich der EU-Rat nochmals sein Interesse daran, die handelspolitischen Passagen schnellstmöglich nach den Wahlen am 25. Mai 2014 unter Dach und Fach zu bringen (Council conclusions on Ukraine, Brussels, 12 May 2014). Falls sich hiergegen trotz aller Vorarbeiten doch noch substanzieller Widerstand regen sollte, sollen allem Anschein nach die westlichen Finanz"hilfen" die notwendige Überzeugungsarbeit leisten. Anders jedenfalls sind die Aussagen von Peter Stano, dem Sprecher von EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle, kaum zu deuten: „Diese noch nie dagewesene Höhe an Hilfsgeldern steht in direktem Zusammenhang damit, dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet und in Kraft setzt." (Deutsche Welle, 8.5.2014).

Sozialer Kahlschlag

Angesichts der augenscheinlichen Bereitschaft, IWF-Diktate umsetzen zu wollen, bewilligte der Internationale Währungsfonds am 30. April 2014 einen Kredit in Gesamthöhe von 17 Mrd. Dollar. Er soll bis 2016 in vierteljährlichen Raten ausbezahlt werden, wobei die erste Tranche im Umfang von 3,2 Mrd. Anfang Mai 2014 überwiesen wurde. Von den USA wurden darüber hinaus Bürgschaften über 700 Mio. Dollar zugesagt und die EU hat sich auf 1,6 Mrd. Euro verpflichtet (Deutsche Welle, 8.5.2014). So imposant sich das zunächst anhören mag, so ist das noch nicht einmal der berüchtigte Tropfen auf dem heißen Stein: Die Ukraine drückt ein beachtlicher Schuldenberg und ganz unmittelbar reicht die erste IWF-Tranche noch nicht einmal aus, um die aufgelaufenen Gasschulden an Russland zu begleichen, die von Moskau auf 5,2 Mrd. Dollar beziffert werden (Deutsche Welle, 2.6.2014).

Dies wird aber insofern notwendig sein, da Russland ankündigte, ansonsten nur noch gegen Vorkasse liefern zu wollen und sollte sich die Ukraine dem verweigern, den Gashahn schlicht abzudrehen. Kiew deutete nun an, die Schulden begleichen zu wollen, allerdings nur, wenn Moskau im Gegenzug die Streichung der Gas-Rabatte rückgängig mache, die den von Russland berechneten Preis pro 1000 Kubikmeter seit April 2014 von 268,5 auf 485 US-Dollar hat hochschnellen lassen (RIA Novosti, 15.5.2014). Doch es ist kaum davon auszugehen, dass sich Russland hierauf einlassen wird, da es schon in der Vergangenheit eine hohe Bereitschaft an den Tag gelegt hat, Gaslieferungen als politisches Druckmittel einzusetzen (siehe AUSDRUCK, August 2007). Unabhängig vom genauen Ausgang dieser Auseinandersetzung ist sehr wahrscheinlich, dass die Ukraine, will sie auch künftig russisches Gas erhalten, ihre Schulden wird begleichen und künftig einen substanziell höheren Preis bezahlen müssen.

Dies wiegt umso schwerer, da die westlichen Finanz"hilfen" – so sie denn gut gemeint wären, was sie ohnehin nicht sind – der Ukraine vom Umfang her sicher kaum aus der tiefen wirtschaftlichen Patsche helfen werden. Die „Übergangsregierung" selbst bezifferte den Finanzbedarf in den nächsten zwei Jahren auf mindestens 35 Mrd. Dollar (Manager Magazin, 27.02.2014) und auch IWF-Chefin Christine Lagarde gibt – ohne allerdings zu sagen, woher das Geld kommen soll – an: „Die Ukraine braucht weitaus mehr als 17 Milliarden Dollar." (Zeit Online, 12.05.2014)

Gleichzeitig ist die Vergabe der IWF-Gelder an Bedingungen geknüpft, die vor allem die ohnehin schon arme Bevölkerung überaus hart treffen werden: „So nimmt Kiew Abstand von Plänen der vorigen Regierung, die Renten und den Mindestlohn (ca. 45 Cent pro Stunde) geringfügig zu erhöhen, und friert beides ein. Schon im März hat das Parlament beschlossen, den Staatshaushalt um 17 Prozent zu kürzen; insgesamt sollen gut 24.000 Beamte entlassen werden, das sind rund zehn Prozent aller Staatsbediensteten." (German-Foreign-Policy.com, 30.5.2014) Hierbei handelt es sich allerdings nur um einen Teil der vereinbarten Maßnahmen: „Erwartungsgemäß sollen Löhne und Renten gedeckelt werden. Die bereits beschlossene, schrittweise Anhebung des Mindestlohns wird zurückgenommen. Die Lohnuntergrenze bleibt bis zum Ende des Jahres eingefroren. […] Die bereits beschlossene Absenkung der Mehrwertsteuer wird zurückgenommen, sie verbleibt somit bei stolzen 20 Prozent. Auch für Gas und Wärme müssen die ukrainischen Bürger künftig tiefer in die Tasche greifen. Schon zum 1. Mai sollte der Endverbraucherpreis für Gas um 56 Prozent angehoben werden, hatten die neuen Herren in Kiew, denen die Nation so wichtig ist, dass sie darüber einen Bürgerkrieg beginnen, dem IWF versprochen. Zum 1. Juli wird die Fernwärme mit einem Preisaufschlag von 40 Prozent folgen. 2015 sollen dann sowohl Gas als auch Wärme noch einmal um 40 Prozent verteuert werden, und auch für nachfolgenden Jahre bis 2018 einschließlich sind weitere Aufschläge um dann jeweils 20 Prozent vorgesehen." (Telepolis, 15.5.2014)

Der IWF selbst schätzt, dass die ukrainische Wirtschaft in diesem Jahr um fünf Prozent schrumpfen wird, während Ian Talley vom Wall Street Journal (26.5.2014) anmerkt, selbst dies sei noch eine optimistische Prognose. Eine neue Welle von Sparmaßnahmen sei erforderlich und es sei nun die Aufgabe des neuen Präsidenten Petro Poroschenko, die Öffentlichkeit von deren Notwendigkeit zu überzeugen. Und nach allem, was in der kurzen Zeit seit seiner Amtsübernahme von ihm zu hören war, scheint er hierfür auch genau der „richtige" Mann zu sein.

Poroschenko: Williger Vollstrecker?

Poroschenko ist bereits seit Jahren integraler Teil des ukrainischen Establishments – allerdings oft auf wechselnden Seiten: „Der Unternehmer ist einer der führenden politischen Überlebenden. Der Schokoladenmagnat hatte in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren den damaligen Präsidenten Leonid Kutschma unterstützt, bevor er sich der Bewegung anschloss, die ihn zu Fall brachte. Dann war er Außenminister unter dem ehemaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko, der auch Pate seiner Töchter ist. Später wurde er Handelsminister unter Janukowitsch, bevor er die Proteste anführte, die den Präsidenten im Februar zu Fall brachten. Obwohl Poroschenko zum Establishment gehört, verspricht sein Wahlkampfslogan ‚Auf neue Art leben' eine Abkehr von der Vergangenheit. Er will die Wirtschaft des Landes retten, indem er ein Handelsabkommen mit der EU eingeht und einen Kredit des Internationalen Währungsfonds aufnimmt." (Wall Street Journal, 20.5.2014)

Ungeachtet seiner bewegten Vergangenheit, an einer Sache bestehen wenig Zweifel: An Poroschenkos dezidiert pro-europäischer Agenda. Und so verwundert es nicht, dass er unmittelbar nach den „Wahlen", an denen viele Menschen aufgrund der bürgerkriegsartigen Zustände nicht teilnehmen konnten und die von substanziellen Teilen der Bevölkerung boykottiert wurden, erklärte, dass die Ukraine damit „für die EU-Integration gestimmt hat". (RIA Novosti, 26.5.2014) Ein konkreter Termin, um diesen Kurswechsel irreversibel einzutüten, scheint ebenfalls

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

bereits festzustehen: „Die Europäische Union plant, ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine auf einem EU-Gipfel am 27. Juni in Brüssel zu unterzeichnen." (RIA Novosti, 27.5.2014)

Trotz seiner wirtschaftsliberalen Agenda genießt Poroschenko im Vergleich zu seinen Spießgesellen in der ukrainischen Bevölkerung dennoch ein deutlich größeres Ansehen und gilt als erheblich glaubwürdiger. Dieses Bild des milliardenschweren „Schokoladenkönigs" dürfte unter anderem daher rühren, dass er im Wahlkampf angekündigt hatte, als Präsident Teile seines Unternehmens verkaufen zu wollen, um Interessenkonflikte zu vermeiden (seinen einflussreichen TV-Kanal will er allerdings wohl in jedem Fall behalten). Weiter dürfte seine Wahlkampfaussage, mit der Oligarchenherrschaft aufräumen zu wollen, zu seiner Popularität beigetragen haben: „Sie werden keinen Einfluss auf die Politik haben. Punkt." (FAZ, 9.5.2014) Inwieweit dies aber glaubhaft ist, bleibt zumindest zweifelhaft, schließlich ist Poroschenko", wie es Kai Ehlers ausdrückt, „im Krieg der Oligarchen, mit denen er es aufnehmen will, ein Hecht unter Hechten." (kai-ehlers.de, 9.5.2014)

Das neue ukrainische „Leitungsteam" mit dem US-Außenminister: Vitali Klitschko (Bürgermeister von Kiew); Petro Poroschenko (Präsident); und Arseni Jazenjuk (Premierminister). Bild: Wikipedia, public domain

Skeptisch muss hier stimmen, dass er ankündigte, den bisherigen „Übergangsprämier" Arseni Jazenjuk im Amt zu belassen, unter dessen Ägide lediglich ein „Oligarchenwechsel" vollzogen wurde, wie die Le monde diplomatique (April 2014) kritisiert: „Eine Revolution? Nein, die Karten werden einfach nur neu verteilt." Der Soziologe Wladimir Ischtschenko, Leiter des Sozialforschungszentrums in Kiew, zeigt schon wenige Wochen nach der Flucht von Janukowitsch und der Amtsübernahme der neuen Regierung offen seine Enttäuschung. „Diese Regierung steht für dieselben Werte wie die vorige: Wirtschaftsliberalismus und persönliche Bereicherung. Nicht alle Aufstände sind Revolutionen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Maidan-Bewegung zu tiefgreifenden Veränderungen führen wird und deshalb wirklich als Revolution bezeichnet werden kann. Der seriöseste Kandidat bei der Präsidentschaftswahl am 25. Mai ist tatsächlich der ‚Schokoladenkönig' Petro Poroschenko, einer der reichsten Männer des Landes. Während auf dem Maidan die Demonstranten noch unter den Kugeln starben, wurde in den Vorzimmern der Macht bereits der Übergang ausgehandelt – mit den Unternehmern, die in der Ukraine die Kontrolle besaßen."

Wenn nun also teilweise argumentiert wird, Poroschenko sei unter den ukrainischen Oligarchen schließlich die beste Wahl gewesen, so hat dies wohl leider nicht allzu viel zu heißen: „Poroschenko hat beste Beziehungen, er ist gleichzeitig Politiker und Unternehmer, er hat eine Menge Einfluss und fast ebenso viele Interessen – ein Oligarch, wie er im Buche steht. Es ist schon absurd: Die Maidan-Bewegung wollte die Macht der Oligarchen bekämpfen. [...] Jeder vierte potenzielle Poroschenko-Wähler hält ihn für das ‚geringere Übel'." (ntv, 22.5.21014)

Insofern verwundert es auch nicht, dass weiterhin, wenn auch in deutlich geringerer Zahl, Menschen auf dem Maidan protestieren – doch aus Sicht der neuen Machthaber scheint dieser nun seine Schuldigkeit getan zu haben. So können jedenfalls die Äußerungen von Vitali Klitschko verstanden werden, der – nachdem sich seine Präsidentschaftskandidatur als aussichtlos herausstellte – seinen Hut hinter Poroschenko geworfen hatte und hierfür mit dem Oberbürgermeisteramt von Kiew belohnt wurde. So hieß es unmittelbar nach der "Wahl": „Der frisch gewählte Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko hat die Demonstranten auf dem Unabhängigkeitsplatz der ukrainischen Hauptstadt aufgefordert, die Proteste zu beenden. „Die Barrikaden haben ihren Zweck erfüllt und müssen jetzt weggeräumt werden", sagte Klitschko am Montag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem neugewählten Präsidenten Petro Poroschenko." (Spiegel Online, 26.5.2014)

Auch wenn er für Moskau ein wenig akzeptabler sein dürfte als seine Gegenkandidatin Julia Timoschenko, die Ende März 2014 durch regelrechte anti-russische Hasstiraden auf sich aufmerksam machte (ntv, 25.3.2014), ist Petro Poroschenko aus russischer Sicht alles andere als ein Wunschkandidat. Unmittelbar nach Amtsantritt betonte er zwar, zunächst keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben, allerdings nur, weil es dafür „momentan keine Mehrheit" in der Bevölkerung gebe. Dennoch will er aber – wie auch im Ukraine-EU-Assoziationsabkommen vorgesehen – die Integration seines Landes in die westlichen Militärstrukturen vorantreiben: „Generell brauchen wir ein neues Sicherheitsbündnis mit den USA und Europa, um die Ukraine auch militärisch zu schützen. Ich werde als Präsident für dieses Bündnis kämpfen und sofort die Gespräche aufnehmen." (Bild, 27.5.2014)

Auch wenn Poroschenko angekündigt hat, Gespräche mit Russland suchen zu wollen und sich Moskau demgegenüber aufgeschlossen gab, könnte der eigentliche Knackpunkt in der Frage liegen, wie die Situation in der Ost-Ukraine gehandhabt werden wird – und hier stimmen die Äußerungen des neuen ukrainischen Präsidenten nicht sonderlich hoffnungsvoll.

Ermunterung zur Ost-Offensive?

Das Wall Street Journal (26.5.2014) weist darauf hin, dass in der Rahmenvereinbarung zwischen dem IWF und der Ukraine

das Wort „Risiken“ 113 Mal auftauche – selbst im IWF-Programm für Griechenland seien es lediglich 25 Mal gewesen. In diesem Zusammenhang sind Berichte zu verstehen, die besagen, die Auszahlung weiterer IWF-Tranchen sei explizit daran gekoppelt, dass „Stabilität“ im Land einkehre – sprich, dass die separatistischen Kräfte im Osten des Landes besiegt werden: „Eine weitere Schwierigkeit: Der neue Präsident steht unter erheblichem Druck des Internationalen Währungsfonds. Der macht für die Auszahlung bereits bewilligter Kredite zur Bedingung, dass die Ukraine keine weiteren Territorien verliert.“ (taz, 26.5.2014)

Hierfür scheint das „richtige“ Führungsduo installiert worden zu sein. Ministerpräsident Jazenjuk bezeichnete die separatistischen Kräfte im Osten des Landes als „von Russland gesteuerte Terroristen“ (FAZ, 30.5.2014). Sicherlich gibt es keinen Grund, die separatistischen Kräfte im Osten des Landes über Gebühr zu romantisieren und es ist auch wenig glaubhaft, dass Russland in diesen Vorgängen keinerlei Rolle spielt. Allerdings heißt dies in keiner Weise, dass dort eine von Moskau gesteuerte Minderheit agieren würde. So schreibt etwa FAZ-Korrespondent Konrad Schuller, „dass im Donbass der Wunsch zur Abspaltung von der Ukraine längst über die engen Kreise der aktiven Separatisten hinausgewachsen ist und einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung erfasst hat.“ (FAZ, 11.5.2014)

Trotzdem verweigern sowohl Jazenjuk als auch Poroschenko jedweden Dialog und versenken hierdurch jegliche Vermittlungsbemühungen schon im Ansatz. Auch dies ist nicht verwunderlich, schließlich machte der neue „Präsident“ bereits vor der Wahl kein Hehl aus seinen Ansinnen, gewaltsam im Osten für „Stabilität“ sorgen zu wollen. Bei seinem Besuch in Deutschland Anfang Mai 2014 erklärte er: „Diese Leute verstehen weder die deutsche noch die ukrainische, noch die russische Sprache, sie verstehen nur die Sprache der Stärke. Wir können die weitere Destabilisierung nicht zulassen, wir müssen die Menschen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln schützen.“ (FAZ, 9.5.2014) Auch die bereits am Tag der Wahl durch eine Offensive gegen die ostukrainischen Kräfte weiter verschärfte Eskalation geschah unter augenscheinlicher Zustimmung Poroschenkos: „Die Anti-Terror-Operation hat endlich richtig begonnen. Wir lassen es nicht länger zu, dass diese Terroristen Menschen entführen und erschießen, dass sie Gebäude besetzen und Gesetze außer Kraft setzen. Wir werden diesen Schrecken beenden, hier wird echter Krieg gegen unser Land geführt.“ (Bild, 27.5.2014)

Ein weiterer bitterer Nebeneffekt: Der neue „Präsident“ ersuchte die USA bereits um Waffenlieferungen (Washington Post, 27.5.2014), die das Land sicher nicht zum Nulltarif erhalten wird. Auch insgesamt verschlingen die „Anti-Terror-Operationen“ immense Summen in einem Land, das finanziell ohnehin bereits am Abgrund steht, wodurch der bereits angelaufene soziale Kahlschlag noch tiefer als ohnehin bereits geplant ausfallen dürfte: „Am 10. Mai hat Finanzminister Oleksander Schlapak mitgeteilt, dass das Kiewer Militärbudget vermutlich um zunächst 50 Prozent erhöht werden muss; selbst dies reiche wohl nicht aus. Daher müssten die Etatposten für Soziales und Gesundheit weiter zusammengestrichen werden.“ (German-Foreign-Policy.com, 30.5.2014) Und auch Poroschenko, der sein Geld auch mit Rüstungsgütern verdient, erklärte unmittelbar nach seiner „Wahl“: „Oberste Priorität als Präsident hat für mich jetzt die Armee. [...] Wir müssen die Soldaten dringend besser ausstatten.“ (Telepolis, 3.6.2014)

Säbelrasseln: Im Mai 2014 nahmen an der Nato-Übung „JAWTEX 2014“ in Deutschland 4.000 Soldaten teil. „Das Szenario gleicht laut Bundeswehrangaben der Krise in der Ukraine.“ (FAZ, 12.05.2014). Bild: Bundeswehr/Burow über Flickr

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ukraine-Konflikt

Brüsseler Offensive gegen Moskau

von Martin Hantke

Kurz nach dem 1. Mai 2014 begann die militärische Offensive in der Ostukraine. Ermutigt von den USA, der EU und der Bundesregierung begannen ukrainische Truppen unterstützt von Militärhubschraubern, Panzern und Artillerie ihre Angriffe auf von föderalistischen Rebellen gehaltene Städte. Zusätzlich sollen Milizen der faschistischen Organisation Rechter Sektor, die neben der rechtsextremistischen Partei Swoboda über Einzelpersonen auch an der ukrainischen Putschregierung beteiligt ist, an den Attacken beteiligt sein. Am 2. Mai wurden über 40 Menschen – Linke, Kommunisten und Gewerkschafter – in Odessa durch eine Brandschatzung des Gewerkschaftshauses durch Angehörige des „Rechten Sektors" ermordet.

Diese Serie von Übergriffen ist der vorläufige Höhepunkt einer Eskalation mit Hilfe der EU jenseits ihrer Ostgrenzen. Die Kiewer Regierung, die am Tropf von EU- und IWF-Finanzhilfen hängt, hätte diesen Schritt nicht ohne Einwilligung oder ein einvernehmendes Stillschweigen Washingtons, Berlins oder Brüssels gewagt. Zum Massaker von Odessa schweigen Bundesregierung, NATO und EU beharrlich. Eine Verurteilung sucht man vergebens. Vielmehr hat man sich offenbar auf die Sprachregelung einer beklagenswerten „Tragödie" geeinigt. In westlichen Staatsmedien ist von einem in Brand geratenen Gebäude die Rede.

Oft wurde im Hinblick auf eine Eskalation gegenüber Russland der Blick lediglich auf die NATO gerichtet. Sicherlich, die gebrochenen Versprechen der NATO sind Teil der Zuspitzung. Als Stichworte seien hier nur genannt: Die Erweiterung der NATO bis an die russische Grenze nach 1989, das atomare Aufrüstungsprojekt Raketenschild, das sich angeblich gegen den Iran richten würde, und der Versuch, Georgien und die Ukraine als geopolitische Frontstaaten gegen Russland zu etablieren. Die EU aber war von Anfang an in diese Politik eines neuen Kalten Krieges mit eingebunden. So ging die Militarisierung der EU Hand in Hand, auch im Rahmen einer immer engeren EU-NATO-Zusammenarbeit, mit einer gefährlichen Machtpolitik gegenüber Russland einher, mit dem Ziel der Ausweitung der EU-Interessenssphäre auf dem Balkan und nach Osten. Politische und militärische Instrumente ergänzten und ergänzen sich dabei.

NATO als Speerspitze für EU-Erweiterung

So kann die Geschichte der EU-Erweiterungen nicht ohne die der Ausdehnung der NATO geschrieben werden. Die Zustimmung zum Beitritt zur NATO wurde implizit verknüpft mit einer Beitrittsperspektive für die Europäische Union. Von Seiten der USA wurde dies mitunter offen ausgesprochen. Die EU-Verantwortlichen taten sich hier immer schwerer. Den jeweiligen Beitritten war dann noch jeweils eine Mitgliedschaft in der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) vorgeschaltet, eine Art „NATO-Light"-Mitgliedschaft. Bis auf Zypern, das sich auch nach der Ablösung seines kommunistischen Präsidenten bisher weigert, aufgrund der Besetzung eines Drittels seines Territoriums durch das NATO-Mitglied Türkei der PfP beizutreten, war das Szenario jedes Mal dasselbe. Erst die NATO, dann die EU, mit dieser Perspektive konnten auch viele kritische Stimmen in den jeweiligen Ländern zum Schweigen gebracht werden. Denn wer wollte schon gegen eine europäische Richtung aufstehen, die Ausreisefreiheit gen Westen und für die Eliten Zugang zum EU-Binnenmarkt plus Finanzhilfen im Rahmen der EU-Struktur- und Regionalpolitik verhieß.

Zum Westen durch „Östliche Partnerschaft"

Mit dieser Strategie konnte ein Land nach dem anderen, das früher blockfrei war, dem Warschauer Vertrag angehörte oder Teilrepublik der Sowjetunion war, an den NATO-EU-Block angeschlossen werden. Dabei kam es zu einer regelrechten Einkreisung Russlands. Im letzten Herbst sollten mit der Intensivierung der „Östlichen Partnerschaft" der EU die letzten Länder im Einflussbereich Russlands bzw. Staaten, die eine Brücke zwischen Ost und West bilden, an den expansiven Westblock angeschlossen werden. Georgien und Moldawien unterschrieben noch auf dem Gipfel von Vilnius die Freihandels- und Visafreiheits-Abkommen. Armenien und Aserbaidschan zögerten noch wegen des Konflikts um die Enklave Nagorny-Karabach, die Ukraine zog in letzter Minute ihre Zustimmung zum EU-Assoziierungsabkommen zurück. Einzig Weißrussland zeigte sich unempfänglich gegenüber den Sirenengesängen Brüssels.

In der Folge entfaltete die EU insbesondere auf die Ukraine und den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch einen ungeheuren Druck. Der Ukraine wurde schlicht das Recht, eigenverantwortlich einen völkerrechtlichen Vertrag zu unterschreiben, abgesprochen. Bedingungslos unterstützte Brüssel eine Bewegung, die sich an der Unterschriftsverweigerung entzündet hatte, in der sich allerdings viele andere Elemente mit hineinmischten. So richteten sich immer größere Teile der Bewegung auf dem Kiewer Maidan auf einen Kulturkampf gegen zu viel russischen Einfluss aus. Bei diesem Kulturkampf blieb nicht aus, dass sich auf braune Traditionen einer nationalistischen Bewegung für eine völkische Konstruktion der Ukraine gegen Russland besonnen bzw. diese aktiviert wurden. EU-Verantwortliche standen in der ersten Reihe, wo es galt, diesen Kulturkampf zu befördern. So traf sich der EU-Botschafter in Kiew auch mit Vertretern der faschistischen Swoboda-Partei und wertete sie somit als internationale Verhandlungspartner auf. Es scheint keine Spekulation, zu behaupten, dass durch diese Aufwertung die EU der Swoboda den Weg in die Putschregierung nach dem Sturz von Janukowitsch ebnete.

EU-Assoziierungsabkommen im Eiltempo

Um die Ukraine nach bewährtem Muster ins westliche Lager zu holen, wurde nur wenige Wochen nach dem Putsch der poli-

tische Teil des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens in Brüssel unterschrieben. Eine Unterzeichnung auch des ökonomischen Teils wäre zum jetzigen Zeitpunkt nur wenig opportun gewesen, droht hierdurch doch ein Ende oder zumindest ein drastischer Einbruch der ukrainischen Exporte nach Russland, insbesondere auch im Bereich der Schwer- und Rüstungsindustrie. Dies hätte die schwierige wirtschaftliche Lage der Ukraine, die sich nur kurzfristig durch die IWF- und EU-Kreditzusagen noch über Wasser hält, massiv verschärft. Der politische Teil allerdings ist nicht weniger brisant. Beinhaltet er doch einen Anschluss der Ukraine in allen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen an den EU-Block. Eine Vielzahl der gemeinsamen Vereinbarungen bezieht sich so auch auf die Mitarbeit der Ukraine bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wie bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. Künftig wird der Nachvollzug außenpolitischer Erklärungen der EU durch die illegitime ukrainische Regierung nur wenige Sekunden betragen. Zusätzlich wird eine Beteiligung der Ukraine an GSVP-Missionen befördert. Nicht zuletzt soll die Ukraine selbst aber zum Einsatzraum von GSVP-Missionen zur Stabilisierung der Sicherheitsorgane von Militär, Milizen und Polizei werden. Eine entsprechende GSVP-Mission wurde mit Kiew kurzfristig vereinbart. Am 12. Mai 2014 beauftragte der EU-Rat in seinen Schlussfolgerungen den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), ein Krisenmanagementkonzept für eine künftige GSVP-Mission auszuarbeiten, um Polizei und Milizen auf Vordermann zu bringen. Dass es bei der anvisierten Polizeimission tatsächlich nicht allein um die Regelung des Verkehrs gehen soll, wird aus einer Ausschreibung ersichtlich, die im Internet zu finden ist. In ihr such der EAD Personal zur Vorbereitung einer späteren GSVP-Mission. Für eine der Stellen wird ein Experte für „allgemeine polizeiliche Tätigkeiten, einschließlich der Aufstandsbekämpfung“ gesucht. Der Vorteil für den Westen ist, dass die NATO nicht direkt beteiligt ist, aber de facto eine sicherheitspolitische Unterstützung durch EU-NATO-Strukturen unter dem blaugelben Sternenbanner erfolgen kann.

Krisenzuspitzung seit 2008

Man kann diese EU-Militarisierung, die sich wie im Falle der Ukraine auch gegen Russland richtet, nicht verstehen, ohne sich die Krise des Kapitalismus in der EU genau anzusehen. Gerade seit der Zuspitzung der Krise 2008/2009, aber erst recht seit ihrer Transformation zur „Eurokrise“ 2011, gewinnt die Militarisierung der EU in den Eliten unter den EU-Mitgliedsstaaten immer mehr Anhänger. Deutschland als mitunter einziges größeres EU-Land, das auch in dieser Krise auf eine Erhöhung seiner Militärausgaben setzt, hat daran ein besonderes Interesse.

Was als EU-Militärstrukturen sich herausbildet, sind allein aufgrund der Bereitstellungsfähigkeit de facto nationalstaatliche Strukturen, die hegemonial gerade gegenüber kleineren und mittleren EU-Mitgliedsstaaten unter der Flagge Brüssels segeln. Die im Vertrag von Lissabon verankerte strukturierte Zusammenarbeit sowie die Realität der Battle Groups bilden diese Hegemonialstrukturen der großen drei Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien vortrefflich ab. Sie sind es auch in der Regel, die Finanzen und Soldaten für die zahlreichen GSVP-Missionen im Norden Afrikas, von Mali bis Somalia, zur Verfügung stellen.

Dazu kommt, dass EU-Länder, die sich unter den so genannten Rettungsschirm begeben mussten, weil sie sich nicht mehr an den Finanzmärkten zu erträglichen Zinsen Geld besorgen konnten, de facto ihre Souveränität über detaillierte Memoranden, die nahezu alle wichtigen Aspekte von der Wirtschafts- bis zur Beschäftigungspolitik regeln, abgegeben haben. Dementsprechend wird die Stimme Berlins im EU-Rat immer stärker. Ziel ist es einen imperialen Block EU auszubauen, der vornehmlich deutsche Kapitalinteressen bedient.

Feindbild Russland mit Sanktionsspirale

Bei diesem Prozess tauchen selbstverständlich auch Widersprüche auf. So ist ein Teil des deutschen Kapitals, insbesondere vertreten vom Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, weiterhin für die Möglichkeit einer Ausweitung des Kapitalexports in Richtung Russland. Für die jeweiligen Unternehmen, gerade im Bereich der Chemieindustrie, war diese Ausweitung in den letzten Jahren äußerst erfolgreich. Wer allerdings meint, dass sich dieser Teil der deutschen Industrie trotz gewichtiger Partner in der Politik durchsetzen wird, könnte sich bitter getäuscht sehen. Zu schwer wiegt das gesamt-imperialistische Interesse einer Schwächung Russlands und damit auch einer Einhegung Chinas.

Sanktionen der EU als integraler Teil von GASP und GSVP sind in den letzten Jahren zu einem immer mehr ausgefeilten und ausgebauten außenpolitischen Instrument Brüssels geworden. Sie sind zudem ein Eskalationsverstärker. Schaut man sich die lange EU-Sanktionsliste an, so muss man von einer eigenen Achse des Bösen sprechen, die Brüssel durch die der Verhängung restriktiver Maßnahmen ausgemacht hat. Die gegen Russland verhängten Sanktionen, die vornehmlich darauf zielen ein Feindbild zu konstruieren und die sich verschärfenden Widersprüche im eigenen Block zu glätten, sind dazu angetan in wirklichen Wirtschaftssanktionen zu münden. Nur eine völlige Aufgabe eigener Interessen Moskaus könnte die EU davon abhalten, die Sanktionsspirale auszusetzen. Es ist aber kaum anzunehmen, dass Moskau dem Angriff der Kiewer Milizen auf die ostukrainischen Städte auf die Dauer tatenlos zusehen wird. Dies wiederum könnte Teil eines Kalküls im Westen sein, um Russland dauerhaft zu isolieren.

Die Sanktionsbegründungen scheinen nachgeordnet, wenn es um die Eskalationslegitimationen geht, auch wenn sie vehement von privaten wie auch von Staatsmedien propagandistisch aufbereitet werden. So wurde nicht sehr viel Mühe aufgewandt, um die Anerkennung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo durch die meisten EU- und NATO-Staaten, gerade angesichts der einseitigen Anerkennung des Beitritts der Krim durch Russland, erneut zu rechtfertigen. Während politische Gewalt auf dem Euromaidan als legitimes Mittel einer Freiheitsbewegung zum Sturz eines autokratischen Regimes erscheint, wird politische Gewalt zur Durchsetzung politischer Selbstbestimmung im Osten der Ukraine als Terror einer ausschließlich von Russland gesteuerten und bezahlten Bewegung diffamiert.

Der Charakter nicht nur der internationalen Politik der EU, sondern auch der EU selbst, zeigt sich daran, Putsch-Regierungen wie in der Ukraine blindlings anzuerkennen. In diesem Fall wird nicht nur die Regierungsbeteiligung von Faschisten hingenommen, sondern es werden für diese auch Milliarden Euro an Finanzhilfen zur Verfügung gestellt und trotz deren Beharrens auf militärische Lösungen auch noch Militärberater im Rahmen einer GSVP-Mission bereitgestellt. Die EU angesichts dieses Tabubruchs militaristisch, neoliberal und wenig demokratisch zu nennen, käme einer Beschönigung gleich. Die EU-Außenpolitik ist insbesondere mit ihrer Eskalation gegenüber Russland gerade dabei, neben der NATO zum größten Hindernis für den Frieden in Europa zu werden. Der Widerstand gegen die EU-Militarisierung wird dies künftig ins Kalkül einbeziehen müssen.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ein Quadrocopter im libyschen Bürgerkrieg

Momentaufnahme einer Drohnenproliferation

von Christoph Marischka

Das Experimentieren mit und Optimieren von kreisrunden Drohnen mit etwa einem Meter Durchmesser und vier (Quadrocopter) oder acht (Octocopter) Rotoren ist mittlerweile zur Standardaufgabe an Informatik- und Robotikinstituten in ganz Deutschland[1] und weltweit geworden. Kritik hieran im Kontext einer vermeintlichen Militarisierung von Forschung und Lehre wird jedoch mit dem Verweis auf die zivilen Anwendungsfelder solcher Micro-UAVs (Unmanned Aerial Vehicles) entschieden zurückgewiesen. Es handle sich dabei eben um klassische Dual-Use-Güter, die sowohl zivil und sinnvoll, als auch militärisch verwendet werden könnten, worauf die Wissenschaftler_innen jedoch keinen Einfluss hätten und keine Verantwortung trügen.

Hilfe beim Marsch auf Tripolis

Tatsächlich handelt es sich bei den Herstellern solcher Drohnen nur in wenigen Fällen um eindeutige Rüstungsfirmen und die meisten Modelle, die von Militärs genutzt werden, sind nicht explizit für den militärischen Markt entwickelt worden. So auch der Airrobot 100 des gleichnamigen deutschen Herstellers, der als „Mikroaufklärungsdrohne für den Ortsbereich" (MIKADO) von der Bundeswehr u.a. im Kosovo und in Afghanistan eingesetzt wird, um von benachbarten Hügeln aus die Vorgänge auf öffentlichen Plätzen oder in Hinterhöfen zu überwachen. Der Hersteller wirbt auf seiner aktuellen Startseite explizit mit der „zivile[n] und militärische[n] Nutzung" und dass er „Lieferant der Bundeswehr" sei.[2] Auch die kanadische Firma Aeryon Labs Inc. wirbt bereits auf ihrer Startseite mit Anwendungsmöglichkeiten im kommerziell/industriellen Bereich, in der öffentlichen Sicherheit und durch das Militär.[3] In deren Werbebroschüre für den Aeryon Scout werden die explizit militärischen Bezüge jedoch vermieden und nur Beispiele aus den Bereichen Industrie und öffentliche Sicherheit (darunter „crowd control") genannt.[4] Eine auf den 22. August 2011 datierte Pressemitteilung, die bis heute auf den Seiten des Unternehmens zu finden ist, berichtet jedoch stolz und offenherzig darüber, wie Drohnen des Typs Aeron Scout nach Libyen gelangten, im dortigen Bürgerkrieg genutzt wurden und „den libyschen Rebellen beim Marsch auf Tripolis geholfen" hätten (so der Titel der Mitteilung: „Aeryon Scout Micro UAV Helps Libyan Rebels in March to Tripoli").

„Während die NATO-Staaten unbemannte Luftfahrzeuge hoch über Libyen geflogen haben, war keines dieser UAVs oder die wesentlichen Aufklärungsergebnisse, die sie verfügbar machen, zugänglich für die Libyer, die für die Befreiung ihres Landes gekämpft haben – sie kämpften blind. Also haben sie sich selbst eine beschafft. Es kann nun öffentlich gemacht werden, dass die libyschen Rebellen das Aeryon Scout Micro UAV genutzt haben, um Informationen über die Stellungen des Feindes zu gewinnen und ihren Widerstand zu koordinieren". Mit diesen Worten beginnt die Erklärung – und öffentlich gemacht wird darin noch mehr. Demnach hätten „Vertreter des Transitional National Council (TNC)" eine Reihe von Mikrodrohnen evaluiert und sich dann für ihr Modell entschieden, weil es den Kämpfern „an der Front" bzw. „im Gefecht" unmittelbare Kontrolle über das UAV und Bilder in Echtzeit ermögliche. Mehrfach wird auch die einfache, durch eine einzelne Person mögliche Steuerung des Systems angepriesen. Ermöglicht wird diese durch Stabilisierung- und Selbstortungsmodule, zu denen an zivilen Instituten und Universitäten fleißig geforscht wird.

Besonders aufschlussreich für das Innenleben des libyschen Bürgerkrieges sind die in der Presseerklärung enthaltenen Informationen darüber, wie die Drohne nach Libyen gelangte und die Soldaten an ihr – in nur anderthalb Tagen, wie betont wird – ausgebildet wurden. Demnach hat ein „Vertreter" der Privaten Sicherheitsfirma (PSC) Zariba Security Corporation - die am Fuß der Pressemitteilung vorgestellt und verlinkt wird - sie in einer 18-stündigen Bootsfahrt von Malta aus nach Misrata gebracht und in der „belagerten Stadt", während „feindliche Artillerie in der Umgebung einschlug und noch immer Raketen auf die Stadt niedergingen" die Ausbildung am Flughafen von Misrata begonnen. Charles Barlow von Zariba zeigte sich erstaunt, wie einfach es gewesen sei, trotz Sprachbarrieren unerfahrene Kämpfer auszubilden: „Soldaten brauchen robuste, intuitive Ausrüstung - und die hat der Scout brilliant geliefert", so zitiert der Drohnenhersteller den Mitarbeiter der privaten kanadischen Sicherheitsfirma.[5]

Nach einigen Lehr- und Probeflügen in nur anderthalb Tagen hätten die Rebellen die Drohne „an der Frontlinie" eingesetzt, wobei „das System perfekt und ohne Zwischenfälle funktioniert" habe, so Barlow. Falls er das tatsächlich aus eigener Anschauung zu berichten weiß, stellt sich spätestens hier die Frage, ob er nicht nach völkerrechtlichen Maßstäben schlicht als Söldner einzustufen wäre. Insgesamt jedenfalls vermittelt die Pressemitteilung – begleitet von vermeintlich von der Drohne stammenden Videoaufnahmen libyscher Artilleriestellungen – den Eindruck, als hätten sich Hersteller wie Lieferant vor dem Hintergrund eines zunehmend eskalierenden „Arabischen Frühlings" auch anderen Bürgerkriegsarmeen anpreisen wollen. Der Text gibt damit ein Gefühl davon, wie sich um internationalisierte Aufstände, Bürgerkriege und Regimewechsel ein neuer Markt auch für privatwirtschaftliche Akteure wie eben Söldnerfirmen, PSCs und Drohnenhersteller entwickelt.

Internetauftritt der Firma AirRobot mit Verweis auf den zivilen und militärischen Einsatz ihres Produkts

Verstoß gegen Waffenembargo

Mitverantwortlich sind dafür auch die NATO-Staaten nicht nur, weil sie diese Aufstände und Bürgerkriege bewusst anheizen, sondern auch, weil sie den Nachschub von Waffen in diese Konflikte ermöglichen, wenn nicht gar finanzieren. Leider ist der ansonsten offenherzige Bericht der Aeryon Labs Inc. zu diesem Thema deutlich zurückhaltender: Weder wird berichtet, woher das erst kurz zuvor entstandene Transitional National Council die finanziellen Mittel und Möglichkeiten hatte, mit Drohnenherstellern in Kontakt zu treten, verschiedene Modelle zu evaluieren und dann den Aeron Scout einzukaufen, noch wird berichtet, auf welchem Schiff Ausbilder und Drohne in die umkämpfte Stadt Misrata gelangten – trotz umfangreicher NATO-Truppenverbände zwischen Malta und Libyen mit dem expliziten Auftrag, ein Embargo gegen Libyen durchzusetzen.

Spätestens hier wird es auch juristisch interessant und könnte die Offenherzigkeit der Werbung der beteiligten Firmen sich theoretisch als Fallstrick entpuppen. Denn die UN-Resolution 1970 vom 26.2.2011, die Sanktionen gegen Libyen beinhaltete, aber noch keine Flugverbotszone mit dem Ziel des Schutzes der Bevölkerung mandatierte, beschloss unter Ziffer neun, „dass alle Mitgliedstaaten sofort die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe, sei es auf direktem oder indirektem Weg, von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe, Ausbildung, finanzieller und anderer Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten ... von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihr Hoheitsgebiet oder durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen an die Libysch-Arabische Dschamahirija zu verhindern [...]“.[6] Mit der Resolution 1973, welche die Durchsetzung einer Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung mandatierte, wurden die Aufforderung, Waffenlieferungen nach Libyen zu unterbinden und die Befugnisse, hierzu Schiffe und Flugzeuge zu durchsuchen, zwar bekräftigt, zugleich aber Ausnahmen vom Waffenembargo eingeräumt, soweit entsprechende Maßnahmen dazu dienen, „um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschließlich Bengasis, zu schützen“.[7]

Internetauftritt der Firma Aeryon und Standbilder des „Werbevideos“ aus dem Einsatz in Libyen

Nun wurde eben diese Formulierung von den NATO-Staaten bekanntlich äußerst weit ausgelegt bis dahingehend, dass selbst umfangreiche Waffenlieferungen, Militärberater und die unmittelbare militärische Unterstützung aus der Luft beim Marsch auf Tripolis und zum Sturz (bzw. zur Hinrichtung) Gaddafis hierdurch legitimiert seien. Nach dem Wortlaut der Resolution handelt es sich beim Vorgehen der beiden kanadischen Firmen jedoch klar um einen Bruch des Embargos - und überdies vermutlich um einen Verstoß gegen die UN-Söldnerkonvention. Schuldig gemacht hätten sich demnach nicht nur die Firmen, sondern auch die kanadische Regierung und die NATO, die alle Schiffe mit Zielen in Libyen zwischen 31.3.2011 und 31.10.2011 inspizierte und „dadurch über die Art der Waren, die nach Libyen transportiert wurden, entschied“.[8]

Zwischen den tausenden von Waffen,[9] die zur Unterstützung der Rebellen durch die USA, Frankreich, Großbritannien, Katar und die VAE nach Libyen gebracht wurden (die heute die ganze Region von der Westsahara bis nach Zentralafrika destabilisieren und tw. auch in Syrien wieder aufgetaucht sind) nimmt sich die Drohne der Aeryon Labs Inc. und ihr tatsächlicher Beitrag zum „Marsch auf Tripolis“ natürlich bescheiden aus. Wie kurz die Wege vom spielerischen Experimentieren mit neuen Technologien über ganz zivile mittelständische Unternehmen in international befeuerte Bürgerkriege sind und welche Aura privatwirtschaftlicher Kriegsgewinnler hierdurch im Zuge der Regime-Change-Politik begünstigt wird, dafür bietet sie gerade im Kleinen ein anschauliches Beispiel.

Anmerkungen

1 Beispiele hierfür bietet der Drohnenforschungsatlas der IMI (http://www.imi-online.de/download/drohnenforschungsatlas_2013_web.pdf).
2 www.airrobot.de
3 www.aeryon.com
4 www.aeryon.com
5 www.aeryon.com/news/pressreleases/271-libyanrebels.html
6 UNSC-Resolution 1970(2011)
7 UNSC-Resolution 1973(2011)
8 Final report of the Panel of Experts established pursuant to Security Council resolution 1973 (2011) concerning Libya (S/2012/163).
9 Eine (etwas) ausführlichere Zusammenfassung des Berichts der Expertenkommission nach UNSC-Resolution 1973 siehe: www.imi-online.de.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Weltweit aktiv!

Gezielte Tötungen durch US-Spezialeinheiten

von Michael Haid

Bekanntlich sind gezielte Tötungen für die USA ein häufig angewendetes Instrument in ihrem so genannten Krieg gegen den Terror.[1] Insbesondere ihre Ausführung mittels Drohnen haben einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt und sind aus ethischen und rechtlichen Erwägungen heraus stark umstritten.[2] Das in London ansässige Büro für investigativen Journalismus bietet auf seiner Homepage regelmäßig aktualisierte Zahlen zu den Toten und Verwundeten des Einsatzes von Drohnen an. Danach seien mehrere Tausend Menschen bislang auf diese Weise getötet worden.[3] Etwas weniger bekannt dürften gezielte Tötungen durch US-Spezialeinheiten sein, weshalb an dieser Stelle kurz auf ihre immens gewachsene Bedeutung hingewiesen wird.[4]

Für die Politik der USA haben Spezialeinheiten und Drohnen einen hohen Stellenwert erlangt. Seit den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak werden groß angelegte, lang andauernde und kostenintensive Militäroperationen nicht mehr priorisiert. So verwundert es nicht, dass die Zahl an Spezialeinheiten in den vergangenen Jahren stetig wuchs. Nach einer neuen Planung des US-Verteidigungsministeriums von März 2014 sollen die Spezialeinheiten auf eine Kopfstärke von 69.700 erhöht werden.[5]

Laut dem Enthüllungsjournalisten Nick Turse seien US-Spezialeinheiten gegenwärtig weltweit in 134 Staaten aktiv. Die Angabe stammt von dem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Offizier beim US-Kommando für Spezialoperationen (SOCOM). Das seien fast 70 Prozent aller Länder dieser Erde (zur Erinnerung: die UN zählt 193 Staaten) und bedeute einen Anstieg um 123 Prozent seit dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama.[6] Sehr aktiv sei das US-Militär in Afrika. Nach Informationen des Kommandeurs des US-Afrika-Kommandos in Stuttgart habe das US-Militär 2013 insgesamt 546 Aktivitäten auf dem Kontinent ausgeführt. Das seien im Durchschnitt etwa eineinhalb Missionen am Tag oder ein Anstieg von 217 Prozent, seit das Regionalkommando 2008 eingerichtet wurde.[7] Mit Aktivitäten sind, um Missverständnisse zu vermeiden, nicht nur die Vornahme von gezielten Tötungen, sondern jegliches Tätigwerden von Spezialeinheiten in diesen Ländern gemeint (beispielsweise Festnahmen, Ausbildung, Beratung). Nick Turse hat auf dem Blog TomDispatch.com eine sehr anschauliche Graphik über die globalen Einsätze von US-Spezialeinheiten zusammengestellt.[8]

Feststellbar ist in jedem Fall, dass die Zahl gewaltsamer Aktionen von US-Spezialeinheiten in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen ist. Nach Auskunft des US-Militärs seien 2009 insgesamt 675, 2010 1.780 und 2011 2.200 so genannter Capture/Kill-Missionen (Gefangennehmen/Töten) weltweit durchgeführt worden.[9] Allein im Jemen wurden seit 2009 nach einem Bericht von Human Rights Watch 86 Operationen durch die CIA oder das Kommando für Spezialoperationen der USA unternommen, bei denen circa 500 Menschen getötet worden seien.[10] Das Büro für investigativen Journalismus zählt im Jemen insgesamt 150 bis 386 Tote durch 14 bis 79 verdeckte US-Operationen (Drohnen-Angriffe ausgenommen), davon seien 59 bis 88 Zivilisten und 24 bis 26 Kinder gewesen; 22 bis 115 Personen seien verletzt worden. In Somalia seien von 2007 bis 2014 in 8 bis 11 verdeckten US-Operationen insgesamt 40 bis 141 Menschen getötet worden, darunter seien 7 bis 47 Zivilisten und maximal 2 Kinder gewesen; zusätzlich habe es noch 11 bis 21 Verletzte gegeben.[11]

Dieser kurze Überblick dient dazu, die Dimension der US-Politik gezielter Tötungen durch Spezialeinheiten zu verdeutlichen. Hierbei handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein systematisches und regelmäßiges Vorgehen. Auch sind die USA sicherlich nicht der einzige Staat, der mit diesen Mitteln vorgeht. Die USA wurden als Beispiel gewählt, weil sie eine weltweite Infrastruktur haben, diese ausbauen und das Programm gezielter Tötungen auszuweiten beabsichtigen. Dies ist auch deshalb von besonderem Interesse, da gegen die Bundesregierung häufig der Vorwurf zu hören war, dass sie im Rahmen der militärischen und geheimdienstlichen Kooperation mit den USA Beihilfe zur Politik gezielter Tötungen leiste.[12]

Anmerkungen

1 Für einen Überblick vgl. Jonathan Masters, Backgrounder: Targeted Killings, www.cfr.org, 23.5.2013.
2 Für Daten zu Ziviltoten mittels Drohnen vgl. Ben Emmerson, Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism, Human Rights Council, A/HRC/25/59, 11 March 2014; für die Gefahr hinsichtlich des Schutzes von Menschenleben durch Drohnen vgl. Christof Heyns, Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, United Nations, General Assembly, A/68/382, 13.9.2013.
3 Vgl. www.thebureauinvestigates.com/category/projects/drones/.
4 Weitergehend vgl. Jürgen Wagner, Die Rückkehr der Schattenkrieger. Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus, IMI-Studie, Nr. 5/2013.
5 Vgl. Department of Defense, Quadrennial Defense Review 2014, Washington, 4.3.2014, www.defense.gov/pubs/2014_Quadrennial_Defense_Review.pdf, S. 17.
6 Vgl. Nick Turse, America's Secret War in 134 Countries. The deployment of US Special Operations forces is a growing form of overseas power projection, www.thenation.com, 16.1.2014.
7 Vgl. Nick Turse, U.S. Military Averaging More Than a Mission a Day in Africa, www.tomdispatch.com, 27.3.2014.
8 Vgl. Nick Turse, America's Black-Ops Blackout. Unravelling the Secrets of the Military's Secret Military, www.tomdispatch.com, 7.1.2014. Die Graphik findet sich hier: www.tomdispatch.com/images/managed/socommap4_large.jpg (Stand: 28.4.2014).
9 Vgl. Jonathan Masters, ebd.
10 Vgl. Human Rights Watch, A Wedding That Became a Funeral. US Drone Attack on Marriage Procession in Yemen, Februar 2014.
11 Vgl. www.thebureauinvestigates.com/category/projects/drones/.
12 Vgl. Stefan Buchen / John Goetz / Niklas Schenk / Antonius Kempmann / Christian Fuchs, US-Drohnenkrieg läuft über Deutschland, daserste.ndr.de, 30.5.2013.

Einsatzübung Jawtex 2014, Bild: Bundeswehr/Burow

Auf der Überholspur zum bewaffneten Konflikt?

Neue Entwicklungen im Südchinesischen Meer

von Andreas Seifert

Die Positionierung einer Ölplattform Anfang Mai 2014 durch die chinesische Ölfirma CNOOC bietet weit mehr als nur den Anlass für anti-chinesische Proteste in Vietnam – sie ist Anzeichen für eine Verschärfung des chinesischen Tones gegenüber den Anrainern insgesamt. Das Unvermögen aller Beteiligten, eine diplomatische Lösung zu befördern, rächte sich in Form von Ausschreitungen, Toten und Verletzen. Es zeigt sich, dass übersteigerter Patriotismus alte Vorbehalte aufmischt und einen gewaltsamen Konfliktaustrag wahrscheinlicher macht.

Mit der Positionierung der Ölplattform Haiyang Shiyou 981[1] in einem gleichermaßen von China und Vietnam beanspruchten Gebiet im Kontinentalschelf vor Vietnam hat der Streit um Territorial- und Fischereirechte im Südchinesischen Meer eine neue Eskalationsstufe erreicht. Die prompte Reaktion vietnamesischer Fischer und Behörden, Blockaden und Wasserkanonenangriffe auf die Begleitschiffe durchzuführen, eskaliert in Rammaktionen beider Seiten.[2] Die vietnamesische Öffentlichkeit hat mit politisch geduldeten Protesten ihrem Unmut Luft gemacht und den Kampf um Öl und Kontrolle im Meer auf das Festland gebracht. Zwei Tote, über hundert Verletzte und die Zerstörung von ausländischen Fabriken in Vietnam sind dabei eine erschreckende Bilanz von ein paar wenigen Stunden[3] – chinesische Flüchtlinge in Kambodscha und die großflächige Evakuierung tausender chinesischer Staatsbürger über das Meer[4] sind darüber hinaus Ausdruck einer tief sitzenden Angst, dass sich der Streit in einen von ethnischen Motiven überlagerten Konflikt auswächst und in Pogrome mündet.[5] Wie in die „Anti-Japanischen" Proteste in der Volksrepublik China sind auch die „Anti-Chinesischen" Proteste in Vietnam allerdings auch mit ganz anderen Motiven aufgeladen.

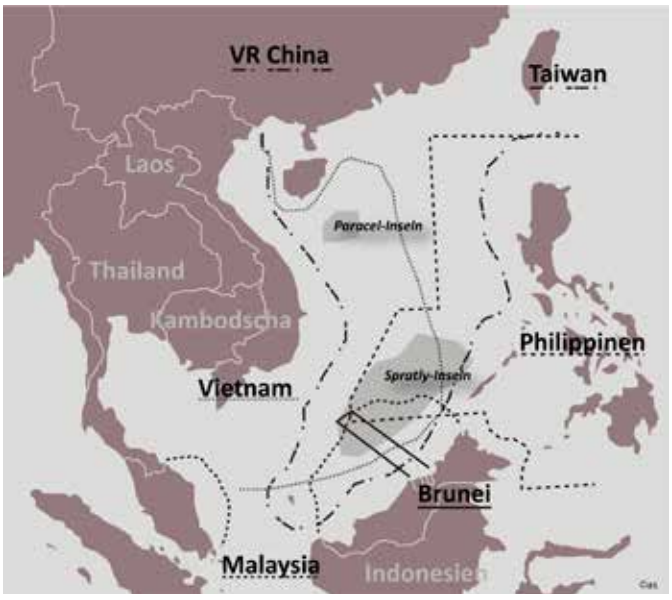
Der offensichtlich nationalistische Protest bietet mitunter nur die Folie, auf der andere schwerwiegende soziale Probleme angesprochen und Protest geäußert werden. Chinesische, taiwanische, koreanische und japanische Unternehmen haben in den letzten sechs bis zehn Jahren vielfach Teile ihrer Produktionsanlagen nach Vietnam verlagert. Es handelt sich in der Mehrheit um Fabriken für Konsumgüter für den europäischen und amerikanischen Markt, die noch vor wenigen Jahren im Delta des Perlflusses im nahen Südchina angesiedelt waren. Steigende Lohnkosten und höhere Umweltauflagen in der Volksrepublik China sind Auslöser dieser „Wanderbewegung" – keines der in Vietnam „neu" angesiedelten Unternehmen zeichnet sich durch hohe Standards aus. Vietnam ist auf den Zustrom ausländischer Investitionen „angewiesen", will es seine Wirtschaftsentwicklung in der gleichen Weise fortsetzen. Solche Fabriken sind der Kern des vietnamesischen Wirtschaftswunders der letzten Jahre und Ursache mannigfaltiger Umwelt- und Sozialprobleme. Arbeitskämpfe in Form von wilden Streiks sind an der Tagesordnung.

Nun standen einige dieser Fabriken in Flammen und waren Schauplatz anti-chinesischer Gewalt. Dabei sind es nicht nur VR-chinesische Produktionsanlagen, sondern auch solche im Besitz von taiwanischen oder singapurianischen Unternehmern. Nicht ein „neutraler", politisch gelenkter Protest vor der chinesischen Botschaft mit ritualisiertem Verbrennen von Nationalfahnen wie bisher, sondern handfeste Gewalt gegen Dinge und Menschen. Hier scheint der von beiden Seiten gepflegte Nationalismus als Kit, um soziale Konflikte zu überbrücken, zurückzuschlagen und all seine negative Kraft ungehemmt ausleben zu dürfen. Die vietnamesische Führung hat prompt, aber doch zu spät, reagiert und Protesten eine „geordnete" Form gegeben und gleichzeitig die Keule der inneren Repression[6] ausgepackt: 1400 Verhaftete und Androhung von Strafverfolgung bei zukünftigen Vergehen.[7]

Und zur See?

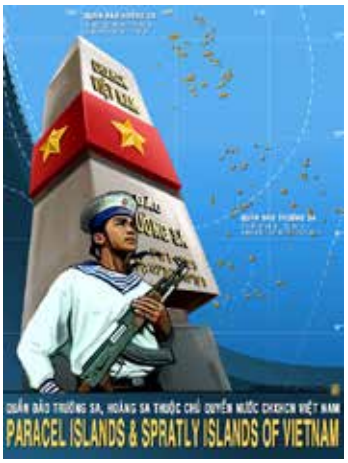
Mit 170 Rammmanövern[8] in 24 Stunden wurde ein neuer Rekord aufgestellt in einem Konflikt, zu dem es in den letzten Jahren auch schon regelmäßig gehörte, die Gegenseite mit Fischerbooten oder Fischereischutzbooten zu bedrohen oder zu rammen. Andere Formen des Protestes waren bisher schon das Behindern von Explorationen der im Meer verborgenen Bodenschätze oder das Provozieren durch einen vielfältigen Strauß von administrativen Maßnahmen. Die Gründung der Stadt Sansha 2012 auf Woody Island durch die Volksrepublik China – in der Mitte der umstrittenen Paracel-Inseln und die Zuordnung des gesamten von China beanspruchten Territoriums zur „Verwaltungseinheit" Sansha – sollte z.B. den Claim Chinas allen deutlich machen. Ausgehend von diesem „Blumentopf" im weiten Meer berechnet Beijing die 200 Seemeilen der Ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ, Exclusiv Economic Zone). Diese überlappt dann eben auch an der Stelle, an die die Bohrinsel verbracht wurde, mit der vietnamesischen. Woody Island wird ebenfalls von Vietnam als Territorium beansprucht. Vietnam wirft der VR vor, die Inseln militärisch „besetzt" zu haben.

Seit Jahren erheben Vietnam, die Philippinen, Taiwan und die VR China sich überlappende Ansprüche auf das Südchinesische Meer, die weit über die an den Küstenlinien festzumachenden 200 Meilenzone hinausgehen (siehe Karte links). Chinas Ansprüche sind dabei keineswegs eindeutig in bestimmte Grenzen zu fassen. Sie sind auch nach jahrzehntelangem Geplänkel nur durch



Ungefähre Karte der Ansprüche der Anrainer auf das Südchinesische Meer, Grafik IMI.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



Links: Vietnamesisches Propagandaplakat, das die Bereitschaft zum Kampf um die Inseln fördern soll (über Flickr, Ngo Quang Minh); Rechts: Header des Internetnachrichtendienstes Rappler zum angestrebten UNCLOS-Verfahren.

eine diffuse Linie[9] auf verschiedenen Karten markiert, in welche mal mehr, mal weniger hineininterpretiert wurde. Gleichzeitig haben Chinas von den Anrainern als ungerechtfertigt empfundene Ansprüche lokale Ausbeutungsprojekte nicht unterbrochen und so fördert unter anderem Vietnam Öl und Gas im Südchinesischen Meer.

Auch im Bereich des Fischfangs – für die Philippinen, wie für Malaysia und vor allem für Vietnam eine wichtige Ressource – herrscht Zwistigkeit mit China vor. Fischereischutzboote der Volksrepublik wurden im Laufe der letzten Jahre immer größer und aufdringlicher in der „Durchsetzung" einseitig verhängter Schutzzonen oder Schonfristen für bestimmte Fischarten. Chinesische Fischer tun sich hingegen nicht gerade durch einen behutsamen Umgang mit den Meeresressourcen hervor. Jüngst wurde ein Boot mit seltenen und zum Teil geschützten Meeresschildkröten vor der Küste der Philippinen aufgebracht.[10] Der Wohlstandsbauch chinesischer Gourmets will mit Delikatessen aus dem Meer gefüllt sein: dass die Quelle der Delikatesse ein Schutzgebiet um eine philippinische Insel ist, stört da nicht weiter. Es sollte angemerkt werden, dass ein solcher Handel wahrscheinlich aber nur möglich ist, weil auch philippinische Fischer daran beteiligt werden. Hier mischen sich großspurige Ansprüche des chinesischen Staates mit den Partikularinteressen der Fischer.

Der Konflikt gewinnt an Fahrt

Auch abseits der unmittelbaren Eskalation rund um die chinesische Bohrinsel, nimmt der Konflikt an Fahrt auf. Die vor einigen Jahren begonnene militärische Aufrüstung gewinnt immer mehr an Kontur. Chinas junger Flugzeugträger *Liaoning* war bereits im Südchinesischen Meer anzutreffen und droht nun für alle Anrainer die Gewichte in der Lufthoheit über der See zu verschieben. Chinas Flotte ist die mit Abstand mächtigste im Seegebiet. Vietnam ergänzt aber sein Arsenal um U-Boote aus Russland und die Philippinen suchen ebenfalls die Möglichkeiten ihre Arsenale zu verstärken.[11] Für China könnte das bedeuten, dass der erreichte „Vorsprung" in der Aufrüstung sich zusehends verbraucht und ihnen ernst zu nehmende Gegner erwachsen. Für Waffen exportierende Länder in Europa sollten die Anzeichen eindeutig genug sein, die Lieferungen in die Region zu überdenken und nicht in einen eskalierenden Konflikt weitere Waffen zu liefern.

Nachdem philippinische und auch vietnamesische Versuche, die Fragen der Meeresnutzung über die ASEAN zu lösen, als gescheitert angesehen werden müssen, sind die Philippinen mit einem Verfahren innerhalb des Seerechtsübereinkommens vorgeprescht. Im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS, United Nations Convention on the Law of the Sea) beantragte die philippinische Regierung 2013 die Klärung der Begrifflichkeiten und damit implizit die Präzisierung der diffusen chinesischen Ansprüche.[12] Die Volksrepublik China hat sich bisher nicht an dem Schiedsverfahren beteiligt und es gilt auch eher als unwahrscheinlich, dass sie es tut. Ausgehend von der Feststellung, dass die Ansprüche der Anrainer sich überlappen, wird in dem Verfahren angestrebt, die 200 Meilenzonen in ihren unmittelbaren Überlappungen aufzuzeigen und eine Einigung zu erzielen. Dabei wird die *Baseline* entlang der Küstenlinien angenommen und argumentiert, dass Inseln und „Features" zu unterscheiden sind. Eine Insel die Leben ermöglicht, ist demnach als Ausgangspunkt der 200 Meilenzone akzeptierbar, ein „Feature" hingegen nicht: von ihm aus kann lediglich eine 12 Meilen-Hoheitsgewässerzone reklamiert werden. Die allermeisten Inseln in den Paracels und der Spratlys sind in diesem Sinne nicht bewohnbare Riffe, Atolle oder Felsen und fallen also unter die letzte Kategorie. In den Paracels würde wahrscheinlich lediglich eine Insel diesem Kriterium gerecht werden, in den Spratlys vielleicht keine – die meisten „Bewohner" der Inseln dort sind Soldaten unterschiedlicher Nationen, die auf künstlich ins Meer gesetzten Festungen stationiert sind. Schließt sich das UNCLOS-Tribunal der philippinischen Interpretation an, würde sich der Spielraum aller Beteiligten im Südchinesischen Meer wesentlich vergrößern: die bisher extensiven Ansprüche würden zusammenschmelzen. Insbesondere der chinesische Anspruch würde unhaltbar sein. Das Charmante an dem Ansatz ist, dass die eigentliche Frage des „Besitzes" einzelner Inseln oder Features außen vor bleibt. Angesichts der nun erfolgten Platzierung der Ölplattform vor Vietnam durch China scheint Vietnam nun ebenfalls bereit, diesen Weg einer gerichtlichen Klärung anzustreben.[13]

Die Volksrepublik hat das UNCLOS-Verfahren bisher weder kommentiert, noch ist davon auszugehen, dass sie sich positiv dazu verhält – andererseits hat sie die Convention ratifiziert. Zu beobachten ist dennoch, dass die VR ihre Bemühungen um das Südchinesische Meer verstärkt hat. So sind bereits bestehende Festungen ausgebaut worden oder sind um Sandaufschüttungen erweitert worden. Die militärische Präsenz wurde ebenfalls verstärkt. Die Angst der Anrainer besteht nun darin, dass die VR China vor dem Abschluss des Rechtsverfahrens Fakten zu schaffen versucht: ggf. mithilfe von militärischer Gewalt.

Das Hinzuziehen weiterer Akteure (USA/Russland/Indien) löst neue Dynamiken und Drohgebärden aus. Auch wenn der US-Präsident Obama sich bei seinem jüngsten Besuch auf den Philippinen überaus zurückhaltend zum Konflikt um die Südchinesische See geäußert hat und sich nicht, wie von der philippinischen Regierung erhofft, positiv auf den Lösungsversuch über ein UNCLOS-Verfahren bezogen hat, so nimmt die USA doch die Gelegenheit war, die militärische Präsenz auszubauen. Indien steigt ebenfalls in den Konflikt ein, indem es sich als „neutraler"

Links: Bild der Erstürmung einer Fabrik durch Demonstranten (Quelle:Fokus Taiwan); Oben: Boykottaufruf philippinischer Aktivisten

Beobachter der maritimen Lage anbietet und so die vietnamesische Marine mit aktuellerer Überwachungstechnik unterstützt.[14] Russische Schiffe sind ebenfalls im Südchinesischen Meer häufiger anzutreffen, als noch vor einigen Jahren – Truppenbesuche und gemeinsame Übungen mit verschiedenen Marinen sind regelmäßig geworden. Innenpolitisch sind solche Annäherungen externer Akteure in den südostasiatischen Staaten nicht unumstritten und ob sie zur „Stabilisierung" der Situation beitragen, bleibt abzuwarten.

Hier wird auch die internationale Dimension des Konfliktes deutlich. Die größten Häfen der Welt liegen in Asien und brauchen die Route durch das Südchinesische Meer als sicheren Seeweg. Als Teil einer Systemkonkurrenz Chinas gegenüber den USA interpretiert, stilisiert sich der Konflikt um die Vorherrschaft im Südchinesischen Meer zu einer über ganz Asien. Ein chinesischer Gewinn würde die weltpolitischen Gleichgewichte durcheinander bringen und hätte enorme Auswirkungen auch für (Süd-)Korea und Japan. Robert D. Kaplan sieht es geradezu als Hexenküche von Krieg und Frieden, als entscheidendes Schlachtfeld über die Zukunft der Menschheit – und er hält es für unwahrscheinlich, dass die VR China sich hier zurückdrängen lassen wird.[15]

Die Volksrepublik China ist wie kein anderer der Anrainerstaaten darauf angewiesen, dass der Seeweg durch das Südchinesische Meer offen bleibt – militärische Konfrontationen gefährden genau dies und damit ist – trotz aller schrillen Töne – nicht von einem leichtfertigen Waffengang auszugehen. Doch eine Lösung ist nicht in Sicht. Je krasser die Reaktionen ausfallen, desto mehr ist zu befürchten, dass sich Positionen weiter verhärten und eine diplomatische Lösung in weite Ferne rückt. Jan Grebe und Peter Kreutzer empfahlen im Friedensgutachten 2013 den Konflikt in bilateralen Verhandlungen und Verträgen einer schrittweisen Lösung zuzuführen.[16] Das Schiedsgerichtsverfahren, so sehen es die philippinischen Diplomaten, könnte eine Grundlage sein, die die Position von Vietnam und den Philippinen stärkt und ihnen vielleicht ein bisschen die Angst nimmt, vom übermächtigen China übervorteilt zu werden.

Anmerkungen

1 tuoitrenews.vn und Reuters, 5.5.2014
2 China Daily, 13.5.2014. Nun ist eines der beteiligten Boote sogar gesunken: South China Morning Post, China claims Vietnam boat 'rammed oil rig' before sinking in disputed waters, 27.5.2014
3 China Daily, Hanoi blamed for anti-China riots, 17.5.2014
4 China Daily, 20.5.2014
5 South China Morning Post, Sense of fear lingers for Chinese nationals in Vietnam after violent protests, 16.5.2014
6 Inzwischen wird spekuliert, ob nicht sogar pro-chinesische Kräfte die größten Zerstörungen initiiert haben um der Regierung einen Vorwand für eine enge Kontrolle der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, South China Morning Post, Rumours in Vietnam blame outside forces for deadly anti-Chinese riots, 21.5.2014
7 South China Morning Post, 16.5.2014
8 China Daily, 13.5.2014
9 Die sogenannte „Nine-dash Line" wird nach den auf einer Karte von 1947 eingezeichneten groben Strichen bezeichnet mit der die damalige chinesische Regierung ihren Anspruch grob markierte – alle nachfolgenden Karten, so auch die hier verwendete, sind insofern „präziser" als der formulierte Anspruch Chinas.
10 Reuters, 21.5.2014
11 Siehe auch Andreas Seifert, Konfliktzonen im Südchinesischen Meer, IMI-Studie 9/2012.
12 Ursprünglich als Verhandlung vor dem Seegerichtshof in Hamburg geplant, wurde das Verfahren 2014 zu einem Schiedsprozess vor dem Internationalen Gerichtshof in in Den Haag gemacht, da sich die VR China verweigerte einem Prozess in Hamburg zuzustimmen. The Diplomat, The Philippines' UNCLOS Claim and the PR Battle Against China, 1.4.2014
13 South China Morning Post, 22.5.2014. Auf dem Shangri-La-Forum in Singapur Ende Mai sollen chinesische Diplomaten versucht haben, vietnamesische Vertreter von einem Gang vor Gericht abzubringen: South China Morning Post, China wants to avoid court over maritime disputes, says Vietnam official, 2.6.2014.
14 Deepal Jayasekera, India signals support for Vietnam in South China Sea dispute, World Socialist Web Site, 13.5.2014
15 Robert D. Kaplan, Asia's Cauldron: The South China Sea and the End of a Stable Pacific, New York 2014.
16 Jan Grebe, Peter Kreutzer, 1.4. Lässt sich der Drache zähmen? Eskalation und Aufrüstung im Südchinesischen Meer, in: vom Boemken, Werkner, Johannsen, Schoch (Hg.), Friedensgutachten 2013, S.69-83.

Richtigstellung

Im Artikel **„Die Sache mit der Verschlusssache"**, wie er im AUSDRUCK April 2014 erschien, stand, dass Daniel Lücking auch an der Gefangennahme afghanischer Kämpfer_innen selbst direkt beteiligt war. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr, dass Herr Lücking Beobachter der von ihm beanstandeten Vorkommnisse war. Gerne stellen wir diese Stelle hiermit richtig.

Im Artikel **„Rüstungsexporte nach Mexiko – ein Update"** der Ausgabe April 2014 des AUSDRUCK wurden Informationen aus dem Film „Waffen für die Welt – Exporte außer Kontrolle" wiedergegeben, unter anderem, dass eine Gewehrfabrik in Queretaro von der Fritz Werner Holding GmbH ausgerüstet worden sei. Eine Nachrecherche ergab, dass der Film in diesem Punkt falsche Informationen enthält, für deren Übernahme wir uns entschuldigen.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Befriedung Rio de Janeiros

Ein Modell für die Aufstandsbekämpfung im urbanen Raum

von Jonna Schürkes

„Wir werden in den kommenden vier Jahren alle Gebiete, die von den Kriminellen kontrolliert werden, zurückerobern [...] Wir werden den Gemeinden, die von der Parallelmacht beherrscht werden, den Frieden bringen“,[1] erklärte der heutige Gouverneur von Rio de Janeiro Sérgio Cabral vor vier Jahren. Was wie eine Kriegserklärung klingt, war wohl auch als eine gemeint. Die „Estrategia de Pacificação“ – die Befriedungsstrategie –, mit der die Armenviertel von Rio unter die Kontrolle des Staates gebracht werden, erinnert nicht nur begrifflich an den europäischen Kolonialismus vor allem in Afrika: „[...] Befriedung kann nicht nur als eine militärische Aktion zur Niederschlagung des feindlichen Aufstandes, sondern als eine breitere und weitreichendere Maßnahme zur Errichtung einer neuen soziale Ordnung verstanden werden“.[2]

Nicht von ungefähr setzte sich Cabral 2010 das Ziel, bis heute die Favelas in Rio befriedet zu haben, schließlich beginnt in wenigen Tagen die Fußball-WM der Männer in Brasilien, 2016 wird Rio der Austragungsort der Olympischen Spiele sein. Bereits kurz nachdem die FIFA 2007 entschieden hatte, die WM in Brasilien austragen zu lassen, wurde die Befriedungsstrategie, deren Herzstück die Aufstellung einer Befriedungspolizei (Unidades de la Policía Pacificadora - UPP) ist, entwickelt.

Die Regierung von Rio ließ sich, eigenen Angaben zufolge, bei der Erarbeitung des Konzeptes von Strategien des Kampfes gegen die Guerilla und die Drogen in Kolumbien inspirieren.[3] Die US-Botschaft wiederum verglich die Strategie der UPP in einer, von Wikileaks veröffentlichten Depesche mit der Aufstandsbekämpfungsstrategie des US-Militärs im Irak und in Afghanistan.[4]

Paramilitärische Besetzung ...

Betrachtet man den Ablauf der Befriedung der Viertel, so ist der Vergleich mit einer militärischen Aufstandsbekämpfung kaum übertrieben: die paramilitärische Polizeieinheit „Batalhão de Operações Policiais Especiais“ (BOPE) durchsucht meist wochenlang in martialischem Aufgebot, mit schweren Waffen und unter Einsatz von Helikoptern und gepanzerten Fahrzeugen die Favelas nach Waffen, Drogen und Kriminellen. Dadurch, dass die Aktionen frühzeitig angekündigt werden, können die Drogen und Waffen vor Ankunft der Polizei aus dem Viertel entfernt werden. Dies bedeutet allerdings nicht – anders als es vor allem in der brasilianischen Presse lange dargestellt wurde –, dass die Besetzung der Favelas ohne Kämpfe oder gar ohne massiven Gewalteinsatz vonstattengingen. Vor allem in den letzten Monaten haben die Berichte von durch die Polizei willkürlich verhafteten, gefolterten, verletzten und getöteten Favela-Bewohnern zugenommen.[5] Immer wieder sterben Menschen, wenn die Spezialeinheiten in den eng bebauten Vierteln auf schwer bewaffnete Kriminelle treffen.[6]

Der Bevölkerung wird nicht nur durch die massive Zuschaustellung von Kriegsgerät klar gemacht, dass ihr Viertel besetzt ist, in vielen Favelas wurde die Fahne der BOPE, gemeinsam mit der brasilianischen Nationalfahne gehisst, „gewissermaßen, um deutlich zu machen, dass ‚der Besitzer gewechselt‘ hat“.[7] Ist die militärische Besetzung des Viertels erfolgt, so wird eine zivile „Befriedungspolizei“ (UPP) dauerhaft in der Favela stationiert. Um die notwendige Akzeptanz bei der Bevölkerung zu schaffen, soll zeitgleich das „UPP Sozial“ starten, dass die Infrastruktur innerhalb der Favelas verbessern soll – so das Konzept.

Inzwischen sind 38 Posten der UPP in Rio de Janeiro errichtet worden. Die Auswahl der Favelas, die von den UPPs kontrolliert werden, zeigt, dass – trotz anderslautender Behauptungen der brasilianischen Regierung – die Befriedungsstrategie in direktem Zusammenhang zu der bevorstehenden Fußball-WM und den Olympischen Spielen steht: „Die meisten der UPP-Posten befinden sich im Süden der Stadt oder um das berühmte Maracaña Stadion herum und schaffen so einen „urbanen Sicherheitsgürtel“ um die Austragungsorte der FIFA Weltmeisterschaft und der Olympischen Spiele. Die übrigen Favelas, die sich in der Nähe von größeren Touristenattraktionen und Zugängen zu dem neu gebauten Öffentlichen Transportsystem befinden, stehen auf der Liste der Gebiete, die demnächst im Rahmen des Programms pazifiziert werden sollen.“[8]

... und Vermarktung der Favela

Während immer mehr Favelas von den BOPE besetzt und festungsähnliche Stationen der zivilen UPP eingerichtet werden, ist von der versprochenen Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den befriedeten Favelas kaum etwas zu spüren. Vordergründig handelt es sich bei „UPP Sozial“ vor allem um ein Programm zur Verbesserung des Images der Polizei in den Favelas. Insofern erstaunt auch nicht, dass das Sozialprogramm den Namen der Polizeiintervention trägt. Das Programm dient ganz offensichtlich der Vermarktung einer Strategie, bei der es darum geht, die Favelas unter die Kontrolle des Staates zu bekommen. Dies führt dann zu etwas grotesken Bildern, auf denen Polizisten der UPP-Einheiten in schusssicheren Westen in einer Kinderkrippe Kinder betreuen oder in Uniform Schüler in „Computertechnologie“ unterrichten.[9]

Das Programm „UPP Sozial“ allerdings als wirkungslos darzustellen, wäre falsch. Vielmehr verändert sich das Leben in der Favela grundlegend. So ist die Favela „Santa Marta“, die als erste 2008 befriedet wurde, heute eine Vorzeigefavela, die inzwischen von Reiseführern als Touristenattraktion verkauft wird.[10] Schwerwiegender als die Touristen wirkt jedoch die Öffnung der Favela für private Dienstleistungsfirmen: „Mit der Errichtung der UPP kam bald, noch bevor es Investitionen im Bildungs-, Sanitär- und Gesundheitsbereich gab, die Regulierung und Formalisierung marktförmiger Dienstleistungen wie die Energieversorgung“.[11] Zuvor hatten die Bewohner vieler Favelas diese Grundversorgung illegal bezogen, was nicht ungefährlich aber bezahlbar war. Die ärmsten Bewohner werden nun aus ihrem Zuhause gedrängt, weil sie die Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Die Spezialeinheit BOPE kann geradezu als Symbol für eine zunehmende Vermischung militärischer und polizeilicher Aufgaben gesehen werden: als Polizeieinheit untersteht sie dem Innenministerium, ist aber militärisch ausgebildet und ausgerüstet.

Favela als Touristenattraktion: Lonely Planet bietet in der 2008 befriedeten Favela Santa Marta Führungen an, um den Touristen die „unterentwickelte und überbevölkerte Siedlung" zu präsentieren. Quelle: Internetseite von Lonely Planet

Aber auch das Militär selbst spielt – fast 30 Jahre nach dem Ende der letzten Militärdiktatur – eine zunehmend wichtige Rolle bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit. Olympia und die WM haben diese Entwicklung eindeutig beschleunigt[12] und es besteht die berechtigte Befürchtung verschiedener brasilianischer Organisationen, dass das Militär auch nach dem Ende der Spiele nicht mehr vollständig zurückgezogen wird oder werden kann. Ganz offensichtlich ist dies auch nicht das Ziel der Regierung: „[...] es freut mich sehr zu sehen, wie Zivil- und Militärpolizei heute zusammenarbeiten", erklärte Cabral während eines Besuchs in einer der elf Kommandozentralen, die Daten unterschiedlicher Dienste zusammentragen, um die elf Großstädte zu überwachen, in denen Spiele während der WM ausgetragen werden.[13]

Das Militär wiederum freut sich über zahlreiche neue, hochmoderne Rüstungsgüter. Das Verteidigungsministerium kaufte in den letzten Jahren u.a. vier Drohnen aus Israel – zur Überwachung des Luftraums über den Austragungsorten; 34 Flugabwehrpanzer aus Deutschland – zum Schutz der Stadionbesucher; 30 Bodenroboter aus den USA, die bisher vor allem vom US-Militär in Afghanistan und Irak zur Aufklärung unzugänglichen Geländes eingesetzt werden[14] – bei der WM sollen die Roboter „Sicherheit herstellen", „Bomben entschärfen" und „Verdächtige identifizieren helfen".[15] Zusätzlich werden während der Fußball-WM mehr als Hunderttausend Soldaten im Einsatz sein, eine Sondereinheit der Armee wurde geschaffen, die vor allem in der Kontrolle von Massenprotesten ausgebildet wurde.[16] Die Flughäfen, die Hotels in denen die Fußballmannschaften untergebracht sind und die Straßen auf denen sie sich bewegen, werden vom Militär kontrolliert werden.[17]

Befriedung – weit über die WM hinaus

Christopher Gaffnes beschreibt die Umwälzungen innerhalb der brasilianischen Gesellschaft im Zuge von WM und Olympia als Schock, die dahinterstehende Doktrin in Anlehnung an Naomi Klein als Schockstrategie: „Die Megaevent-Stadt befindet sich durch die jahrelangen Bauarbeiten, die Verschuldung, die Umwandlung des täglichen Lebens, die mediale Werbung, die Ankunft hunderttausender reicher Touristen und die Militarisierung des urbanen Raumes in einem Schockzustand. Dieser Schock hallt in Zeit und Raum nach, während die Instrumente zu seiner Durchführung sich in der Erinnerung auflösen."[18] Tatsächlich ist nicht vorgesehen, dass die quasi militärische Besatzung der Favelas wieder aufgehoben wird, ihre marktwirtschaftliche Erschließung wird ebenso wenig wieder rückgängig gemacht werden können wie die Verdrängung der Ärmsten.

Das Militär spielt erneut eine wichtige Rolle in der brasilianischen Innenpolitik und hat zahlreiche hochmoderne Rüstungsgüter erhalten, die es selbstverständlich auch unabhängig dieser Großeinsätze einsetzen wird. Auch die Kontrollzentren werden wohl kaum nach 2016 wieder abgebaut werden.

Mehr noch, die „Estrategia de Pacificação" macht Schule in Lateinamerika, auch in solchen Ländern, in denen keine Großveranstaltungen ins Haus stehen.[19]

Anmerkungen

1 Favelas: de la guerra a la paz, El Mundo, 1.10.2010.
2 Neocleous, M. (u.a.): On Pacification, in: Socialist Studies/Études socialistes 9(2) Winter 2013, S.1.
3 A UPP veio para ficar – Histórico. Vor allem die, als Operación Orión bekannt gewordene militärische Besetzung von Armenvierteln in der kolumbianischen Stadt Medellín 2002 durch Polizei und Militär wird als Vorbild des UPP-Konzeptes gesehen (Halais, F.: Pacifying Rio, 12.03.2013). Auch wenn schwere Menschenrechtsverletzungen der staatlichen Sicherheitskräfte nachgewiesen sind (die Regierung selbst spricht von 14 Toten, mehr als 200 Verletzten und 74 Verschwundenen), gilt diese Operation als Erfolg, brachte sie doch die Viertel wieder unter die Kontrolle des Staates.
4 La contrainsurgencia aplicada en Afganistán se utiliza en Brasil, La Journada, 8.12.2010.
5 UPP Security Crisis As World Cup Approaches, Rio on Watch, 16.05.2014.
6 Número de mortes em ações da polícia cresce quase 70% no Rio, Radio Globo, 26.3.2014.
7 Die neuen Bosse der Hügel, Le Monde diplomatique 8.2.2013.
8 Saborio, Sebastian (2013): The Pacification of the Favleas: Mega Events, Global Competitiveness, and the Neutralization of Marginality, in: Socialist Studies/Études socialistes 9(2) Winter 2013, S. 130 - 145.
9 Tackling Urban Violence in Latin America, Washington Office on Latin America, Juni 2011.
10 S. z.B. Favela Tour in Rio de Janeiro, Lonely Planet.
11 Light's Abusive Billing and Questionable Service in UPP Favelas, Rio on Watch, 2.4.2014.
12 Die Militarisierung der inneren Sicherheit scheint in den letzten Jahren Teil der Durchführung von Großereignissen zu sein (vgl. Giulianotti, R. / Klauser, F.: Security Governance and Sport Mega-events: Toward an Interdisciplinary Research Agenda, in: Journal of Sport and Social Issues, 34(1), 2010, S. 49-61.).
13 Brasiliens WM-Überwachungstempel, Deutschlandfunk, 4.3.2014.
14 Daniljuk, M./ Russau, C.: Brasilien rüstet für Olympia und WM auf, Amerika 21, 2.6.2013.
15 Los robots que cuidarán al Papa en Brasil, BBC, 24.5.2013.
16 Brasiliens WM-Überwachungstempel, Deutschlandfunk, 4.3.2014.
17 Após falha no Rio, Exército assume segurança de aeroportos, hotéis e deslocamentos, O Globo, 29.5.2014.
18 Gaffnes, Christopher: Mega-events and socio-spatial dynamics in Rio de Janeiro 1919–2016, in: Journal for Latin America Geography 9 (1), 2010, S. 27.
19 Rio de Janeiro exporta modelo da Unidade de Polícia Pacificadora, Governo Do Rio de Janeiro, 13.12.2012.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Schlagende Argumente und Alternativen zur Schutzverantwortung

von Bernhard Klaus

Das Global Policy Forum hat gemeinsam mit dem New Yorker Büro der Rosa Luxemburg Stiftung einen ausführlichen Bericht zur sog. „Schutzverantwortung" oder Responsibility to Protect (R2P) veröffentlicht, der in mehrfacher Hinsicht bemerkens- und lesenswert ist. Die Autor_innen Lou Pingeot und Wolfgang Obenland gehen objektiv und diplomatisch vor, kommen aber zu klaren Ergebnissen und trauen sich auch, diese zu formulieren. Dadurch liest sich auch die Darstellung der Genese dieses Konzepts (das manche gern zur völkerrechtlichen Norm stilisieren) gewinnbringend. Gerade diese Auflistung verschiedener internationaler und zivilgesellschaftlicher Initiativen, der Bezugnahmen auf die R2P im Abschlussdokument des Millenniumsgipfels 2005 und weiteren Dokumenten von Regierungen und UN hat in der mittlerweile kaum zu überblickenden Literatur zum Thema meist den enervierenden und redundanten Charakter einer politikwissenschaftlichen Pflichtübung.

Nicht so bei Pingeot und Obenland, denen beim ausführlichen Zitieren hehrer Absichtserklärungen, man wolle verhindern, dass sich ein „Ruanda" oder „Srebrenica" wiederholen könne und zu einer „verantwortungsvolleren Staatenwelt" beitragen, ein grundsätzlicher Realismus erhalten bleibt: Staaten haben Interessen und diesen folgen sie insbesondere in der Außenpolitik und der Anwendung militärischer Mittel. Im Kontrast zwischen humanitärer Rhetorik und praktischer Umsetzung fällt ihnen damit auch ein ansonsten leider zu selten benanntes Problem bereits der Diskussion über die „Schutzverantwortung" auf: Die vielleicht tatsächlich wünschenswerte Mobilisierung internationaler Aufmerksamkeit und Anteilnahme erfolgt notwendig in Form einer hochgradig moralisch aufgeladenen und simplifizierenden Konfliktwahrnehmung uneigennützig Helfender gegenüber dem irrational Bösen, welche die „Spielräume für Verhandlungen und Kompromisse, die normalerweise nötig sind, um Gewalt zu beenden" schwinden lässt. Hierin zeige sich auch ein analytischer Defekt des Konzepts der R2P und der Bericht verweist auf weitere, darunter die fehlende Anwendbarkeit der vermeintlichen Norm auf diejenigen Mächte, welche sie durchsetzen können und die alleinige Fokussierung auf das Spannungsfeld zwischen (internationalisiertem) Menschenrechtsschutz und der Souveränität der Staaten, die wiederum den Blick auf die Motivlage der potentiell intervenierenden Staaten verstellt.

Letzten Endes auch ein analytisches Problem ist die mangelnde Auseinandersetzung mit „den vielen historischen Vorgängern" des Konzepts und der dieses umrankenden Diskurse. Gerade in jenem „linken" und „liberalen" Milieu, dessen Eliten und Regierungen heute die R2P propagieren, sei bereits in der Vergangenheit „Unterstützung für Kolonialismus und militärische Intervention mobilisiert" worden. Ähnlich hermetisch wie gegen die eigene Vergangenheit scheint sich die Diskussion um die Schutzverantwortung auch vor Kritik ohne historische Bezüge abzuschotten, wie die Autor_innen veranschaulichen: Entweder wird dieser heimliche Sympathie mit wenig demokratischen, auf ihre Souveränität pochenden Regierungen unterstellt oder sie wird damit abgetan, dass die vagen – und sich einer Operationalisierung entziehenden Begrifflichkeiten – (absichtlich) missverstanden würden, etwa was den Stellenwert militärischer Mittel als „letztes Mittel" angeht. Auch Kritik von humanitären Organisationen wie Médecins Sans Frontières (MSF), die fürchten, unter ein Konzept subsummiert zu werden, das letztlich in militärische Besatzung führt, würde meist überhört.

Letztlich lege die Genese des Konzepts trotz reger Beteiligung sog. linksliberaler Kreise nahe, dass die Absicht darin besteht, „militärische Interventionen auswärtiger Mächte auf humanitärer Grundlage zu rechtfertigen", indem „weithin akzeptierte Argumente (die Verantwortung der Staaten für ihre Bürgerinnen und Bürger) mit deutlich zweifelhafteren (bspw., dass militärische Interventionen grundsätzlich dazu geeignet seien, Zivilisten zu schützen) vermischt werden". Eine Ursache hierfür sehen die Autor_innen auch darin, dass das Konzept eben doch eher von Regierungen und Eliten vorangebracht worden sei, als dass es seinen Ursprung tatsächlich in Graswurzelbewegungen habe. Damit nimmt der Bericht auch eine interessante Verortung der beteiligten Organisationen – insbesondere des Global Policy Forums – vor, die sich in den genannten „Alternativen" zu bestätigen scheint. Konflikten durch fairere Handelssysteme, Nahrungssouveränität und die Überwachung der Aktivitäten transnationaler Konzerne vorzubeugen, bei ihrer Eskalation Flüchtlinge zu schützen und Rahmenbedingungen für unparteiische humanitäre Hilfe zu schaffen und den Wiederaufbau nicht als großes Geschäft zu betrachten, „mag nicht so attraktiv erscheinen, wie die einfache Botschaft der R2P, hat aber deutlich größere Erfolgsaussichten darauf, eine friedlichere Welt aufzubauen". Mit diesen Worten endet der Bericht, an dem trotz fehlender expliziter Kapitalismuskritik allenfalls der Schriftsatz zu bemängeln ist. Wir hoffen auf eine baldige deutsche Übersetzung, in der sich auch das beheben ließe.

Lou Pingeot, Wolfgang Obenland:
In whose name? A critical view on the Responsibility to Protect
Report des Global Policy Forum zusammen mit dem Rosa Luxemburg Stiftung New York Office
New York/Bonn, Mai 2014
ISBN 978-3-943126-15-0
www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/In_whose_name_web.pdf

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Das virtuelle Schlachtfeld

Der Kalte Krieg in Videospielen: Atomwaffen und Gehirnwäsche

von Michael Schulze von Glaßer

Laut einer Erhebung der „Gesellschaft für Konsumforschung" spielten 2013 in Deutschland 26 Millionen Menschen regelmäßig Videospiele.[1] 1,82 Milliarden Euro wurden in demselben Jahr in der Bundesrepublik für Computer- und Videospiel-Software ausgegeben.[2] Virtuelle Unterhaltungssoftware ist ein zunehmend beliebtes Medium und erreicht schon heute einen Massenmarkt. Dabei werden mit dem Medium auch vom Wissenschaftsbetrieb im deutschsprachigen Raum kaum beachtete (politische) Botschaften vermittelt und Aussagen getroffen.

„Geschichte wird von den Siegern geschrieben", sagt der fiktive britische Elite-Soldat John Price gegen Ende des populären First-Person-Shooter-Videospiels Call of Duty – Modern Warfare 2 (Activision/Infinity Ward 2009) in einer Zwischensequenz. Diese Historiker-Weisheit ist nicht neu. Doch wie findet sie sich in Videospielen, die den Spieler in die Zeit des „Kalten Kriegs" (1947 bis 1989) versetzen, wieder? Welches Bild zeichnen die vornehmlich in westlichen Ländern – NATO-Staaten – sitzenden und für einen westlichen Markt produzierenden Videospiel-Unternehmen von den ehemaligen Kontrahenten im Osten, den Staaten des Warschauer-Pakts?

In meinem kürzlich veröffentlichten Buch „Das virtuelle Schlachtfeld – Videospiele, Militär und Rüstungsindustrie" habe ich in die Thematik der Militär-Videospiele eingeführt und die inhaltlichen Aussagen in zahlreichen Spielen umfassend dargelegt – etwa die Darstellung von „Rohstoff-Kriegen" oder des „Kriegs gegen den Terror".[3] Die nachfolgende Darstellung von Militär-Geschichte der Zeit des „Kalten Kriegs" kann hier als Ergänzung verstanden werden.

Auffällig ist dabei, dass Szenarien rund um die Ereignisse des „Kalten Kriegs" – im Gegensatz etwa zu Weltkriegs-Szenarien – kaum zu finden sind. Dies liegt zum einen daran, dass es keine direkte militärische Auseinandersetzung zwischen den NATO-Staaten und denen des Warschauer-Pakts gab. Zum anderen waren die USA, die heute der größte Markt für virtuelle Spiele sind und zudem einen großen Teil der Videospiel-Branche beherbergen, bei den „Stellvertreterkriegen" dieser Zeit nicht besonders erfolgreich und haben sich auch nicht über die Maßen mit Ruhm bekleckert: im Korea-Krieg (1950 bis zum noch immer andauernden Waffenstillstand 1953) konnten die USA den Feind nicht schlagen und der Vietnam-Krieg (1955 bis 1975) ging sogar ganz verloren.[4] Für auf den westlichen Markt zugeschnittene Videospiele (um den höchsten finanziellen Gewinn davon zu tragen) eignen sich diese für den Westen misslichen Kriege also kaum. Daher greifen heutige Spiele die reale Geschichtsschreibung des „Kalten Kriegs" oft nur auf, um sie in fiktiven Kriegen und Geheimdienst-Aktionen fortzuführen. Diese alternative Geschichtsschreibung in Videospielen wird im Folgenden anhand der beiden Echtzeit-Strategiespiele World in Conflict (UbiSoft/Massive Entertainment 2007) samt der Erweiterung Soviet Assault (2009) und Wargame – European Escalation (Focus Home Interactive/Eugen Systems 2012) genauer vorgestellt und analysiert – der Spieler befehligt dabei aus der Folgeperspektive eine begrenzte Anzahl von Militär-Truppen. Auch der First-Person-Shooters Call off Duty – Black OPS (Activision/Treyarch 2010), bei der sich der Spieler in einer 3D-Umgebung mit der Waffe im Anschlag durch Gegnerhorden kämpft, wird ausführlich behandelt.

World in Conflict – Complete Edition (UbiSoft/Massive Entertainment 2009)

Mit einer Metacritic-Score[5] von 89 bei 100 möglichen Punkten gehört das 2007 vom französischen Videospiel-Publisher „UbiSoft" veröffentlichte World in Conflict zu den am besten bewerteten Echtzeit-Strategiespielen der letzten Jahre. Gelobt wurden neben Grafik und innovativen Spiel-Ideen wie durch den Spieler anforderbarer Artillerie-Unterstützung auch die „grandios erzählte"[6] Story: die wurde vom US-Autor Larry Bond geschrieben, der etwa auch als Co-Autor für die Militär-Romane des bekannten Schriftstellers Tom Clancy tätig war. Und so thematisiert auch World in Conflict einen militärischen Konflikt. Als Hintergrund dient der reale „Kalte Krieg", der in dem Spiel und der 2009 erschienenen Erweiterung World in Conflict – Soviet Assault „heiß" wird. Vorgestellt wird im Folgenden die vollständige Einzelspieler-Kampagne der Complete Edition, in der sowohl Hauptspiel als auch Erweiterung enthalten sind und die den Konflikt zwischen Ost und West von beiden Seiten beleuchtet – und dennoch einseitige Feindbilder produziert. Der Spieler nimmt in den verschiedenen Missionen des Spiels die Rolle eines US-Leutnants mit dem Namen Parker auf Seiten der US-Streitkräfte ein und schlüpft auf der Seite der Sowjetunion in die Rolle eines Leutnants namens Romanov.

Im Winter 1988 fordert die Sowjetunion – wie in der Realität durch den „Kalten Krieg" wirtschaftlich ruiniert – Hilfen der westlichen Staatengemeinschaft ein. Die Verhandlungen stokken, während die Spannungen zwischen Warschauer Pakt und NATO zunehmen. Im Sommer 1989 werden die Gespräche ganz abgebrochen. Die Führung der Sowjetunion sieht den einzigen Ausweg, um dem eigenen Untergang zu entgehen, in einem Krieg gegen den Westen.

In Berlin sabotieren sowjetische Spezialeinheiten heimlich Flugabwehrstellungen der NATO. Darauf folgt eine großangelegte Offensive zur Eroberung der Stadt: zum Schlachtfeld wird dabei der Berliner-Tiergarten rund um die zentrale „Straße des 17. Juni" vom Brandenburger-Tor bis zur Moltkebrücke und dem „Haus der Kulturen der Welt". Über die auch im – in diesem Text später vorgestellten – Spiel Wargame – European Escalation genannte „Fulda-Gap" gelangen sowjetische Truppen nach West-Deutschland und können auch Dänemark und Teile Österreichs erobern – auch wenn der Angriff schnell zum Erliegen kommt. Nachdem eine im Mittelmeer stationierte US-Flotte zerstört wurde, sind die sowjetischen Streitkräfte im französischen Marseille angelandet. Neu eingetroffene US-Bodeneinheiten kämpfen gemeinsam mit Einheiten europäischer Nationen gegen die Invasion und können die Aggressoren letztlich zurückdrängen – bei den Kämpfen in Frankreich kommen auch deutsche

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Im Echtzeit-Strategiespiel „World in Conflict" tobt die Schlacht zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in Süd-Frankreich (Quelle: UbiSoft/Massive Entertainment).

Panzer und Lastwagen samt Bundeswehr-Abzeichen zum Einsatz. Beim Kampf wird allerdings durch den Fehler eines US-Heerführers, Captain Bannon, ein französischer Befehlshaber von den Sowjets getötet. Zwar wird der Vorstoß des Warschauer-Pakts in Frankreich vorerst gestoppt, aufgeben tun die Militärs aus dem Osten aber nicht und versuchen an anderer Stelle in Zentral-Europa einzufallen: Norwegen ist das Ziel eines erfolgreichen Überraschungsangriffs der Roten Armee, um Flugabwehrstellungen auszuschalten und einen Korridor für Bomber zu schaffen. Jedoch sind NATO-Truppen ihrerseits bei Murmansk im äußersten Nord-Westen der Sowjetunion eingefallen: dort ist ein US-Tarnkappenbomber mit Geheiminformationen abgestürzt, den die NATO erfolgreich sichern kann. Zudem greifen westliche Streitkräfte einen U-Boot-Hafen der sowjetischen Nordflotte an. Im Übermut töten Captain Bannons Einheiten dabei auch Zivilisten, was den sowieso schon als ängstlich dargestellten Soldaten nach der Zurechtweisung durch seinen Vorgesetzten noch niedergeschlagener macht. Bannon wird zudem nach Seattle strafversetzt. Wie bei den Missionen herausgefunden wurde, planen die Sowjets einen Angriff auf Häfen an der US-Ostküste. Dabei werden die Inseln vor New York – u.a. Liberty Island – zum Schauplatz des Krieges. Von den Inseln aus planten die Sowjets einen Angriff mit Chemiewaffen auf die Stadt. Die vorgewarnten USA können die Invasion aber abwehren und die Einheiten der Roten Armee schlagen. Anders ist es eine Woche später: nicht gekennzeichnete Frachtschiffe laufen im Hafen von Seattle ein. Wie sich herausstellt, haben sich große sowjetische Truppenteile in den Schiffen versteckt, die die Stadt an der US-Westküste schnell einnehmen. Im Umland von Seattle kommt es zu mehreren Gefechten zwischen den verfeindeten Armeen. Um sich gegen Guerilla-Aktionen zu wehren, tötet der junge sowjetische Befehlshaber Captain Malashenko – der selbst kurz zuvor Frau und Kind bei einem NATO-Angriff auf die Sowjetunion verloren hat – gegen den Befehl seines Vorgesetzten US-Zivilisten. Das Ziel des sowjetischen Angriffs im Nord-Osten der USA ist (der fiktive Ort) Fort Teller, wo die (real existierende) „Strategische Verteidigungsinitiative", ein Programm für die Verteidigung gegen Interkontinentalraketen (das vom damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan 1983 ins Leben gerufene so genannte SDI-Programm), ihr Hauptquartier haben soll. Wenn die Sowjets Fort Teller erreichen, wären die USA gegen Angriffe mit Interkontinentalraketen – Atomraketen – wehrlos. Im Spiel wird zudem erklärt, dass das Projekt eigentlich nur Fiktion sei und der Raketenabwehrschirm (wie auch in der Realität noch) nicht funktionstüchtig ist. In der fiktiven Kleinstadt Cascade Falls kurz vor Fort Teller kommt es zur entscheidenden Schlacht. Die US-Truppen sind dabei weit unterlegen, weshalb sich die USA zu einem ultimativen Schlag entscheiden: sie wollen eine Atombombe auf den Ort werfen, um die sowjetischen Truppenverbände aufzuhalten. Dazu muss jedoch ein US-Trupp zurückbleiben, um die Sowjets in den Ort zu locken: die Chance für Captain Bannon seine Fehler wieder gut zu machen. Er und sein Trupp opfern sich in einer heldenhaften Inszenierung. Der Krieg aber ist noch nicht vorbei und die sowjetischen Militärs streiten über das weitere Vorgehen. Der Oberbefehlshaber plant den Rückzug zu einem Hafen, von wo aus die Truppen die USA ganz verlassen sollen – er war schon immer der Ansicht, dass der Angriff auf das US-Kernland ein Fehler gewesen ist. Der bereits erwähnte Captain Malashenko hält den Rückzug für falsch, spricht von Verrat und erschießt seinen Oberbefehlshaber kurzerhand. Das Kommando übernimmt ein dritter Sowjet-Stratege, der nur einen strategischen Rückzug bis Seattle plant. Dort sollen in Kürze verbündete chinesische Truppen anlanden, um die Rote Armee beim weiteren Kampf gegen die USA zu unterstützen – China entschloss sich kurzerhand an der Seite der Sowjetunion ebenfalls gegen die USA in den Krieg zu ziehen. Da die sowjetischen Truppenverbände auf dem Weg zurück nach Seattle weitere schwere Verluste hinnehmen müssen, entscheidet sich der Kommandierende den Plan Malashenkos nicht auszuführen und stattdessen – wie ursprünglich vom sowjetischen Oberbefehlshaber beabsichtigt – zu einem nahegelegenen Hafen zu ziehen und dort schnellstmöglich den Heimweg anzutreten. In Seattle selbst bleiben nur die wenigen Truppen Malashenkos zurück. Dennoch ist die Lage für die USA bedrohlich und der Präsident kündigt einen Atomschlag gegen die Stadt an, wenn sie nicht binnen kurzer Zeit von der US-Armee befreit werden kann – die Anlandung chinesischer Truppen soll um jeden Preis verhindert werden. Letztlich gelingt es den US-Truppen die Sowjets um Malashenko in Seattle zu schlagen und die Nutzung des Hafens als Brückenkopf für die chinesische Invasion zu verhindern. Da China selbst nicht zu einer amphibischen Anlandung in der Lage ist, ziehen sich die Schiffe zurück: die USA wurden erfolgreich verteidigt. Das Ende des Spiels.

Dabei lässt World in Conflict selbst in der hier vorgestellten Complete Edition noch viele Fragen offen: was ist mit Europa? Wie ist die Lage in der Sowjetunion? Und wie beteiligt sich China am weiteren Krieg? Zwar präsentiert das Spiel – wie auch der Titel suggeriert – den Dritten Weltkrieg, dennoch werden nur die Schauplätze der Hauptakteure gezeigt: Afrika, Südamerika und Ozeanien werden im Spiel weder gezeigt noch erwähnt. Auch dass keine Verteidigung der USA durch einen Atomwaffen-Angriff auf die Sowjetunion in Betracht gezogen wird, ist eine Lücke in der vom Spiel erzählten Geschichte. Dass immerhin beide verfeindete Seiten spielbar sind und der Spieler sowohl in die Rolle eines NATO-Leutnants als auch in die eines Leutnants

des Warschauer-Pakts schlüpft, ist gleichsam außergewöhnlich wie interessant – und führt dennoch nicht zu einem „ausgeglichenen" Feindbild.

Der alleinige Aggressor im Spiel ist der Warschauer-Pakt bzw. die Sowjetunion, die zudem geächtete Waffen – Chemiewaffen – einsetzen wollte, was die USA zu einem Atomwaffen-Einsatz im eigenen Land zwingt und hinterhältige Taktiken – in Frachtschiffen versteckte Truppen – anwendet. Zwar gibt es auch auf Seiten des Ostens einige „Gute" wie den ersten Oberbefehlshaber, der den Einmarsch in die USA für einen Fehler hält, dies sind aber Einzelfälle. Immerhin wird die Rachsucht Malashenkos in einer kurzen Zwischensequenz mit dem Tod seiner Familie durch einen NATO-Angriff aufgeklärt. Auf der anderen Seite sind auch die alliierten Kräfte – vor allem die Person des Captain Bannon – nicht frei von Fehlern. Doch wo Bannon seinen Fehler durch die Aufopferung beim Atomschlag in Cascade Falls wieder gut macht, bleibt Malashenko, der ebenfalls Zivilisten getötet hat, bis zum Ende stur und tötet sogar seinen Vorgesetzten – das in vielen Unterhaltungsmedien gezeichnete Bild[7] vom fanatischen jungen Sowjet-Militär, der ohne Rücksicht auf Verluste gegen die USA in den Krieg zieht, wird auch in World in Conflict reproduziert. Dass die atomare Bedrohung im Spiel einerseits fehlt (und die Sowjetunion trotz des NATO-Atomwaffen-Arsenals angreifen) und Atomwaffen andererseits als Lösung zur erfolgreichen Abwehr des Feindes dargestellt werden, ist ebenfalls eine sehr fragwürdige Darstellung.

Wargame – European Escalation (Focus Home Interactive/Eugen Systems 2012)

„Das Spiel konzentriert sich auf Auseinandersetzungen, zu denen es durchaus hätte kommen können, wenn dieser historische Konflikt irgendwann in der Geschichte einen anderen Verlauf genommen hätte", heißt es auf der offiziellen Website des im Februar 2012 erschienenen Echtzeit-Strategiespiels Wargame – European Escalation.[8] Dem folgend wird die Historie in dem Videospiel auf realer Basis ordentlich durcheinander gewirbelt – der Spieler ist dabei auf beiden Seiten als Truppen-Befehlshabers mittendrin.

19. Dezember 1975: Bei seiner Flucht in die Bundesrepublik erschießt der ehemalige Soldat der Nationalen Volksarmee Werner Weinhold zwei Grenzschützer der Deutschen Demokratischen Republik. Die Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten flammen auf. Was in der Realität noch glimpflich ausging – den Vorfall gab es tatsächlich –, ist in Wargame Grund für den Ausbruch eines Kriegs zwischen Ost und West. Panzer und Infanteristen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR überqueren bei Wolfsburg die deutsch-deutsche Grenze und greifen an. Dem Vorstoß der NVA-Truppen kann der Spieler mit seinen Bundeswehr- und NATO-Einheiten aber bereits bei Hannover Einhalt gebieten – und sogar zurückschlagen. Die NATO-Truppen marschieren nun ihrerseits auf ganzer Front in die DDR ein: in einer Mission muss der real existierende Flugplatz Allstedt bei Sangerhausen in Sachsen-Anhalt eingenommen werden, eine Zwischensequenz informiert über die Einnahme der Stadt Halle. Erst bei Leipzig kommt der Vorstoß aufgrund mobil gemachter Truppenverbände der UdSSR ins Stocken. In der Stadt Borna, südlich von Leipzig, kommt es zu einem harten Gefecht, das mit einem Patt endet. Der Spieler wird daraufhin darüber informiert, dass bei Friedensverhandlungen ein Grenzverlauf „ante bellum" – also vor Kriegsausbruch – beschlossen wurde. Der zweite Akt der vierteiligen Einzelspieler-Kampagne thematisiert die polnische Solidarnosc-Bewegung Anfang der 1980er-Jahre. Diese weitet sich in Wargame zu einem fiktiven Militäraufstand aus. Abtrünnige polnische Truppen muss der Spieler in der Rolle des Warschauer-Pakts niederschlagen. Der Aufstand verlagert sich nach einigen Missionen in die Tschechoslowakei, NATO-Truppen unterstützen die aufbegehrenden Truppenteile des Warschauer-Pakts und greifen auf breiter Front ein. Doch – auch wenn dies im Spiel nicht ausdrücklich gesagt wird – geht auch dieser Konflikt unentschieden zu Ende: beim nachfolgenden dritten Akt der Einzelspieler-Kampagne sind die historisch korrekten Grenzen zwischen Ost und West wieder hergestellt. Das umfassende NATO-Militärmanöver „Able Archer" hat 1983 in der Realität fast einen Krieg ausgelöst: die Sowjetunion fürchtete, dass das Manöver nur ein Vorwand für einen wirklichen Angriff sein könnte. Diese Tatsache aufgreifend kommt es in Wargame zu einem Präventivschlag des Warschauer-Pakts gegen den Westen. Bei Fulda – der so genannten „Fulda Gap" – dringen die Truppenverbände der Pakt-Staaten unter anderem in die Bundesrepublik ein und überrennen die NATO-Verbände – hier muss der Spieler in einer ersten Schlacht auf Seiten der NATO wieder zu seinen Verbündeten finden. Dennoch kann der Vormarsch nicht gestoppt werden. Kassel, Bremen und Hannover sollen in Trümmern liegen. Friedensverhandlungen sollen kein Ergebnis hervorgebracht haben. Der Spieler muss den Rückzug der NATO nach Frankreich und England unterstützen und beispielsweise die Ramstein Airbase in Rheinland-Pfalz einige Zeit lang verteidigen. Währenddessen wird die Schweiz von den Sowjets überrannt. Einer Rückzugsschlacht nahe Dangolsheim bei Straßburg folgt die erfolgreiche Verteidigung des Plateau d'Albion im Süd-Osten Frankreichs. Dort befindet sich – auch in der Realität – in Form unterirdischer Abschussrampen das Herz der französischen Nuklearstreitmacht. Kurz nach der Verteidigung, am 22. April 1984, feuern die Franzosen eigenmächtig Atomraketen auf den Osten ab. Die Sowjetunion reagiert – so erzählt es der Sprecher im Spiel – zwanzig Minuten später mit einem nuklearen Gegenschlag, was zu einem großangelegten Atomkrieg führt. Die Atomschläge zerstören Europa, die USA und die Sowjetunion. Der vierte Akt des Spiels verlässt sowohl jede geschichtliche Grundlage als auch die staatlichen Strukturen. Der Sprecher, der den Spieler bisher anonym durch das Spiel geführt und die anstehenden Missionen erläutert hat, zeigt sich ob des Atomkriegs und der Politiker, die die Soldaten nur als Schachfiguren benutzt und selbst in ihren sicheren Bunker verschanzt hätten, erschüttert. Viele Soldaten wie auch der Sprecher hätten alles verloren. Nun sinnen sie nach Rache. Der Spieler soll aus versprengten Truppen – sowohl aus Ost als auch aus West – an der Müritzer-Seenplatte eine neue Armee bilden und mit ihr Richtung Westen ziehen. Der Plan des Sprechers ist die Eroberung von Atomwaffen, die noch in der Volkel Air Base in den Niederlanden gelagert sind. Bei Lauenburg muss die zusammengewürfelte Armee die Elbe überqueren und das eroberte Gebiet bei Amdorf am Jade-Busen gegen reorganisierte NATO-Truppen verteidigen. Politiker aus Ost und West sollen da schon einen Friedensvertrag unterzeichnet haben. Der Sprecher kommentiert dies mit den Worten, dass dieser früher oder später sowieso wieder gebrochen werden würde und Soldaten sinnlos sterben müssten. Letztlich gelingt dem Spieler die Eroberung und Sicherung der Volkel Air Base und der Sprecher kündigt an, dass die Politiker beider Seiten nun für ihr Handeln bezahlen würden – das Ende der Einzelspieler-Kampagne.

Mit 361 unterschiedlichen Militär-Einheiten, die den realen Einheiten sowohl äußerlich als auch von ihren Leistungs-Daten bis ins Detail nachempfunden wurden und auch deren Namen tragen, kann der Spieler im Einzel- und im Mehrspieler-Modus

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

In „Call of Duty - Black Ops" versucht die Sowjetunion einen Angriff auf die USA mit „Schläfern" - der Spieler kann dies verhindern (Quelle: Activision/Treyarch).

von Wargame in die Schlacht ziehen. Darunter sind auch zahlreiche Fahrzeuge aus deutscher Rüstungsproduktion, die teilweise auch mit dem Hoheitszeichen der Bundeswehr, dem Eisernen Kreuz, gekennzeichnet sind. Die Bundeswehr spielt in dem Strategiespiel aufgrund der Thematik des vor allem in Deutschland ausgetragenen, heißen Krieges eine große Rolle und muss immer wieder vom Spieler befehligt werden. Dies ist wohl auch der Grund warum das Spiel nicht nur auf der offiziellen Wargame-Website, auf der sich auch detaillierte Informationen über die verschiedenen Militäreinheiten finden, beworben wurde, sondern auch mit Werbeanzeigen in Videospiel-Fachzeitschriften und im Frühjahr 2012 kurz nach der Veröffentlichung des Spiels auch in der Bundeswehr-Zeitschrift „Y".

Auch wenn die Karten geografisch nicht der Realität entsprechen (aber mithilfe von Satelliten-Daten den Landschaften Deutschlands und Mitteleuropas nachempfunden wurden[9]), so sind die Städte- bzw. Dörfer-Namen real: Lauenberg, Amdorf, der Flugplatz Allstedt und alle weiteren Orte im Spiel gibt es wirklich. Gerade für Spieler aus Deutschland kann das Szenario daher durchaus bedrückend sein. Zwar zeigt das Spiel keine Kriegsopfer und auch die von Atomwaffen zerstörten Städte werden nur kurz – und ungenügend – in einer Zwischensequenz gezeigt, dennoch macht das Spiel die Sinnlosigkeit eines Krieges zwischen den zwei großen Militärbündnissen deutlich. Dem Wargame-Spieler wird klar gemacht, dass er froh sein kann, dass der Kalte Krieg – bis auf einige Stellvertreter-Kriege – nie heiß geworden ist. Soldaten wären darin sinnlos verfeuert worden.

Zwar werden die Warschauer Pakt-Staaten in European Escalation als Aggressoren dargestellt, die ihre eigene Bevölkerung in Polen militärisch unterdrücken und im Spiel nach dem Streit um die Flucht Werner Weinholds 1975 und noch größer 1983 in die Bundesrepublik einmarschiert sind, die westlichen Staaten werden in Wargame aber immerhin nicht als vollkommen unschuldig präsentiert: es war Frankreich, das in dem Spiel den Atomkrieg begonnen hat. Die eigentlichen Bösen, so wird dem Spieler präsentiert, sind aber der die Politiker auf beiden Seiten der Supermächte, die den Krieg zu verantworten haben und – so die Unterstellung – auch nach dem Krieg nur ihre eigene Macht sichern wollten und die Welt abermals in einen Ost-West-Konflikt stürzen würden.

Im Mai 2013 erschien mit Wargame – Air Land Battle der Nachfolger von European Escalation – allerdings mit noch deutlicherer Priorität auf dem Mehrspieler-Modus. Die Einzelspielerkampagne von Air Land Battle fällt inhaltlich weit hinter der des Vorgängers zurück: im Spiel wird ein Krieg zwischen Ost und West ohne die kritische Kommentierung des Vorgängers geführt.[10] Das Schlachtfeld erstreckt sich von Schleswig-Holstein bis in die Mitte von Norwegen und Schweden. Der Spieler kann bestimmte Regionen besetzen und wählen, wo er den Feind wann angreift – dazu stehen diesmal auch Kampfflugzeuge zur Verfügung. Ereignisse während der auch von der Fachpresse als „enttäuschend"[11] eingestuften, abgespeckten Kampagne werden nicht mehr in Zwischensequenzen, sondern nur noch mit kurzen Texten und Bildern angezeigt. Im April 2014 änderte sich das Szenario im dritten Serienteil Wargame – Red Dragon und behandelte einen fiktiven Krieg zwischen 1975 und 1991 in Asien – die Entwicklung weg vom „Feindbild Russland" hin zum „Feindbild China" ist aktuell in vielen Videospielen zu beobachten und hat vor allem mit realen politischen Entwicklungen zu tun.[12]

Call off Duty – Black OPS (Activsion/Treyarch 2010)

Auch die Geschichte in einem der finanziell erfolgreichsten Videospiele, das es bisher gab, beschäftigt sich mit dem „Kalten Krieg": am 9. November 2010 veröffentlichte der US-Publisher „Activision" mit Call off Duty – Black OPS den siebten Teil seiner First-Person-Shooter-Reihe. Fünf Tage nach Verkaufsstart vermeldete „Activision" bereits einen Umsatz von 650 Millionen US-Dollar mit dem Spiel.[13] Mitte Dezember 2010 durchbrach Black OPS die Milliarden-US-Dollar-Marke und war zugleich das Meistverkaufte – und auch das am meisten aus dem Internet heruntergeladene – Videospiel des Jahres. Die Beliebtheit des Militär-Shooters rührte wohl auch von der in der Fachpresse viel gelobten Story der Einzelspieler-Kampagne.[14]

Die in Deutschland herrschenden Nationalsozialisten erkannten 1943, dass der Krieg auf normalem Wege nicht mehr zu gewinnen ist. Daher entwickelten sie ein in Sekundenschnelle wirkendes, tödliches Gas mit der Bezeichnung „Nova 6". Die sehr effektive biochemische Waffe sollte von einem Außenposten in der Arktis mit V2-Raketen in Washington und Moskau zum Einsatz kommen – britische Bomber konnten den Plan der Nazis allerdings vereiteln und die Schiffe, die den Außenposten errichten sollten, verfingen sich samt Wehrmachts-Truppen nach Kriegsende 1945 halb zerstört im arktischen Eis. Der Entwickler der Waffe, Dr. Friedrich Steiner, schloss mit dem sowjetischen General Nikita Dragovich und dessen rechter Hand, Lev Kravchenko, einen Pakt: Steiner übergab den Sowjets Nova 6 und durfte dafür am Leben bleiben. Der Spieler schlüpft beim Angriff auf den Wehrmachts-Trupp in die Rolle von Viktor Reznov, einem erfahrenen Weltkriegs-Veteranen auf Seiten der Roten Armee. Nachdem zahlreiche Wehrmachts-Soldaten am provisorischen Feldlager im Eis überwältigt und getötet wurden, kann der Spieler Steiner ergreifen. Gemeinsam mit den sowjetischen Soldaten gehen Dragovich und Steiner zu dem Schiff,

in dem sich das Nova 6-Gas befindet. Dort angekommen wird der Spieler von Dragovich überwältigt: beide waren schon seit einiger Zeit im Streit aufgrund eines Vorfalls in Stalingrad, bei dem Reznov von Dragovich ohne Verstärkung gegen die Nazis zurückgelassen wurde. An Reznov und einigen anderen bei Dragovich unbeliebten Soldaten wird das Nova 6-Gas getestet. Einige Soldaten gehen elendig – aus den Augen blutend und sich übergebend – zu Grunde, der Spieler kann in der virtuellen Haut Reznovs nur durch Zufall entkommen: auch die Briten wollen die biochemische Waffe und greifen das im Eis eingeklemmte Wehrmachts-Schiff an. Der Spieler kann fliehen und dabei das Schiff samt Fracht zerstören: „Ich hatte das Nova 6 vernichtet, damit es nicht in die Hände der Briten fallen konnte. Aber ich war ein Narr zu denken, dass die Bedrohung vorübergeht", so Reznov, der daraufhin von Dragovich aufgegriffen und ins Gulag Vorkuta verschleppt wird.

Anderer Ort, andere Zeit: Kuba im April 1961. Der US-Soldat, CIA-Agent und Protagonist des Spiels, Alex Mason, versucht mit einem kleinen Team den kubanischen Diktator Fidel Castro zu ermorden. Der Mordversuch schlägt fehl: zwar kann der Spieler Castro töten, wie sich am Ende der Mission herausstellt war es aber nur ein Doppelgänger. Um die Flucht seiner Kameraden zu ermöglichen, opfert sich Mason, wird von den Kubanern gefangen genommen und den Sowjets übergeben. Die Sowjets wollen aus Mason nach Plan General Dragovichs einen Schläfer – also einen verdeckten Agenten bzw. Terroristen – machen. Von Dr. Steiner soll Mason manipuliert werden, um US-Präsident John F. Kennedy zu ermorden. Zudem planen die Sowjets mittels hunderter in die USA eingeschleuster Schläfer zu einer bestimmten Zeit das Nova 6-Gas großflächig freizusetzen. Die Aktivierung der Schläfer erfolgt mittels eines über Radios ausgestrahlten Zahlen-Codes. Mason wurde von den Sowjets nach Vorkuta gebracht, um ihm den Zahlencode dort – mit Drogen gefügig gemacht – beizubringen. In dem Gulag trifft der US-Soldat auf den ebenfalls inhaftierten Reznov, sie werden Freunde und zetteln einen Aufstand an. Die Gefangenen können das Arbeitslager übernehmen und Reznov und Mason flüchten. Jedoch schafft es nur Mason von einem Lastwagen auf einen vorbeifahrenden Zug aufzuspringen.

Nach der Flucht in die USA und psychologischen Tests, bei denen jedoch nichts von der Manipulation Masons entdeckt wurde, steht der Soldat wieder im aktiven Dienst – Mason selbst ist sich seiner Manipulation ebenfalls nicht bewusst. Bei einem Treffen mit Präsident John F. Kennedy tötet Mason ihn aber nicht – trotz einiger Wahnvorstellungen, in denen er eine Waffe in der Hand hält. Kennedy gibt Mason den Auftrag Dragovich zu finden und zu töten – die USA sind sich der Gefahr durch das Nova 6-Gas bewusst: „Die Kommunisten sind eine große Bedrohung. Unsere Freiheit und Lebensweise stehen auf dem Spiel", so Kennedy während des Briefings. Die weiteren Missionen führen den Spieler in der Rolle Alex Masons zu einer Sabotage-Mission zum russischen Weltraumbahnhof Baikonur, zum Krieg in Süd-Vietnam, wo gerade die Tet Offensive läuft und nach Hong-Kong, um von einem Informanten mehr über Nova 6 zu erfahren. In den Missionen kann Mason mit seinem Team Dragovichs rechte Hand Lev Kravchenko töten. Allerdings verliert Mason dabei auch sein Team und macht sich daher allein auf den Weg, um auf einer kleinen Insel im sowjetischen Aral-See Dr. Friedrich Steiner, den Nova 6-Schöpfer, zu töten. Allerdings: Mason hat gar nicht den Auftrag Steiner zu ermorden, die CIA möchte den Deutschen lebend fangen, um mehr über Nova 6 und die Anschlagspläne in den USA zu erfahren. Ein CIA-Team versucht daher Mason aufzuhalten, kommt aber zu spät: Steiner wird von Mason erschossen.

Erst an dieser Stelle wird offensichtlich: Mason handelt nicht auf eigene Faust, sondern wurde komplett manipuliert. Dragovich, Kravchenko und Steiner hatten versucht aus Mason einen Schläfer zu machen, der Kennedy tötet. Dies tat Mason nicht, da Viktor Reznov Mason während der gemeinsamen Gefangenschaft im Gulag Vorkuta ebenfalls, aber in eine andere Richtung, manipulierte. Reznov gab Mason den Auftrag Dragovich, Kravchenko und Steiner, die Erzfeinde Reznovs, zu töten. Nach diesem Plan handelt Mason, der an einer multiplen Persönlichkeitsstörung leidet, unbewusst. So taucht in den verschiedenen Missionen immer wieder Reznov plötzlich auf und kämpft an der Seite Masons. In Wirklichkeit wurde Reznov aber nach der für ihn gescheiterten Flucht in Vorkuta getötet.

Nachdem Mason Steiner getötet hat, wird er von der CIA gefangen genommen und verhört – erst an dieser Stelle wird auch für die CIA die psychische Manipulation und Persönlichkeitsstörung Masons deutlich. Allerdings wird Mason dadurch auch zu einem wichtigen Mittel gegen Nova 6, denn in ihm steckt der Code zur Aktivierung der Schläfer. Allerdings kann Mason sich daran nur schemenhaft erinnern. Die Zeit drängt, es ist der 25. Februar 1986 und der sowjetische Angriff mit Nova 6 soll kurz bevorstehen. US-Präsident Kennedy hat daher einem präventiven Atomschlag gegen die Sowjetunion zugestimmt, der zu einem globalen Atomkrieg führen könnte. Mason wird sich seiner Manipulation bewusst, kann den Zahlen-Code zur Aktivierung der Schläfer zwar nicht entziffern, erinnert sich aber an den Weg, wie die Zahlen an die Schläfer übermittelt werden sollen: bei seiner Festnahme auf Kuba 1961 sah er ein Schiff, das die Sowjets als Sendestation benutzen.

In der letzten Mission wird eben dieses, im Golf von Mexiko liegende Schiff von US-Kräften gestürmt. Unter dem Schiff befindet sich eine Unterwasser-Station, von der aus der Zahlen-Code verschickt werden sollte. Sowohl das Schiff als auch die Station werden von einem großangelegten US-Militärangriff gekapert. In der Station, die durch die US-Attacke langsam mit Wasser vollläuft, kommt es zu einem letzten Kampf mit dem bis dahin immer wieder entkommenen Dragovic. Der Spieler kann den sowjetischen General schließlich überwältigen und unter Wasser drücken, bis er ertrinkt. Danach flieht Mason mit anderen US-Einsatzkräften an die Oberfläche kurz bevor die Unterwasser-Station und Sendezentrale vollkommen zerstört wird – der Krieg wurde abgewendet.

Zwar wird im Spiel nicht geklärt, ob es sich bei dem versuchten Angriff mit Nova 6 auf die USA um einen Alleingang General Dragovics oder ob es sich um einen offiziellen Plan der sowjetischen Führung handelt, dennoch wird der Ostblock in Call of Duty – Black OPS durchgehend negativ dargestellt: neben dem versuchten, hinterhältigen Giftgas-Angriff und dem Versuch aus Mason einen Attentäter zu machen, wird auch ein rücksichtsloser Umgang sowjetischer Militärs mit den eigenen Leuten gezeigt. Zwar wurden unliebsame Personen gerade in der Ära Josef Stalins unter menschenunwürdigen Bedingungen in Arbeitslagern inhaftiert, in Black OPS ist die Bandbereite negativer Darstellungen aber außerordentlich und übertrieben. Und wo der Osten auf der einen Seite sehr negativ dargestellt wird, gibt es kaum Kritik am Westen: denn in der Realität arbeitete auch die CIA an Gedanken-Manipulationen. Zudem besaßen die USA zu Zeiten des Kalten Krieges ein sehr großes Arsenal atomarer-, biologischer- und chemischer-Waffen, die dem fiktiven im Spiel bedrohlichen Nova-Gas in nichts nachstehen. Im Spiel befinden sich die USA hingegen in einem einseitigen Verteidigungskampf gegen aggressive Sowjets „ die eigene, reale Aggressivität und das Bedrohungspotenzial der NATO-Staaten zu Zeiten des „Kalten Kriegs" wird

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

nur einmal in Form des Plans eines präventiven Angriffs auf die Sowjetunion mit Atomwaffen angesprochen (was aber auch als Verteidigungs-Angriff vermittelt wird).

Fazit – Der Kalte Krieg in Videospielen: Atomwaffen und Gehirnwäsche

Die in den vorgestellten Spielen gezeigten Bilder nehmen massiven Einfluss auf das Geschichtsbild der – oft noch sehr jungen und nach dem Fall des Eisernen-Vorhangs geborenen „ Spieler, da sie sich lange und durch die Interaktivität durchaus intensiv mit dem „Kalten Krieg" auseinandersetzen.[15] Zwar sind die Wirkungen einer solchen Beeinflussung noch nicht ausreichend erforscht, sie sollten aber keinesfalls von vorneherein als gering oder unbedeutend eingestuft werden.[16]

Was alle hier beispielhaft behandelten Spiele mit „Kaltem Kriegs"-Szenario eint, ist die negative Darstellung der Sowjetunion bzw. des Warschauer Pakts und seiner Mitgliedsstaaten, die vor allem durch ein sehr aggressives Verhalten gekennzeichnet werden: die westlichen Staaten sind hingegen in allen Spielen in der Defensive und führen lediglich (teilweise sehr offensiv ausgetragene) Verteidigungskriege. Dabei sind jedoch zumindest ansatzweise Grautöne zu erkennen: in World in Conflict schlüpft der Spieler in der Erweiterung Soviet Assault zumindest mal in die Rolle der östlichen Angreifer und bekommt gezeigt, dass es auch in der Roten Armee Widerstände gegen die Intervention ins US-Kernland gibt. Und in Wargame – European Escalation marschieren die Ostblock-Staaten zwar gleich mehrmals in den Westen ein, zumindest gegen Ende der Einzelspieler-Kampagne werden aber die machtbesessenen Politiker beider Seiten gleichermaßen als Haupt-Feind präsentiert. Lediglich Call off Duty – Black OPS vermittelt ein perfektes „Feindbild Sowjetunion" und enthält nichtmals eine – wenn wie in den anderen Spielen teilweise wohl auch nur vorgeschobene – ansatzweise Grautöne des Gegners. Zwar haben viele westliche Ansichten über den Ostblock und seine Politik sicher einen wahren Kern – immerhin waren es totalitäre Staaten –, dennoch sind die Darstellungen in den Spielen klischeebeladen und übertrieben.

Zwischensequenzen in World in Conflict zeigen immer wieder sowjetische Medien, die von einem baldigen Sieg der Roten Armee über die USA berichten sowie von jubelnden Menschenmassen, die die Sowjets als Befreier vom Kapitalismus empfangen würden. Neben der Propaganda werden in den Videospielen Themen wie Arbeitslager (Call off Duty – Black OPS), Hinterhältigkeit (Call off Duty – Black OPS, World in Conflict), Kadaver-Gehorsam (Call off Duty – Black OPS, World in Conflict) und geächtete Waffen (Call off Duty – Black OPS) mit der Sowjetunion in Verbindung gesetzt. In Wargame – European Escalation wird der Ostblock vor allem als aggressiv und unberechenbar dargestellt. Und wo die Seite des Feindes sehr negativ dargestellt wird, kann sich die eigene Seite positiv hervortun: die westliche Staatengemeinschaft befindet sich in den Spielen durchweg in einer defensiven Opfer-Position und versucht lediglich seine Bevölkerung zu schützen. Dabei wird über die Realität – allein schon über den Fakt, dass die 1949 gegründete NATO ein Beitrittsgesuch der Sowjetunion ablehnte, woraufhin diese 1956 als Reaktion überhaupt erst den Warschauer Pakt gegründet hat[17] – hinweggetäuscht. Dass es mit „MK Ultra" etwa auch ein Forschungsprogramm des US-Auslandsgeheimdienstes CIA über Möglichkeiten der Bewusstseinskontrolle gab, wird in Spielen wie Call off Duty – Black OPS trotz des nahezu selben Szenarios unter umgekehrten Vorzeichen nicht genannt. Während die militärischen Fähigkeiten der Pakt-Staaten in den Spielen als Bedrohung präsentiert werden, erwähnen die Spiele nicht wie sich der Osten seinerseits durch westliche Waffen bedroht fühlte. Vor allem bei Atomwaffen waren die USA der Sowjetunion sowohl qualitativ als auch quantitativ lange Zeit weit voraus.

In den drei vorgestellten Titeln spielen Atomwaffen allerdings auch nur geringe Rollen und stehen als Spiel-Element nicht zur Verfügung: warum es in World in Conflict trotz des sowjetischen Überfalls auf West-Europa und sogar des Einmarschs ins US-Kernland nicht zu einem Atomschlag der NATO kommt, wird nicht beantwortet. Erst als die Rote Armee vor einer wichtigen US-Militärbasis steht, wird in einer Zwischensequenz ein taktischer Nuklearschlag gezeigt – eine Atomwaffe als Verteidigung gegen den anmarschierenden Feind. In Wargame – European Escalation wird mit dem französischen Atomschlag, der einen größeren Atomkrieg zwischen Ost und West auslöst immerhin kurz in einer Zwischensequenz die Zerstörungskraft der Waffe erläutert. Zudem kann das Spiel als Warnung verstanden werden: wenn nur einige Politiker und Militärs (in diesem Fall die Frankreichs) die Nerven verlieren, kann dies verheerende Folgen haben. Dennoch spielt die atomare Abschreckung in weiten Teilen der Wargame-Geschichte keine Rolle. Dies ist immerhin in Call off Duty – Black OPS der Fall, in dem ein Atomschlag droht, wenn der geplante Angriff durch biochemische Waffen der Sowjetunion nicht binnen kurzer Zeit vereitelt werden kann. Trotzdem wird das weltvernichtende Potential – der „Overkill" – und die Bedrohung durch Atomwaffen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in den Spielen nur unzureichend dargestellt. Allein der Einmarsch einer der beiden Parteien in das Territorium der Anderen hätte einen atomaren Vergeltungsschlag wahrscheinlich gemacht. Der promovierte Historiker Steffen Bender schreibt in seinem Buch „Virtuelles Erinnern – Kriege des 20. Jahrhunderts in Computerspielen" dazu:

„Die Spiele reproduzieren [...] eine westliche, zeitgenössische Perspektive auf den Kalten Krieg, in der die Sowjetunion als „Empire of Evil", wie es Reagan 1983 formulierte, wahrgenommen wurde, dessen undemokratische und expansiv ausgerichtete Ideologie das Vorhalten gewaltiger nuklearer Erst- und Zweitschlagkapazitäten notwendig gemacht habe. Aus Sicht des Westens dienten die Nuklearwaffen lediglich der defensiven Abschreckung, die – wie die Spiele es interpretieren – selbst im Fall eines sowjetischen Angriffes nicht in einer kriegerischen Auseinandersetzung eingesetzt worden wären."[18]

Die Folgen für die Menschen durch die Atomschläge in den Kampagnen von World in Conflict und Wargame sind nicht zu sehen – keine Toten, keine Verletzten und auch die umfassende Zerstörung wird kaum gezeigt. Oder kurz gesagt: die Spiele verharmlosen Atomwaffen.

Die Gewinner der Geschichte haben auch die Inhalte der „Kalter Kriegs"-Videospiele geschrieben – und machen dabei auch deutliche Bezüge auf die Gegenwart. In Zeiten der – von Regierungen zumindest propagierten – terroristischen Bedrohung des Westens und der verbreiteten Angst vor „Schläfern" erscheint das Szenario von Black OPS durchaus aktuell.[19] Auch der Kampf um die US-Raketenabwehr in World in Conflict hat einen realen Bezug, wurde das 1983 begonnene SDI-Programm doch in den 1990er-Jahren eingestellt und unter den US-Präsident Bill Clinton und kurz darauf George W. Bush Anfang der 2000er-Jahre als „National Missile Defense" wieder ins Leben gerufen – diesmal, um die USA vor möglichen Angriffen mit Interkontinentalraketen aus dem Iran und Nord-Korea zu schützen.[20] Dass ein Raketenabwehrschirm zu einem Ungleichgewicht in der atomaren Abschreckung zwischen den USA und Russland und damit zu

neuen Kontroversen führt, bleibt in den Spielen unbeachtet – in World in Conflict verhindert allein die Möglichkeit, dass der Abwehrschirm funktioniert einen atomaren Angriff der Sowjetunion.[21]

Dabei zeigen sich die Videospiele bei der audio-visuellen Darstellung sehr detailliert – die virtuellen Panzer und anderes Militärgerät sind dem Original bis ins kleinste Detail nachgebaut. In den Wargame-Spielen sind vom Tempo über Schussweiten, Panzerung bis hin zur Munitionszuladung alle realen Fakten in die virtuellen Panzer eingeflossen – über 800 originalgetreue Fahrzeuge und Kampfeinheiten stehen dem Spieler des hier nur am Rande angesprochenen Wargame – Air Land Battle zur Verfügung.[22] Doch wo sich bei den Darstellungen penibel an die Realität gehalten wurde, basieren die Szenarien – nicht nur in den Wargame-Spielen – zwar auf realen geschichtlichen Zuständen, werden dann aber in einer vollkommen beliebig entworfenen Fiktion fortgeführt. Die Medien- und Geschichtswissenschaftlerin Prof. Dr. Angela Schwarz von der Universität Siegen beschreibt dies wie folgt:

„Wie in anderen populären Medien wird in der Welt der Pixel ebenfalls ein Bild der Vergangenheit entworfen, bei dessen Entstehung die Gegenwart der Spielentwicklung den Pinsel geführt hat, gegenwärtige Interessen und Vorstellungen von längst vergangenem menschlichen Denken und Handeln über die Wahrnehmung und Darstellung von Personen, Objekten, Landschaften und Geschichten entschieden haben. Solche Vorstellungen schließen bei vielen zugleich verbreitete Visualisierungen ein, bei denen weniger die Abstimmung mit tatsächlicher Vergangenheit als der Verbreitungsgrad und die Wirkmächtigkeit der jeweiligen Bilder zentral ist: Das, was oft genug zu sehen ist, was weithin bekannt ist, wird folglich als „historisch korrekt" wahrgenommen. So gehen in die Spiele sowohl Vorstellungen einer breiten Öffentlichkeit als auch solche der Entwickler ein, neben den Annahmen über eine in der Branche so genannte „gefühlte Geschichtswelt" ebenso die Rahmenbedingungen des Mediums, d.h. die technischen, ästhetischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Produktion eines Historienspiels."[23]

Letztlich geht es darum, den Spieler zu unterhalten (und damit finanziellen Gewinn zu erwirtschaften) und auch den meisten Spielern geht es – hört man sich in Online-Foren um – nicht darum, durch Spiele Geschichte zu lernen, sondern sich unterhalten zu lassen. Dass sie dabei doch mit teils zweifelhaften Darstellungen historischer Ereignisse konfrontiert werden, die ihr Geschichtsbild verändern können, ist die Brisanz dieses Themas.

Als relativ junges und aufgrund der Interaktivität sehr immersives Medium hätten Videospiele die Chance geboten, ein differenziertes Bild vom „Kalten Krieg" zu verbreiten. Die in den allermeisten Fällen in den westlichen Nationen sitzenden Videospiel-Unternehmen hätten ihren eigenen historisch-kulturellen Hintergrund reflektieren können, um beide Konflikt-Seiten im „Kalten Krieg" gleichermaßen kritisch zu behandeln. Dies geschah leider nicht. Stattdessen wurde sich an bewährten Medien-Vorlagen – vor allem Büchern und Filmen – orientiert, die ihre Einseitigkeit bereits bewiesen haben. Im Fall von World in Conflict war mit Larry Bond sogar direkt ein Autor am Werk beteiligt, dessen einseitige Sicht auf den „Kalten Krieg" bekannt ist. Die Videospiel-Branche hat ihre Chance nicht genutzt. Das Motiv dafür – ob aus Unwissenheit oder aufgrund finanzieller Interessen, die durch schon in der Zielgruppe verankerte historische (Feind-)Bilder einfacher zu realisieren sind – ist unklar. Der herrschenden Politik spielt die weitere Verbreitung der negativen Darstellung der Sowjetunion bzw. Russlands zumindest im 2014 eskalierenden Konflikt in der Ukraine[24] sehr in die Hände. Zu einem friedlicheren Zusammenleben der Menschen tragen die in den Spielen transportierten Bilder nicht bei.

Anmerkungen

1 N. N.: Gamer in Deutschland, in: www.biu-online.de, 2013.
2 N. N.: Die deutsche Gamesbranche 2013, in: www.biu-online.de, 2014.
3 Schulze von Glaßer, Michael: Das virtuelle Schlachtfeld „ Videospiele, Militär und Rüstungsindustrie, Köln 2014.
4 Spiele wie die populären First-Person-Shooter Battlefield – Vietnam (Electronic Arts/DICE 2004) und Battlefield – Bad Company 2 Vietnam (Electronic Arts/DICE 2010) sind reine Mehrspieler-Titel, die zwar Vietnam als Spielumgebung bieten, aber keine Story erzählen. Im Luftkampf-Actionspiel Air Conflicts – Vietnam (bitComposer Games/Games Farm 2013) wird lediglich die real gegebene US-Luftüberlegenheit gegen Ende des Vietnam-Kriegs aufgegriffen.
5 Der Score setzt sich aus den Bewertung von 44 Videospiel-Fachmagazinen zusammen: N. N.: World in Conflict, in: www.metacritic.com.
6 Matschijewski, Daniel: World in Conflict, in: GameStar 2007/10, S. 86.
7 Etwa im Kinofilm „Jagd auf Roter Oktober" von 1990.
8 N. N.: Über Wargame – Vorstellung, in: www.wargame-ee.com.
9 N. N.: Wargame: European Escalation – Screenshots, in: www.gamestar.de, 29.2.2012.
10 Lück, Patrick: Hurra, die Luftwaffe ist da!, in: www.gamestar.de, 20.6.2013.
11 Lück, Patrick: Wargame – Air Land Battle, in: GameStar 2013/08.
12 Schulze von Glaßer, Michael: Das virtuelle Schlachtfeld – Videospiele, Militär und Rüstungsindustrie, Köln 2014, Seite 50ff.
13 Maier, Frank: Call of Duty: Black Ops – Bricht alle Rekorde, in: www.gamestar.de, 23.12.2010.
14 Matschijewski, Daniel: Call off Duty – Black OPS, in: GameStar 2011/01, S. 52.
15 Schwarz, Angela: Bunte Bilder – Geschichtsbilder? Zur Visualisierung von Geschichte im Medium des Computerspiels, in: Schwarz, Angela: „Wollten Sie auch immer schon einmal pestverseuchte Kühe auf Ihre Gegner werfen?" – Eine fachwissenschaftliche Annährung an Geschichte im Computerspiel, Münster 2012 (2. Auflage), S. 214.
16 Schwarz, Angela: Siegen ist erst der Anfang, oder: Was kommt nach der Annäherung an die Geschichte im Computerspiel?, in: Schwarz, Angela: „Wollten Sie auch immer schon einmal pestverseuchte Kühe auf Ihre Gegner werfen?" a.a.O., S. 265.
17 Cremer, Uli: Neue NATO: die ersten Kriege, Hamburg 2009, S. 15.
18 Bender, Steffen: Virtuelles Erinnern – Kriege des 20. Jahrhunderts in Computerspielen, Bielefeld 2012, S. 195.
19 Ebenda, S. 191.
20 Standke, Olaf: Washington spannt einen neuen Raketenschirm – Der Traum von der Unverwundbarkeit, in: Neues Deutschland, 22.10.2009.
21 Bender, Steffen: Virtuelles Erinnern – Kriege des 20. Jahrhunderts in Computerspielen, Bielefeld 2012, S. 194.
22 N. N.: Spielinfo – Einleitung, in: www.wargame-ab.com.
23 Schwarz, Angela: Siegen ist erst der Anfang, oder: Was kommt nach der Annäherung an die Geschichte im Computerspiel?, in: Schwarz, Angela: „Wollten Sie auch immer schon einmal pestverseuchte Kühe auf Ihre Gegner werfen?" a.a.O., S. 264f.
24 Wagner, Jürgen: Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie, in: www.imi-online.de, 4.4.2014.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Rezension zu „Das virtuelle Schlachtfeld“

von Thomas Mickan

Vor kurzem sprach ich mit Michael Schulze von Glaßer über sein neuerschienenes Buch *Das virtuelle Schlachtfeld*. Er zeigte mir dabei ein Foto des u.a. von der NATO veranstalteten Workshops „Exploiting Commercial Games for Military Use“[1], welches er im Mai 2014 in den Kölner Messehallen bei der Rüstungsausstellung ITEC schoss. Bei dieser seit 2004 bestehenden Workshopserie diskutieren Militärs und Sicherheitsberater_innen verschiedener NATO-Staaten Synergieeffekte kommerzieller Computerspiele und ihrer militärischen Nutzung. Allen voran spielen die USA mit jährlich milliardenschweren Ausgaben für Militärspiele zur Rekrutierung und Trainingszwecken in Schießsimulatoren eine wichtige Rolle. Es zeigt, dass das Thema Computerspiele für das Militär alles andere als Neuland ist und umso erstaunlicher erscheint dann, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem Medium Computerspiel in Deutschland – abgesehen von der Gewaltdebatte um „Ballerspiele“ – nach wie vor eine Welt im Schatten ist.

In diese Welt von Computerspielen, Machtkonstellationen und Militär unternimmt der Journalist und Friedensbewegte Schulze von Glaßer in seinem Buch mit den Lesenden einen Ausflug. Computerspiele dürften nach der Lektüre in einem neuen Licht erscheinen. Für Computerspiel-Laien kann dieser Ausflug eine wertvolle Erkenntnis bieten: Fernab der Debatte um Gewaltdarstellungen im Medium Spiel, sind die Spiele in ihren Inhalten, das heißt in den erzählten Geschichten, hochpolitisch. Um dies zu zeigen, untersucht Schulze von Glaßer mehrere Kriegsspiele. Mitunter lesen sich dabei die zusammengefassten Szenariobeschreibungen der Spiele und der Verlauf der erzählten Geschichten wie eine wilde Mischung aus Kriegs-, Action- und Agent_innenromanen. Wer dabei als Freund_in und Feind_in konstruiert wird, fällt in den meisten Spielen schnell ins Auge. Geschickt untergliedert dabei Schulze von Glaßer die Spiele nach inhaltlichen Fokus und Spielbeispielen, wenn er unter anderem untersucht, wie der Iran, China, Russland oder der Krieg gegen den Terror dargestellt wird. Besonders eindrücklich ist, dass die virtuellen Schlachtfelder auch selbst politischen Nachhall in der „realen“ Welt finden, wenn beispielsweise China oder der Iran mit offizieller Kritik oder eigenen Spielentwicklungen, aber dann mit den Feind_innen im Westen reagieren.

Auch für Gamer sind Schulze von Glaßers Ausführungen ein Gewinn, auch wenn die eine oder der andere besser die zahlreichen „Spoiler“ (Informationen die Handlungsinhalte verraten und so den Spielspaß verderben können) überspringen. Eine Spoilerwarnung befindet sich jedoch zu Beginn des Buches. Für Gamer liegt der Gewinn eindeutig im Blick hinter die Kulissen der Spiele, bei denen Schulze von Glaßer im zweiten Teil seines Buches das schwer zugängliche Feld der Zusammenarbeit von Militär, Rüstungsfirmen und Spieleentwicklungsfirmen untersucht. Erwähnenswert ist dabei, dass so manche große Spieleentwicklungsfirma sich von einem zivilen Unternehmen zu einem Rüstungsunternehmen gewandelt hat – Konversion in die andere Richtung sozusagen. Alle Spiele die in einer Zusammenarbeit mit Militär und Rüstung entstanden sind, markiert der Autor konsequent mit einem Sternchen, welches beim Lesen hilfreich ist. Die Form der Zusammenarbeit kann dabei sehr verschieden sein. Ein wichtiges Thema ist beispielsweise, wie und ob in Spielen die Markennamen etwa von Heckler & Koch verwendet werden dürfen, oder wie Spieleengines von kommerziellen Spielen wie die CryEngine der Frankfurter Firma Crytek auch im militärischen Bereich Anwendung finden. Den bisher eher bescheidenen Bemühungen der Bundeswehr wird auch ein eigenes Kapitel gewidmet.

Abschließend diskutiert Michael Schulze von Glaßer noch die Möglichkeit anderer Spiele, die Krieg, Rüstung und Militär nicht wie in bisherigen Spielen heroisieren, ästhetisieren und letztlich normalisieren. Es gelingt dem Autor mit dem Buch im deutschsprachigen Raum, mindestens aber in der Friedensbewegung ein wichtiges und neues Thema zu besetzen und sowohl für Computerspiel-Laien und auch erfahrene Gamer ein wichtiges Kapitel im Widerstand gegen Krieg und Militär in den analytischen Fokus zu rücken. Zu guter Letzt möchte ich noch auf den YouTube-Channel „Games‘n‘Politics“ des Buchautors verweisen. In kurzen Videos wird dort die ausgezeichnete Analyse des Buches über Politik in Kriegsspielen mit Bild und Ton untermalt und – unbedingt empfehlenswert – fortgesetzt.

Michael Schulze von Glaßer (2014): Das virtuelle Schlachtfeld Neue Kleine Bibliothek 199, 205 Seiten, 14,90 €, PapyRossa Verlag

Anmerkung

1 Dt.: „Zur Nutzung [oder Instrumentalisierung, d.A.] von kommerziellen Computerspielen zur militärischen Anwendung“

IMI und der IMI-Förderverein suchen neue Mitglieder

Angesichts eskalierender Krisen und eines sich verschärfenden politischen Klimas halten wir es für unumgänglich, eine friedenspolitische und kritische außerparlamentarische Position zu stärken. Dies geht nur, indem mehr Menschen aktiv mit einbezogen werden und unabhängige Strukturen gestärkt werden.

Mehr dazu:

www.imi-online.de/2014/05/21/mitglieder-kampagne/

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154